



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

**Internet, Handy und die Möglichkeiten politischer
Bewusstseinsbildung von Jugendlichen**

Verfasserin

Julia ILGER

angestrebter akademischer Grad

Magistra der Philosophie (Mag.phil.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 300

Studienrichtung lt. Studienblatt:

Politikwissenschaft

Betreuerin / Betreuer:

Univ. Doz. Dr. Johann Dvorák

„Diese Politiker (Kreisky, Mock) hatten allerdings in ihrer Zeit etwas erreicht und verändert. (..) Sie konnten diese Ziele vermitteln, und die Leute gingen mit. Das scheint heute nicht so recht zu gelingen. Die Gründe? Wahrscheinlich die Sozialisation einer jüngeren Politikergeneration durch Spindoktoren und gecoachten Sprechpuppen des Populismus. Daneben wirken Politiker, die einfach den Hass rauslassen, direkt authentisch, vor allem bei den Jungen.“ RAU in Der Standard (Printausgabe) vom

14.04.11

„Mithilfe des Internets kann jeder sein eigenes Medium werden“

Peter Krotky in Die Presse (Printausgabe) vom 30.10.11

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung	9
2.	Forschungsfragen	11
3.	Was ist Jugend	11
3.1	Definitionsversuch von Jugendlichen	11
4.	Politische Kultur in Österreich	15
4.1	Neue politische Kultur in Österreich	18
5.	Sozialisationstheorien	21
5.1	Politische Sozialisation von Jugendlichen	23
5.1.1	Politische Sozialisation in der Familie	23
5.1.2	Politische Sozialisation in der Schule	27
5.1.3	Politische Sozialisation durch Peer Groups	30
5.1.4	Politische Sozialisation durch Medien	32
6.	Verdrossenheit – Schatten einer Gesellschaft	36
6.1	Formen von Verdrossenheit	36
6.2	Indikatoren für Verdrossenheit	38
6.3	Ursachen von Verdrossenheit	41
7.	Politik und Medien	44
7.1	Wandel der politischen Kommunikation	45
7.2	Medien und Gesellschaft	47
7.3	Paradigmen zum Verhältnis von Politik und Medien	48
7.4	Effekte von Massenmedien in demokratischen Gesellschaften	50
7.5	Meinungsbildung und Medienkonsum	54
8.	Medientheorien	55
8.1	Ein Baukasten	55
8.2	Mediennutzung, Medienrezeption, Medienaneignung, Medienwirkung	59
8.3	Das Publikum	60
8.4	Ein integratives Modell	64
9.	Politikbegriffe – zum Verhältnis von Jugend und Politik	65
9.1	Politik – Begriffe und Verständnis	66
9.2	Politikverständnis und Jugend	68
9.2.1	Politisches Interesse	69
9.2.2	Politische Information	73

9.2.3	Politische Effektivität	79
9.2.4	Vertrauen und Zufriedenheit mit der Politik	83
9.2.5	Politische Partizipation	86
10.	Internet und Web 2.0	92
10.1	e – Participation	93
11.	Conclusio	97
12.	Ausblick - Politische Bildung als Basisqualifikation	98
	Tabellen- und Abbildungsverzeichnis	102
	Literaturverzeichnis	103
	Online Quellen	108
	Anhang	111

1. Einleitung

Die Jugend ist Politikverdrossen! Eine Aussage die seit den 1990er Jahren immer wieder, in verschiedensten Ausformulierungen, durch die österreichischen Medien geistert. Auf der anderen Seite wurde von August 2010 bis August 2011 das Internationale Jahr der Jugend, von der Generalversammlung der Vereinten Nationen ausgerufen. "Youth should be given a chance to take an active part in the decision-making of local, national and global levels."¹, so der UN Generalsekretär Ban Ki-moon. Doch wie soll das gehen, Jugendliche in Entscheidungsprozesse einzubinden, wenn diese kein Interesse an Politik haben? Es stellt sich die Frage ob Jugendliche wirklich Politikverdrossen und nicht viel eher PolitikerInnenverdrossen sind? Wie wird eigentlich Interesse an Politik erzeugt? Diesen Fragen widmet sich diese Arbeit, bezugnehmend auf eines der wichtigsten Medien unserer Informationsgesellschaft, dem Internet. Das Internet ist allgegenwärtig und Dank der neuen Handygeneration, den Smartphones, auch immer und überall verfügbar. Es ist Kommunikationsmittel, Lexikon und Spielstätte in einem, aber ist es auch politisch bewusstseinsbildend?

Da sich die Arbeit auf Jugendliche beschränkt, soll zunächst ein Versuch unternommen werden Jugendliche zu definieren. Politisches Bewusstsein begründet sich mitunter in der Sozialisation Jugendlicher. „Sozialisationstheoretiker wollten und möchten verstehen, unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen die Verinnerlichung sozialer Normen individuelle Autonomie ermöglicht, oder aber zur Entwicklung eingeschränkter Handlungsfähigkeiten führen.“² Viele Ansätze verschiedenster wissenschaftlicher Disziplinen bieten hierzu Erklärungsversuche. Besonderes Augenmerk wird auf die politische Sozialisation Jugendlicher durch verschiedene Faktoren gelegt.

Verdrossenheit bezüglich Politik kann sich vielschichtig äußern. Was ist Verdrossenheit und welche Ursachen kann sie haben? Konkret wird dem Ansatz nachgegangen, dass Politikverdrossenheit durch Massenmedien hervorgerufen wird.

Das Internet als Medium bietet viele Möglichkeiten aber auch Gefahren. Ob diese Möglichkeiten in vollem Maße ausgeschöpft werden wird untersucht.

¹ <http://social.un.org/youthyear> Zugriffen am 11.05.11

² Veith (2008) S. 10

Um politisches Interesse zu erzeugen, muss zunächst politisches Bewusstsein vorhanden sein. Erst dann kann es zu der gewünschten politischen Partizipation von Jugendlichen kommen.

Welche spezifischen Merkmale diese Begriffe umschreiben, darauf wird in dem Kapitel Politikbegriffe eingegangen.

Kern der Arbeit ist aber die Frage wie das Internet mobilisierend im Bezug auf politisches Bewusstsein von Jugendlichen wirkt. Ist das Internet politisch bewusstseinsbildend und welche Anforderungen muss dadurch die politische Bildung entsprechen? Welche Partizipationsmöglichkeiten bietet das Internet? Eine Vielzahl von Webpages richtet sich mit ihren Inhalten an Jugendliche. Dabei kann es sich um reine Informationsseiten, Blogs oder Animationsspiele handeln. Die Auswahl ist enorm. Anhand von verschiedenen Studien soll erforscht werden, welche Rolle das Internet im Verhältnis Jugendlicher zur Politik spielt und wozu sie es nutzen. Dadurch sollen Potenziale der politischen Bildung durch das Internet ausgelotet werden. E – Participation spielt hierbei eine große Rolle. Inwieweit wird Demokratie im WorldWideWeb gelebt? Hier wird der These nachgegangen, dass das Internet die primäre Informationsquelle für Jugendliche ist und daher genau hier die Möglichkeit politischer Bewusstseinsbildung besteht. Daran anschließend sind natürlich die Fragen ob durch das Internet ein neues Politikverständnis unter Jugendlichen Einzug gehalten hat.

Zur Untersuchung der Forschungsfragen werden Ergebnisse österreichischer sowie internationaler Jugendstudien herangezogen. Diese Ergebnisse werden diskutiert und die wichtigsten Aussagen bezüglich der untersuchten Thematik dargestellt. Da es sowohl an zeitlichen als auch an finanziellen Ressourcen fehlt, wurde von einer eigenen empirischen Forschungsarbeit abgesehen. Darüber hinaus wäre fraglich ob von mir durchgeführte Befragungen zu neuen Erkenntnissen, als die bereits in Jugendstudien vorhandenen, geführt hätten. Vor allem da nicht die Möglichkeit besteht der Stichprobe der vorhandenen Studien gerecht zu werden. Eine Metaanalyse zur Bearbeitung der Forschungsfragen wird daher die Basis der Untersuchung bilden.

2. Forschungsfragen und Hypothesen

- a. Wie wirken sich die verschiedenen Sozialisationsinstanzen auf das Verhältnis Jugendlicher zur Politik aus?
- b. Welche Rolle nehmen Internet und Handy im Bezug auf politische Bewusstseinsbildung bei Jugendlichen ein?
- c. Inwieweit wirkt das Internet politisch mobilisierend?
- d. Auf welche Weise wird Jugendlichen politisches Wissen vermittelt?
- e. Welche Anforderungen ergeben sich daraus für die politische Bildung von Jugendlichen?

3. Was ist Jugend?

3.1 Definitionsversuch von Jugendlichen

Jugend als Lebensphase zwischen der Kindheit und dem Erwachsenenalter ist für gegenwärtige Gesellschaften schon zur anerkannten Realität geworden. Das sich diese Lebensphase jedoch erst im 19. Und 20. Jahrhundert herausgebildet hat³, wird dabei oft nicht mehr beachtet. „Kennzeichnend für diese „Entdeckungen“ sind die sich ausdifferenzierenden Sphären des individuellen und sozialen Erlebens.“⁴ Unter ausdifferenzierten Sphären lassen sich die immer stärker individualisierten Lebensläufe von jungen Menschen verstehen. Durch verschiedene Faktoren, wird die Zeit der Jugend verlängert.

Tillman zeigt drei Prozesse auf, die zu einem Strukturwandel der Jugendphase seit den 50er Jahren des 20. Jahrhunderts führen.⁵

1. Verlängerung der Jugend durch Verschulung
2. Verunsicherung von Jugend durch Arbeitsmarktrisiken
3. Vervielfältigung des Übergangs in das Erwachsenenalter

Die Verlängerung der Pflichtschulzeit, der immer häufigere Besuch höherer Schulen und in weiterer Folge das Absolvieren eines Hochschulstudiums, verzögern den Eintritt in die Arbeitswelt und verlängern somit auch die Jugendphase.

³ Vgl. Tillmann (2004) S. 194

⁴ Hoffmann/Merkens (2004) S. 19 Hervorhebungen im Original

⁵ Vgl. Tillmann (2004) S. 268 ff

Finanz und Wirtschaftskrisen, eine hohe Arbeitslosigkeit und vor allem bei Jugendlichen, unbezahlte Praktika, stellen Faktoren der Verunsicherung dar.

Eine Berufsausbildung, beziehungsweise ein Hochschulstudium, bieten keine Jobgarantien mehr und führen dazu, dass Jugendliche immer mehr und länger Bildungszertifikate erwerben, um so ihre Arbeitsmarktchancen zu erhöhen. „Auf diese Weise entstehen zwischen dem 16. und dem 25. Lebensjahr hochindividualisierte Beschäftigungsbiographien; diese zu einem Erfolg zu führen, verlangt von vielen Jugendlichen eine erhebliche Handlungskompetenz.“⁶

Der Auszug aus dem elterlichen Heim, der Eintritt in die Erwerbstätigkeit oder eine partnerschaftliche Beziehung, beziehungsweise Eheschließung, können nicht mehr als Merkmale des Übertritts ins Erwachsenenalter angesehen werden. Eine Vervielfältigung von Wohn- und Lebensstilen lassen die Grenzen zwischen Jugend und Erwachsenenalter verschwimmen. Als Beispiele seien Wohngemeinschaften, Zweierbeziehungen ohne Trauschein oder Studierende die nebenher arbeiten, aber finanziell nicht unabhängig von Familie oder Beihilfen sind, genannt. Ob jemand nun als Erwachsener gilt oder nicht, wird immer mehr davon abhängig, ob er oder sie sich selbst so sieht.

„Jugend ist somit kein Naturprodukt..., sondern ein soziokulturelles Phänomen, das in seiner Erscheinungsform historisch-gesellschaftlichen Dimensionen unterworfen ist.“⁷ konstatiert der deutsche Jugendforscher H.M. Gries. Jugend ist in diesem Sinne ein Konstrukt gesellschaftlicher Gegebenheiten, ist einem historischen Wandel unterworfen und somit nur in seiner zeitlichen Determiniertheit fassbar.

Unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen einer „Pluralisierung“⁸ des Jugendalters, haben die Autoren der 14. Shell Jugendstudie vier Typen von Jugendlichen abgeleitet.⁹

- Die „selbstbewussten Macherinnen und Macher“, haben eine meist gute bis sehr gute Bildung und einen soliden sozialen Hintergrund. Eigenschaften wie Fleiß, Ehrgeiz und Leistungsbereitschaft werden überwiegend für den eigenen Nutzen zum Einsatz gebracht. Die aktive Bewältigung von Anforderungen macht diesen Typus in klassischen Organisationsstrukturen oft erfolgreich.

⁶ Ebd. S. 269

⁷ Gries (1987) S. 19 zit. in Tillmann (2004) S. 194

⁸ Vgl. Fuchs-Heinritz/Krüger (1991) S.235ff und Tillmann (2004) S. 267ff

⁹ Albert / Linssen / Hurrelmann (2003): S. 3 ff

- Die „*pragmatischen Idealistinnen und Idealisten*“, sind zum größten Teil weiblich und entstammen dem Bildungsbürgertum. Geleitet von postmaterialistischen Werten, sind sie oft im kreativen Bereich tätig. Zielstrebigkeit und Karriereorientierung werden mit diesen Werten verknüpft. Sie engagieren sich eher in gemeinnützigen Zusammenhängen, wo sie sich an den Lösungen von Problemen beteiligen können.
- Die „*zögerlichen Unauffälligen*“, stammen vorwiegend aus schwachen sozialen Hintergründen und weisen eine geringe Bildungs(qualifikation) auf. Unter diesen Bedingungen sind sie Leistungsanforderungen in Schule und Beruf nicht gewachsen und reagieren mit Antipathie und Resignation. Passivität, Schicksalsergebenheit und kaum politisches oder soziales Engagement kennzeichnet diesen Typus.
- Die „*robusten Materialistinnen und Materialisten*“, sind mehrheitlich männlich und stammen aus den unteren sozialen Schichten. Mit den Anforderungen kommen sie kaum oder gar nicht zurecht. Schulabbruch und damit einhergehende Perspektivenlosigkeit äußern sich in Gewalttätigkeit, um Macht und Respekt zu erlangen. Gesellschaftliches Engagement hingegen erscheint als sinnlos und von der Politik fühlen sie sich in Stich gelassen.

Die Bereitschaft zu politischem und sozialem Engagement oder eben die Verweigerung dieses Engagements, führen die AutorInnen auf den Umgang mit Leistungsanforderungen und das Vorhandensein von Zukunftsperspektive, zurück. Dazu lässt sich sagen, dass die von den AutorInnen verwendeten Kategorien den Eindruck von willkürlicher Benennung erzeugen. So ist in keiner Weise ersichtlich warum der vierte Typus von Jugendlichen als robust bezeichnet wird, ebenso wenig warum sie MaterialistInnen sein sollen. Darüber hinaus tappen die AutorInnen in eine Parallelisierungsfalle, indem sie Jugendlichen mit schwachem sozialem Umfeld wenig bis kein soziales Engagement zuschreiben. Eine doch sehr negative Sichtweise auf die heutige Jugend.

Laut Jean Piaget¹⁰ bilden sich bei Kindern ab dem 11. Lebensjahr Moralvorstellungen heraus auf deren Basis geurteilt wird. In der frühen Pubertät (12 – 16 Jahre) erwerben Jugendliche die Fähigkeit zu abstraktem Denken und somit die Voraussetzung für das Verständnis von Politik.¹¹ Dies bildet zwar eine Argumentation für die Senkung des Wahlalters auf 16. Jahre in Österreich. Wie jedoch bereits an verschiedenen Faktoren gezeigt wurde, lässt sich Jugend nicht mit dem Verständnis von Politik begrenzen.

Der Versuch Jugend über das Alter zu definieren, stellt sich als problematisch heraus. So bezeichnet zum Beispiel die Generalversammlung der Vereinten Nationen Jugendliche als Menschen von 15 bis 24 Jahren.¹² Die Schell Jugendstudie 2010¹³ befragte Jugendliche im Alter von 12 bis 25 Jahren. Österreichische Jugendstudien setzten den Schwerpunkt wieder anders und so wurden für den 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, der von der Bundesregierung erstellt wird, 14 bis 19 Jährige befragt.¹⁴ Man sieht also, dass Jugend in der empirischen Forschung je nach Belieben einer Altersgruppe zugeordnet wird, wobei nach Oben und Unten Schwankungen möglich sind.

Da Alter als Kategorie sich nur schwer festmachen lässt und sich nicht als sinnvoll erweist, sollte besprochen werden was Jugend als Lebensphase ausmacht. Der Soziologe Klaus Hurrelmann hat vier dieser Entwicklungsaufgaben beschrieben:¹⁵

1. Entwicklung einer intellektuellen und sozialen Kompetenz, um selbstverantwortlich schulischen und anschließend beruflichen Qualifikationen nachzukommen
2. Entwicklung der eigenen Geschlechtsrolle und des sozialen Bindungsverhaltens zu Gleichaltrigen des eigenen und des anderen Geschlechts
3. Entwicklung eigener Handlungsmuster für die Nutzung des Konsumwarenmarktes und des Freizeitmarktes, einschließlich der Medien mit dem Ziel, einen eigenen Lebensstil zu entwickeln und zu einem gesteuerten und bedürfnisorientierten Umgang mit den entsprechenden Angeboten zu kommen

¹⁰ Vgl. Piaget (1973); S. 56 ff

¹¹ Vgl. Kuhn (2000); S. 22 ff

¹² UN Resolution (1981) S. 36/28

¹³¹³ Vgl. Albert/Hurrelmann/Quenzel (2010) S.361

¹⁴ Vgl. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich (2003)

¹⁵ Hurrelmann (1999) S. 33f

4. Entwicklung eines Werte und Normsystems und eines ethnischen und politischen Bewusstsein, das mit einem eigenen Verhalten und Handeln in Übereinstimmung steht, so dass die verantwortliche Übernahme von gesellschaftlichen Partizipationsrollen im kulturellen und politischen Raum möglich wird.

Auch wenn Hurrelmann die Herausbildung eines politischen Bewusstseins nur in Punkt vier anspricht, so sollten die Punkte eins bis drei trotzdem berücksichtigt werden, bei einer politikwissenschaftlichen Analyse. Alle vier Entwicklungsstufen sind in meinen Augen als wesentlich für die Entwicklung hin zu einer politischen Persönlichkeit entscheidend.

Das Jugendalter sollte daher als zentrale Zeit der, mitunter politischen, Persönlichkeitsentwicklung betrachtet werden da „ die Entwicklung von entsprechenden Einstellungen und Motivationen dem tatsächlichen (Anm. politischen) Verhalten und Handeln vorausgeht.“¹⁶

4. Politische Kultur in Österreich

Beschäftigt man sich mit dem politischen Bewusstsein von Menschen, so sollte man sich zunächst Gedanken darüber machen, in welcher politischen Kultur dieses Bewusstsein entsteht. Viele Konzepte die sich mit politischer Kultur beschäftigen, beziehen sich auf die Forschungen von Almond und Verba, die in ihrem Werk „The Civic Culture“ den ersten Anstoß zur politischen Kulturforschung gegeben haben. Zentraler Dreh und Angelpunkt bilden Einstellungen von BürgerInnen zur Politik, sowie deren Orientierung gegenüber dem politischen System. Die Einstellungen zur Politik sind natürlich von besonderer Wichtigkeit, jedoch wurde von Schulz das Konzept erweitert, indem er „das spezifische Muster individueller Einstellungen und Orientierungen der Systemmitglieder gegenüber Politik“ in drei Komponenten unterteilt, bestehend „(1) aus politischen Kenntnissen und Überzeugungen, (2) aus der affektiven Beziehung zu politischen Institutionen und Akteuren, also z.B. Parteien oder Politikern, und (3) aus Urteilen und Meinungen.“¹⁷

Umgelegt auf die österreichische politische Kultur bietet dieses Konzept eine fruchtbare Basis zur Untersuchung einiger Besonderheiten des österreichischen politischen Systems, vor allem in der Geschichte der zweiten Republik.

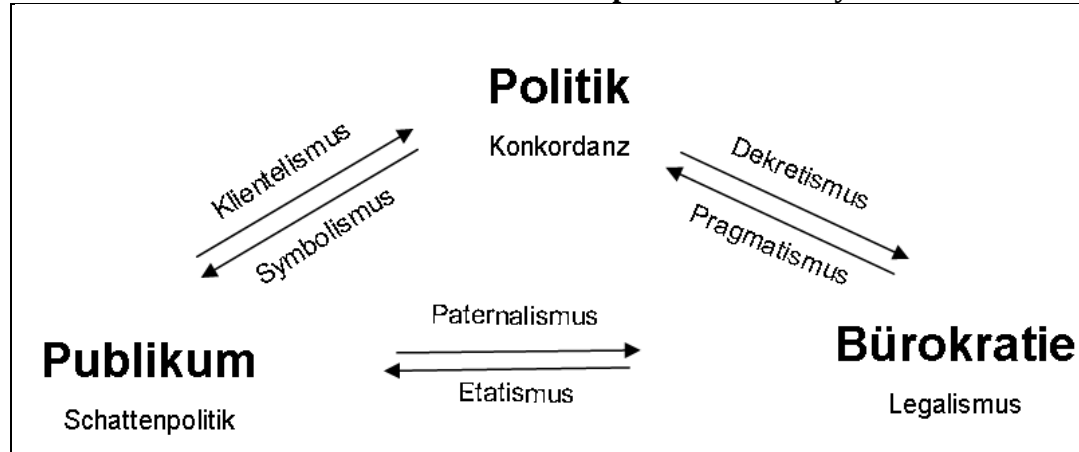
¹⁶ Schäfers (2001) S. 135

¹⁷ Schulz (2008) S. 43

Mit dem Wandel des politischen Systems seit 1945 ging auch eine Verschiebung der Prägekraft der Politik auf die verschiedenen Komponenten von Einstellungen einher.

Gerlich und Pfefferle haben die traditionelle Politischen Kultur Österreichs grafisch dargestellt.

Abb. 1: Traditionelle Verhaltensmuster der politischen Subsysteme¹⁸



Zunächst sei angemerkt, dass Österreich sich besonders durch seine Konzeption als Parteienstaat charakterisiert. Den Parteien kommt einerseits die „zentrale Funktion für die Rekrutierung des politischen Führungspersonals, also die Parlamente und Regierungen des Bundes, der Länder und Gemeinden“ zu. Andererseits übernehmen „vor allem SPÖ und ÖVP Rekrutierungsaufgaben auch für Führungspersonal jenseits des politischen Systems im engeren Sinne (...) für Banken und Industrieunternehmen, für das Schulsystem und den Verfassungsgerichtshof.“¹⁹

Durch die Omnipräsenz bzw. Omnipotenz der politischen Parteien, wurden Generationen von Menschen nach 1945 in den beiden großen politischen Lagern politisch sozialisiert. Lagerbindung, Loyalität zu einem Lager bzw. einer Partei und eine hohe Organisationsdichte, die sich bei den Parteimitgliedschaften, wie auch bei Wahlen zeigt, waren die Folge.²⁰ Anders als in der Ersten Republik stand in der zweiten Republik nicht die Konkurrenz, sondern die Kooperation der beiden Lager im Vordergrund, die in der Form der Konkordanzdemokratie ihren Ausdruck fand.

¹⁸ Gerlich/Pfefferle (2006) S. 502

¹⁹ Pelinka/Rosenberger (2000) S. 57

²⁰ Vgl. Plasser/Ullrich (2006) S. 555 und Pelinka/Rosenberger (2000) S. 58

„Konkordanz implizierte, dass Entscheidungen nur getroffen wurden, wenn die wesentlichen Gruppen in ausführlichen Verhandlungen Gelegenheit hatten, ihren Standpunkt nachhaltig zu vertreten (...) was wiederum voraussetzte, dass jeder dieser Partner jederzeit für solche Diskussionen offen sein musste.“²¹ Das Ergebnis politischer Arbeit war daher sehr häufig ein Kompromiss, der von allen Beteiligten akzeptiert wurde. „In Österreich, so lautete ein oft wiederholtes Sprichwort, kannte man den Kompromiss schon, bevor der Konflikt bewusst geworden war.“²²

Gerlich und Pfefferle heben zwei weitere Merkmale der traditionellen österreichischen politischen Kultur hervor und zwar den Symbolismus und den Etatismus. Unter Symbolismus bzw. symbolischer Politik lässt sich ganz allgemein der Eindruck von effektiver Interessensvertretung, der durch verschiedenste Mittel von PolitikerInnen bei der Bevölkerung erzeugt wird, verstehen.²³ Der Symbolismus hat vor allem mit dem Einzug des Fernsehens in die österreichischen Haushalte einen Aufschwung erlebt.

Die Selbstdarstellung von PolitikerInnen im Fernsehen hat Pelinka unter die Lupe genommen und festgestellt, dass PolitikerInnen Scheinkonflikte inszenieren, um so die eigene Position von anderen abzugrenzen. Jedoch sobald die Kameras im Studio aus waren, im Sinne der Konkordanz, wieder gut Freund waren.²⁴

Etatismus hingegen beschreibt die Erwartungen, die die Bevölkerung an die österreichische Bürokratie hat. Etatismus meint, dass der Staat „als Träger der gesellschaftlichen Entwicklung gesehen“²⁵ wird. Der Wohlfahrtsstaat der seine Hand schützend über die BürgerInnen hält und bei Problemen eingreift, war und ist ein starkes Bild in den Köpfen der ÖsterreicherInnen. Staatliches Eingreifen wird heute noch von einer Mehrheit der Bevölkerung bei gesamtgesellschaftlichen Problemen eingefordert.

Diese Formen traditioneller politischer Kultur haben im Laufe der Jahrzehnte einen starken Wandel erlebt, beziehungsweise wurden in ihren Grundfesten erschüttert.

²¹ Gerlich/Pfefferle (2006) S. 502f

²² Ebd. S. 503

²³ Vgl. Gerlich/Pfefferle (2006) S. 503

²⁴ Vgl. Pelinka (1985) in Gerlich/Pfefferle (2006) S. 506f

²⁵ Nohlen/Schultze (2004) S. 202

4.1 Neue politische Kultur in Österreich

Die seit den 1960er Jahren immer schwächer werdende Parteiidentifikation und das Aufbrechen der Lagermentalität, verursacht durch den sozioökonomischen Wandel und erhöhte soziale Mobilität, schwächt die Parteiloyalität. Durch Sparpakete und voranschreitende Privatisierung kommt es zu einem Rückgang des Wohlfahrtsstaates.

Darüber hinaus entwickelt sich seit den 1980er Jahren eine Wählerprotestkultur.²⁶ Diese Entwicklungen sind Teil eines immer offensichtlich werdenden Wandels der politischen Kultur. Europäisierung und Globalisieren verändern das politische Verhaltensmuster und führen unter anderem dazu, dass Medien und Wirtschaft sich als politische Akteure neu positionieren. Diese „neue politische Kultur“²⁷ birgt neue Einstellungsmuster.

Ersichtlich wird dieser Trend vor allem in der Gruppe der 14 bis 24 Jährigen.

Tabelle 1: Partizipationsformen im Zeitverlauf²⁸

In Prozent der 14- bis 24- jährigen	1980	1992	2000
• sind Mitglieder einer politischen Jugendorganisation	8	4	5
• sind Mitglieder einer politischen Partei	11	7	1
• Beteiligung an Umweltorganisationen/-aktivität	3	7	-
• Beteiligung an Demonstrationen	1	4	6

Quellen: Rosenmayer (1980), Fessler-GfK, Politische Indikatoren (1976-2001), Fessler-GfK, Jugendstudie (1992 und 2000), Ulram/Plasser/Gerlich (1988)

Politische Beteiligung verschiebt sich weg von den Parteien hin zu unkonventionellen Beteiligungsformen, wie hier genannt, Demonstrationen. Aber auch BürgerInneninitiativen, Unterschriftenaktionen etc. können zu dieser Form der Beteiligung hinzugezählt werden. Ulram geht sogar einen Schritt weiter, davon zu sprechen, dass „Jugendliche aus den städtischen, sozialen Unterschichten – drohen aus dem politischen System (Anm. in Form der Beteiligung durch Wahlen) überhaupt herauszufallen.“²⁹

Als einschneidendste Zäsur in der jüngeren politischen Geschichte der zweiten Republik ist die Schwarz-Blaue Regierungsbildung im Jahre 2000 zu nennen.

²⁶ Vgl. Plasser/Ulram (2006) S. 552f und Pelinka/Rosenberger (2000) S. 58

²⁷ Gerlich/Pfefferle S. 509

²⁸ Ulram (2006) S. 515

²⁹ Ulram (2006) S. 515

Ab diesem Zeitpunkt wurde die Konkordanz fast über Nacht von einer Konfliktdemokratie abgelöst.³⁰ Nicht nur, dass nicht die stimmenstärkste Partei, die SPÖ, den Kanzler stellte sondern die ÖVP mit Wolfgang Schüssel, darüber hinaus wurde erstmals nach der Ära Kreisky die FPÖ in die Regierung inkludiert. Konfliktdemokratie kennzeichnet sich durch die Abkehr von der Verhandlungsdemokratie, sowohl mit den großen Dachverbänden der Sozialpartnerschaft, als auch durch die Abkehr Oppositionsparteien in Entscheidungsfindungsprozesse einzubinden bzw. auf deren Unterstützung bei Gesetzesbeschlüssen zu bauen.³¹

Die Akteure vor allem der Privatwirtschaft als auch die Medienpolitik, sowie politische Medieninszenierung, haben durch diese Wende, ebenso wie die Einstellung der Wählerschaft zu diesen AkteurInnen, einen starken Wandel erlebt. Die veränderten Verhaltensmuster spiegeln sich primär in einer allgemeinen Aufwertung des wirtschaftlichen Denkens, in Form privatwirtschaftlicher Orientierung, der Gewinnmaximierung, wieder. Dem gegenüber steht jedoch immer noch der in Österreich tief verwurzelte Glaube an den Wohlfahrtsstaat. Daraus resultiert die Haltung der Wählerschaft, Service-Leistungen von einer, durch betriebswirtschaftliche Zielvorgaben geprägte Bürokratie zu erwarten.³² Diese Serviceleistungen wurden jedoch durch „Leistungskürzungen in der Arbeitslosen und Pensionsversicherung“³³ stark zurückgefahren. Vater Staat wurde Zusehens in ein Unternehmen Staat umgewandelt.

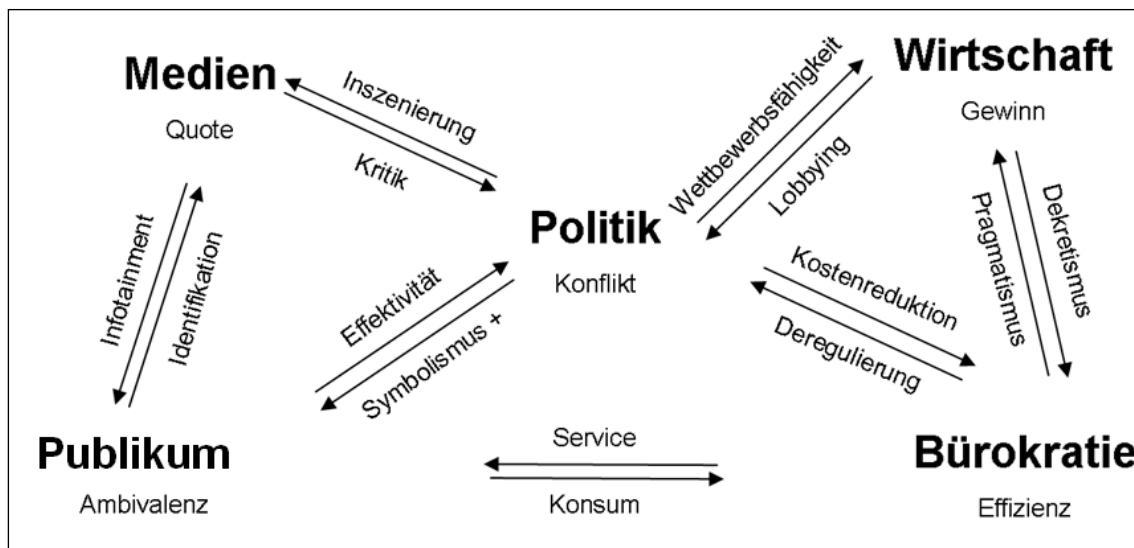
³⁰ Vgl. Gerlich/Pfefferle (2006) S. 508f

³¹ Vgl. Talos (2006) S. 340

³² Vgl. Gerlich/Pfefferle (2006) S. 509f

³³ Talos (2006) S. 341

Abb. 2: Veränderte Verhaltensmuster der politischen Subsysteme³⁴



Weiterer Ausdruck, der Vermarktung ist, die Priorität des Subsystems Medien, dass sich „in Auflagen bzw. Reichweiten und Quoten manifestiert und auf Kriterien der Demokratiequalität keine Rücksicht nimmt.“³⁵ Angesichts der Tatsache, dass Medien die primäre Quelle von Politischer Information für die Öffentlichkeit sind, scheint diese Ausrichtung doch sehr bedenklich. Mediale Inszenierung der Politik und von PolitikerInnen war natürlich schon vor 2000 existent, doch die weitreichende Umstrukturierung des Medienmarktes unter Schwarz-Blau/Orange führte dazu, dass Medienpolitik „als diskrete Machtpolitik angelegt“³⁶ wurde.

Durch Personalbestellungen wurden die Mittel am Medienmarkt im Sinne der damaligen Regierung verteilt. Nun heißt es also unabhängiger Journalismus vs. politische Machtstrukturen. Zur medialen Inszenierung selbst sei zu sagen, dass der Umgangston schärfer wurde und es sei eine „demagogische Verwahrlosung des politischen Vokabulars erkennbar, indem pejorative bzw. suggestive Wortwendungen und Sprechblasen zunahmen.“³⁷ Jedoch nicht nur der Rückgang konkreter politischer Aussagen und vermehrtes Auftreten von Konfliktsituationen, sondern auch das verstärkte einsetzen von Negativkampagnen um den politischen Gegner anzuschwärzen, haben zu einer Verschlechterung des Images der österreichischen Politik beigetragen.

³⁴ Gerlich/Pfefferle (2006) S. 509

³⁵ Filzmaier (2006) S. 10

³⁶ Kaltenbrunner (2006) S. 135

³⁷ Dimmel/Schmee (2005) S. 11

Zusammenfassen lässt sich nun sagen, dass sich die „neue politische Kultur“ in durch folgende Punkte kennzeichnet:

- Erosion der Parteibindung und erhöhte WählerInnenmobilität
- Übergang von einer Konsens- zu einer Konfliktdemokratie
- Rückgang des Sozialstaates und vermehrt privatwirtschaftliche Denkweisen
- erhöhte Medieninszenierung mit geringerem Inhalt

Die wichtigsten Folgen dieses Wandels der politischen Kultur für diese Arbeit, stellen wohl die erhöhte Medieninszenierung und der Übergang zur Konfliktdemokratie dar. Da die Sozialisation in und durch Parteien und deren Jugendorganisationen wegfällt, können sich Parteien nicht mehr so direkt ihre SympathiesantInnen sichern und Jugendliche müssen sich neuen Orientierungshilfen zuwenden. Medien, und damit ist primär Fernsehen gemeint, fungieren als primäre Informationsquelle und werden zu einer wichtigen Sozialisationsinstanz und Ort der Selbstdarstellung von PolitikerInnen. Der Konflikt als Dreh und Angelpunkt politischer Diskussionen macht es oft jungen Menschen schwer politische Inhalte herauszufiltern. Inwieweit nun diese neue politische Kultur oder doch die Darstellungsweise durch die Medien, Einfluss auf die politische Bewusstseins und Meinungsbildung haben, ist nur schwer lückenlos zu klären.

5. Sozialisationstheorien

Eine gängige Definition für den Begriff Sozialisation liefert die von Klaus Hurrelmann:

„Im heute allgemein vorherrschenden Verständnis wird mit Sozialisation der Prozeß der Entstehung und Entwicklung der menschlichen Persönlichkeit in Abhängigkeit von und in Auseinandersetzung mit den sozialen und den dinglich-materiellen Lebensbedingungen verstanden, die zu einem bestimmten Zeitpunkt der historischen Entwicklung einer Gesellschaft existieren.“³⁸

Hurrelmann spricht hier mehrere Aspekte an. Zum einen fasst er Sozialisation als einen Prozess und setzt diesem in seiner Definition keinen Anfangs- oder Endpunkt. Wann Sozialisation beginnt und ob sie jemals im Laufe eines Lebens endet, unterliegt dem Blickwinkel des jeweiligen Theoretikers bzw. Theoretikerin.

³⁸ Hurrelmann (2001) S. 14

Zum anderen hebt er die historische Komponente der Gesellschaft hervor und unterstreicht damit, die Konstruktion und damit auch die Wandelbarkeit gesellschaftlicher Strukturen. Diese Gesellschaft wirkt in ihrer Gesamtheit maßgeblich auf die Persönlichkeitsentwicklung ein.

Die Sozialisation prozesshaft ist, ist in allen wissenschaftlichen Disziplinen Konsens. Wie dieser Prozess jedoch von statten geht, darüber scheiden sich die Geister. Psychologische Ansätze gehen davon aus, dass Sozialisation primär in der Auseinandersetzung mit psychischen Krisen, die auch durch die körperlichen Veränderungen in der Pubertät entstehen, verläuft.

Soziologische Ansätze richten ihr Augenmerk auf die Auseinandersetzung eines Menschen mit seiner Umwelt und sehen hier vorrangig die Entwicklung einer Persönlichkeit.

Helsper unterteilt den Sozialisationsprozess in drei Phasen:³⁹

- Die *primäre Sozialisation*, die in der (frühen) Kindheitsphase und daher vordergründlich in der Familie stattfindet
- Die *sekundäre Sozialisation*, die Kindheits- und Jugendphase umfasst und sich durch die Auseinandersetzung mit Gleichaltrigen auszeichnet und Bildungs- und Ausbildungszeit umfasst
- Die *tertiäre Sozialisation*, die alle nachfolgenden Phasen des (Erwachsenen)Alters beschreibt und die Auseinandersetzung mit der Gesellschaft in allen ihren Teilbereichen meint

Sozialisation kann demnach als auf einer Zeitachse verlaufender Prozess gesehen werden. Darüber hinaus widmet sich die allgemeine Sozialisationsforschung, mehr oder weniger intensiv, gewissen Aspekten der Sozialisation zu. Zielführend für diese Arbeit ist demnach sich der Frage zu widmen, wie ein Kind bzw. Jugendlicher zu seiner politischen Identität findet.

³⁹ Vgl. Helsper (1995)

5.1 Politische Sozialisation von Jugendlichen

„Als politische Sozialisation lassen sich alle bewußten und unbewußten Prozesse der Wechselwirkung zwischen Personen und ihrer direkt politischen oder zumindest politisch relevanten sozialen, kulturellen, ökonomischen und zivilisatorischen Umgebung bezeichnen. Sie betreffen die geistigen, emotionalen und operativen Komponenten integrierender Persönlichkeiten, die einen Bezug zur Politik als Herrschaft im allgemeinen oder als spezifisches gesellschaftliches System im besonderen mit all ihren jeweiligen Ausformungen und Ebenen haben.“⁴⁰

Anders als in der allgemeinen Sozialisationsforschung, ist es klar, dass es bei der politischen Sozialisation keine Diskussion darüber gibt, dass das politische Bewusstsein sich durch die Auseinandersetzung mit der politischen Umwelt entwickelt und nicht nur in der Auseinandersetzung mit sich selbst. Politik ist etwas, das den Menschen umgibt. Der Mensch ist nicht immer in der Geschichte als per se politisch konstituiert worden. Erst die Aufklärung mit ihrer Hinwendung zum Menschen als Subjekt machte dies möglich. Immanuel Kants Satz „Habe den Mut dich deines eigenen Verstandes zu bedienen“ ist in diesem Zusammenhang aktueller denn je. Die Frage ist nur, wo der Mensch überall in Berührung mit Politik kommt und welche Auswirkungen das hat. In der Definition die Claußen und Geißler, die hierfür herangezogen wird, wird von bewussten und unbewussten Prozessen gesprochen. Das bedeutet jeder Mensch wird, ob er nun will oder nicht, auf irgendeine Art und Weise politisiert.

5.1.1 Politische Sozialisation in der Familie

„Das Private ist politisch!“ Auf wohl keine Institution trifft dieser, mehrheitlich von feministischen Kreisen geprägte Satz, so sehr zu, wie auf die Familie. Sowohl die allgemeine als auch die politische Sozialisationsforschung sehen die Familie als wichtige Instanz der Identitätsbildung an. Inwieweit die Familie jedoch auf das politische Bewusstsein von Menschen einwirkt ist wissenschaftlich umstritten. Geißler spricht von einer politischen Öffnung der Familie⁴¹ und meint damit, das Vordringen des Mediums Fernsehens in private Haushalte und die damit einhergehende Ausweitung politischer Information in den Privatbereich. Je mehr Information desto mehr Gesprächsstoff.

⁴⁰ Claußen/Geißler (1996) S. 9

⁴¹ Vgl. Geißler (1996) S. 54

Wobei Geißler der These nachgeht, dass Politik „nicht im Zentrum des Familiengesprächs, aber die Familie steht im Zentrum des politischen Gesprächs.“⁴²

Zwei Merkmale der politischen Gesprächskultur sind hervorzuheben. Erstens stellt Geißler fest, dass die politischen Meinungen von Ehepartnern mehrheitlich politisch homogen sind und dadurch das Gespräch in eine gewisse Richtung gelenkt wird. Zweitens vollzieht sich politische Kommunikation weitaus häufiger in oberen sozialen Schichten, denn in Familien mit einem niedrigen sozialen Status.⁴³

Bezugnehmend auf das erste Merkmal, muss Geißler angekreidet werden, dass er von einer Mutter, Vater, Kind Struktur ausgeht und andere Lebensformen gar nicht in Betracht zieht. Veith hingegen sieht die Familie als soziale Gruppe „in der sich mindestens zwei Mitglieder in einem Eltern-Kind Verhältnis befinden müssen.“⁴⁴ Eine enge Bindung zwischen Erwachsenem und Kind ist demnach weitaus wichtiger als Blutsverwandtschaft, Zweielternfamilien, andere Geschwister etc.

Zur Häufigkeit der politischen Gespräche bei Unterschichtsfamilien kann auf Bourdieu Bezug genommen werden, mit dessen „Habitus“ Konzept sich gut beschreiben lässt, dass sich in der Familie „mit der sozialen Position verbundenen Klassifikationssysteme und Unterscheidungsformen der Gesellschaft“⁴⁵ widerspiegeln. Ist man sich seiner gesellschaftlichen Lage nicht bewusst bzw. hat sie als unveränderbar akzeptiert, wird auch weniger darüber gesprochen.

Dass die Eltern als GesprächspartnerInnen in politischen Fragen durchaus wichtig sind, zeigt auch, dass 56% der österreichischen Jugendlichen von 14 bis 20 Jahren angeben, häufig ihre Eltern etwas über Politik zu fragen.⁴⁶

Neben dem Gespräch über Politik, unterscheidet Geißler die manifeste und die latente Sozialisation in der Familie.

Unter manifester Sozialisation sind die „Wirkungszusammenhänge von politischem Familienmilieu und politischer Persönlichkeit“⁴⁷ zusammengefasst. Als Merkmale der politischen Persönlichkeit führt Geißler mehrere Punkte an⁴⁸:

⁴² Geißler (1996) S. 54

⁴³ Vgl. Ebd. S. 55

⁴⁴ Veith (2008) S. 33

⁴⁵ Ebd. S. 36

⁴⁶ Duffek/Rosenberg (2008) S. 15

- Parteipräferenz
- Disposition zur politischen Teilnahme (Aktivitätsbereitschaft, Interesse, politische Kompetenz u.ä.)
- Richtung und Ausmaß der politischen Aktivität von Studenten
- Demokratische bzw. undemokratische Orientierung wie politische Toleranz, demokratisches Bewusstsein, politische Liberalität, Humanismus
- Sonstige politische Orientierungen wie Einstellungen auf dem Links-Rechts-Kontinuum, Bewertung politischer Institutionen und Bewegungen
- Politische Meinungen

Feststellbar ist, dass je höher die politischen Eindrücke als Kind sind, desto höher ist auch die Übereinstimmung von Eltern und Kindern bzw. Jugendlichen in ihrer politischen Meinung.⁴⁹ Dasselbe gilt für die Parteipräferenz und die Aktivitätsbereitschaft. Je höher diese bei den Eltern ist, desto höher ist sie auch bei Kindern und Jugendlichen.⁵⁰ Rückläufig sind diese Zahlen bei ideologischen Fragen. Geißler meint daher, dass präzise und deutlich wahrnehmbare politische Einflüsse wesentlich stärker prägend sind als Einstellungen die allgemeiner wahrgenommen werden.⁵¹ Bei diesen Erbenissen muss bedacht werden, dass Geißler sich auf Untersuchungen aus den 70er Jahren bezieht. Grund dafür ist, dass die wissenschaftliche Forschung in diesem Bereich sehr unausgereift ist und in den letzten Jahrzehnten wenig Beachtung gefunden hat.

Die Shell Jugendstudie 2010 kommt zwar auch zu dem Ergebnis, dass Familie für Jugendliche als wichtiger Orientierungspunkt gilt. Erfasst wird dies jedoch mit der Frage ob man Familie bräuchte um glücklich zu sein.⁵² Die Kategorie Glück, als sehr diffuser Begriff, ist wohl wenig hilfreich um zu erfassen, in welchen Dimensionen sich nun die familiäre Sozialisation auswirkt und daher nicht empfehlenswert für die wissenschaftliche Forschung.

Die zweite Form der politischen Sozialisation, ist die latente. Hier richtet sich das Augenmerk auf die „Einflüsse des unpolitischen Familienmilieus auf politische Dimensionen der Persönlichkeit“.⁵³ Primär lassen sich darunter die verschiedenen Erziehungspraktiken verstehen. Veith erstellt eine Systematik der Erziehungsstile

⁴⁷ Geißler (1996) S. 56

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ Vgl. Duffek/Rosenberg (2008) S. 11

⁵⁰ Vgl. Schulze in Geißler (1996) S. 57f

⁵¹ Vgl. Geißler (1996) S. 58f

⁵² Vgl. Vgl. Albert/Hurrelmann/Quenzel (2010) S. 386

⁵³ Geißler (1996) S. 59

(Demokratisch, Autoritär, Antiautoritär und Laissez-faire) indem er emotionale Wärme oder Kälte einem hohen oder geringen Grad an Kontrolle gegenüberstellt. Am günstigsten ist die Kombination einer hohen Kontrolle mit emotionaler Wärme.

Klare Strukturen, Offenheit und Akzeptanz führen zu einer Mitgestaltungsbereitschaft und der Entwicklung sozialer Kompetenzen.⁵⁴ Auf der anderen Seite steht in Anlehnung an Horkheimer und Adorno der ‚autoritäre Charakter‘. Unkritische Unterwürfigkeit durch einen autoritären Erziehungsstil hervorgerufen führen häufig zur Ausbildung eines autoritären Charakters. Wesensmerkmale desselben sind Beherrschung Schwächerer, Aggressivität gegenüber Minderheiten und Andersdenkenden, Intoleranz und Schwarz-Weiß-Denken.⁵⁵ Wird ein Mensch in seiner Jugend stark unterdrückt, setzt sich diese Unterdrückung meistens im späteren Leben fort und spiegelt sich auch in der politischen Ausrichtung wieder. Besonders anfällig sind diese Menschen für Rechtsextremismus bzw. rechte Ideologien.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die Familie als Wegbereiter politischer Ausrichtung eine wesentliche Rolle spielt. Welche Wirkungsweisen genau welche Faktoren beeinflussen ist jedoch immer noch nicht ganz erforscht. Ein Grund dafür mag sein, dass politische Sozialisation immer noch Mehrheitlich in der Privatheit der Familie liegt und nicht in die Öffentlichkeit getragen wird. Ebenso unerforscht ist es, inwieweit sich die Meinung Jugendlicher auf deren Eltern auswirken? Die Forschung wurde nur in eine Richtung und zwar die Wirkung von Eltern auf Kinder, aber nie in die andere Richtung betrieben. Politische Sozialisation muss als lebenslanger Prozess angesehen werden, der nicht mit dem Erwachsenenalter abgeschlossen ist. Ebenso kann die Familie nicht als abgegrenzt zu anderen Sozialisationsinstanzen gesehen werden.

Umwelteinflüsse, wie das Fernsehen dringen in den familiären Raum ein ebenso wie Familienmitglieder mit der Umwelt außerhalb der Familie interagieren und diese Erfahrungen in die Familie wieder hinein tragen.

⁵⁴ Veith (2008) S. 38

⁵⁵ Vgl. Geißler (1996) S. 59f

5.1.2 Politische Sozialisation in der Schule

Politische Sozialisation durch die Institution Schule und politische Bildung sind zwei Schuhe desselben Paares. Zieht man nur einen Schuh an fängt man an zu hinken. Warum diese beiden Bereiche in der wissenschaftlichen Literatur dennoch häufig getrennt voneinander betrachtet werden, ist unverständlich.

„Als Organisation muss sich Schule gleichzeitig zu den beruflichen *Qualifikationsforderungen* des Wirtschaftsystems verhalten, an den Rahmenbedingungen des politischen Systems orientieren und entsprechende *Teilhabeformen* ermöglichen. Mit ihren äußeren und inneren Differenzierungsformen bezieht sie sich auf die etablierten Mechanismen der sozialen *Statusverteilung* und mit ihren Bildungsangeboten muss sie die Weitergabe der *handlungsleitenden Grundüberzeugungen* der Kulturgemeinschaft gewährleisten.“⁵⁶

Lehrkräfte müssen eine enorme Bandbreite an Qualifikationen mitbringen, um diesen Anforderungen zu genügen, ebenso wie das Bewusstsein vorhanden sein muss, welche Wirkmechanismen innerhalb der Institution Schule bestehen und darüber hinaus die Bereitschaft den SchülerInnen mehr als nur die Rolle von ZuhörerInnen zuzuweisen. Stichworte hierbei sind die Lehrkraft-SchülerInnen Interaktion, schulische Selektionsprozesse und der heimliche Lehrplan.

Gesellschaftliche Praktiken sind in die schulische Organisation eingeschrieben und tragen zum sozialen Lernen ebenso bei, wie der inhaltliche Lernstoff selbst. Daher bemängelt Kandzora, dass Schule immer noch nicht als Ort des Lernens, sondern als Lehranstalt konzipiert ist.⁵⁷ Nicht der Lernprozess und damit erfahrbares Lernen, sondern normiertes und damit auch leicht abfragbares und beurteilbares Wissen stehen im Vordergrund.

Die Einteilung des Schulalltages in getrennt voneinander ablaufende Fächer und die zeitliche Überbeanspruchung von SchülerInnen hat zwei wesentliche Auswirkungen. Zum einen kommt es durch die fehlende Verknüpfung verschiedenster Inhalte durch getrennte Fächer nicht zu der für politische Handlungsfähigkeit benötigten übergeordneten Perspektive.⁵⁸ Zum anderen läuft das Konzept Schule, wie es in Österreich mehrheitlich betrieben, wird jeglichen Erkenntnissen wie lange eine Mensch Konzentrationsfähig ist zuwider.

⁵⁶ Veith (2008) S. 42 Hervorhebungen im Original

⁵⁷ Kandzora (1996) S. 79

⁵⁸ Vgl. Krappmann (2000) S. 81

Überforderung ist der Feind jeglicher Motivation und mit ein Grund einer negativen Einstellung zur Schule. So zeigt Ulich, dass „die Schulfreude mit der Schuldauer fast kontinuierlich abnimmt.“⁵⁹

Welche Konsequenzen hat das nun für die politische Sozialisation in und durch die Schule und die politische Bildung?

Zunächst sei der heimliche Lehrplan genannt. Der heimliche Lehrplan umfasst alle Abläufe, die nicht Teil des Lehrstoffes sind. Damit sind „Anpassungsstrategien“⁶⁰ gemeint, die sich SchülerInnen aneignen um den Schulalltag zu bewältigen.

Das reicht von bürokratischen Aufgaben mit denen SchülerInnen in der Schulorganisation konfrontiert sind, bis hin zu dem Wissen wie man mit welcher Lehrkraft umgehen muss, um gut da zu stehen. Diese Strategien wirken stark identitätsbildend. Kandzora hebt zwei Effekte des heimlichen Lehrplanes besonders hervor:⁶¹

- Die Reduktion von Gesellschaftlichkeit im Bedeutungs- und Erfahrungsbezug schulischen Lernens
- Die Reduktion von Subjektivität in der institutionell typischen Verkehrung des Lernorts Schule zur Lehranstalt

Was Kandzora damit meint, ist, dass was in der Schule gelehrt und gelernt wird, nicht in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext gestellt wird. Folglich SchülerInnen das in der Schule Gelernte, nicht in Zusammenhang mit ihrer außerschulischen Realität verbinden. Als weitere Folge ist zu bemerken, dass SchülerInnen lernen, dass freies Denken, Kreativität und Kooperation in einer Lehranstalt wenig gefragt sind. Genau jene Eigenschaften die mitunter die Basis politischen Denkens und Handelns sind. Schule schafft es daher nur unzureichend den SchülerInnen das erste Prinzip der politischen Bildung näher zu bringen und zwar „soll (politische Bildung) den Schüler befähigen, gesellschaftliche Strukturen in ihrer Art und ihrer Bedingtheit zu erkennen (Interessen, Normen, Wertvorstellungen; Herrschaft, Macht, Machtverteilung; politische Institutionen).“⁶²

⁵⁹ Ulich (1991) S. 379

⁶⁰ Veith (2008) S. 46

⁶¹ Kandzora (1996) S. 84

⁶² Grundsatzertlass PB GZ 33.466/103-V/4a/94 S. 2

Ein weiterer wichtiger Punkt in der schulischen Sozialisation ist die Lehrkraft-SchülerInnen Interaktion. SchülerInnen sind in dem Schulsystem den Lehrkräften hierarchisch untergeordnet. Dieses ungleich verteilte Machtgefüge lässt die Beziehung zu einer sehr sachlichen werden.⁶³ Probleme können sich daraus ergeben, dass Lehrkräfte auch nur Menschen sind und sowohl mit ihren eigenen Emotionen als auch mit denen der SchülerInnen umgehen müssen und dabei selten Unterstützung von außen erhalten. Ulich spricht von einer Erwartungsdivergenz, bei der SchülerInnen ihren Lehrkräften Durchsetzungsvermögen abverlangen, aber dennoch gleichberechtigt sein wollen und demokratisch Entscheidungen treffen möchten.⁶⁴ Für die Sozialisation von SchülerInnen bedeutet das, dass sie lernen, je beliebter sie bei einer Lehrkraft sind, desto mehr Freiheiten werden ihnen eingeräumt.

SchülerInnen fügen sich in dieses System ein und lernen in ihm zu leben bzw. zu überleben. Kritisch betrachtet ist dieser Sozialisationsprozess, da die SchülerInnen nicht „ihr Tun als folgenreiche Einwirkung auf Objekte und Personen erfahren und auf diese Weise ihre eigene Wirksamkeit erleben.“⁶⁵

Um es noch einmal zu erwähnen: Politische Sozialisation in der Schule und politische Bildung kann man nicht getrennt voneinander betrachten. Daher ist der Ansatz der Politik, politische Bildung als Teil aller gelehrten Fächer zu etablieren wünschenswert. Woran es fehlt ist das Werkzeug, dass man den Lehrkräften in die Hand gegeben werden muss, um dieses Vorhaben umzusetzen.

Um nicht dem Vorwurf ausgesetzt zu sein Jugendliche zu indoktrinieren, schrecken Lehrkräfte daher vor politischer Bildung zurück. Folge: Schule ist und bleibt eine „Lehrer-Schule“ und wird keine „SchülerInnen-Schule“⁶⁶.

Als Dritten, und meines Erachtens wichtigsten Punkt sei noch auf die soziale Selektion von Schule hingewiesen. Eine Vielzahl wissenschaftlicher Arbeiten hat sich mit den sozialen Selektionsprozessen beschäftigt. Faktoren für soziale Selektion sind die Trennung von Jugendlichen im Alter von 10 in verschiedenste Schultypen, Eltern deren finanzielle Mittel für einen langen Bildungsweg (bis zur Matura bzw. ein Hochschulstudium) nicht ausreichen etc.

⁶³ Vgl. Ulich (1991) S. 385f

⁶⁴ Vgl. Ebd. S. 386

⁶⁵ Krappmann (2000) S. 85

⁶⁶ Schäfers (2001) S. 116

Von Jugendlichen aus unteren sozialen Schichten wird demnach eine sehr hohe Resilienz abverlangt. Besitzt ein Jugendlicher die Fähigkeit mit schwierigen Situationen umzugehen nicht, stellt sich ein Gefühl der Ohnmacht ein. Versagensängste bis hin zu abweichendem Verhalten, mit Kontroll- und Etikettierungsprozesse seitens der Lehrkräfte, sind die Folge.⁶⁷

5.1.3 Politische Sozialisation durch Peer Groups

Die Sozialisationsforschung hat schon seit langem erkannt, dass Gleichaltrige im Leben Jugendlicher eine wesentliche Rolle spielen. Nicht zuletzt deshalb weil 70% der Jugendlichen Freunde und Bekannte als sehr wichtig in ihrem Leben erachten.⁶⁸ Dennoch bemängelt Krappman die „peer group“ als leere Floskel der Forschung.⁶⁹ Doch was sind Peer Groups und wie unterscheiden sie sich von anderen sozialen Gruppen?

Die Peer Group kennzeichnet sich durch das Merkmal der Gleichheit und zwar der „Gleichheit der Stellung im Verhältnis zueinander“⁷⁰. Die Peer Group wird des Öfteren mit der Gruppe der Gleichaltrigen gleich gesetzt. Die Differenzierung zwischen diesen Gruppen sollte jedoch gemacht werden, da das Kriterium des Alters keineswegs das Kriterium der Gleichheit in sozialen Interaktionen zur Folge hat. Als weitere Kategorie wird die Freundschaft unterschieden. Freundschaft richtet sich auf eine Person und basiert auf Vertrauen.⁷¹ Mitglieder einer Peer Group müssen nicht miteinander befreundet sein. Allen drei Gruppen ist gemein, dass sie sich nach außen hin abschließen.

Das eröffnet, die Möglichkeit symmetrische Beziehungen aufzubauen im Gegensatz zu asymmetrischen Beziehungen wie z.B. Eltern-Kind Beziehungen. Die Werte und der Zusammenhalt innerhalb der verschiedenen Gruppen sind jedoch unterschiedlich.

Um nicht den Rahmen zu sprengen werde ich mich auf die Peer Group als Form der Gleichaltrigengruppe beschränken. Welche sozialisatorische Rolle Gleichaltrige spielen macht Sünker deutlich indem er sagt: „Altershomogene Gruppen bilden die vermittelnden Glieder zwischen den Prinzipien des Familienlebens und denen des sozialen Systems, indem sie die von der Familie nicht mehr zu leistende Persönlichkeitsintegration

⁶⁷ Vgl. Ulich (1991) S.391

⁶⁸ Vgl. GfK Jugend Online 2007 - Lebenswelten

⁶⁹ Krappmann (1991) S. 375

⁷⁰ Hartup (1983) zit. in Krappmann (1991) S. 364

⁷¹ Vgl. Krappmann (1991) S. 364f

ermöglichen und zugleich über die Sozialisationsmechanismen des Gruppenlebens die für den Erhalt des sozialen Systems notwendige Sozialität der Individuen herstellen.“⁷²

Gleichaltrige Jugendgruppen dienen demnach als Bindeglied zwischen Familie und unter anderem, der politischen Umwelt. Nicht klar erforscht ist dabei, inwieweit gewisse Kompetenzen bereits vorher ausgebildet sein müssen, um überhaupt Mitglied einer Peer Group zu werden. Als Beispiel sei die Fähigkeit zum Perspektivenwechsel genannt. Eine Kompetenz, die für Entscheidungsfindungen von Gruppen wesentlich ist.

Welche Räume diese Gruppen zur Identitätsbildung bieten und welche Leistung sie damit erbringen nennt Schäfers:⁷³

- Ablösung vom Elternhaus
- Unterstützung bei emotionalen Ambivalenzen
- Sozialisation in eigener Regie unabhängig von Eltern oder Schule
- Ergänzen von individualisierten Einstellungen durch gruppenorientierte
- Gemeinsame Kommunikation durch gemeinsame Interessen
- Gemeinsame Freizeitgestaltung und Ausdehnung des Autonomiebereiches
- Gruppenkonformität bietet ein günstiges Klima zur Übermittlung von Einstellungen

Ebenso wenig wie die genauen Wirkmechanismen von Gleichaltrigengruppen für die Sozialisation erforscht sind, gibt es Befunde für die Bedeutung von Gleichaltrigengruppen für das politische Alltagsbewusstsein.

Es gibt jedoch die Hypothese, „daß (sic!) die Bereitschaft, sich im öffentlichen Raum, in Organen der Selbstverwaltung, in der Politik, in Bürgerinitiativen, Vereinigungen usw. zu engagieren, in dem Maße steigt, in dem der Betreffende einer Jugendgruppe angehörte und in deren Rahmen Sozialaktivität und Führungsverhalten kennenlernen und einüben konnte.“⁷⁴ Was bei dieser Aussage fehlt ist die Einbettung in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext. Man kann nicht davon ausgehen, dass Jugendliche Kompetenzen, die sie in der Interaktion mit anderen Jugendlichen erwerben, eins zu eins umlegen auf das politische Handlungsfeld.

⁷² Sünker (1996) S. 103

⁷³ Vgl. Schäfers (2001) S. 164f

⁷⁴ Wurzbacher zit. in Sünker (1996) S. 106

Erst die Politisierung von alltäglichen Erfahrungen und das Herausbilden eines strukturellen Wahrnehmungsvermögens, können eine Gespür für den politischen Bereich erzeugen.⁷⁵ Das bedeutet, dass nicht die Peer Group per se politisch sozialisierend wirkt, sondern das politische Potenzial von der bereits vorhandenen Politisierung seiner Mitglieder abhängig ist. Daher sind die Instanzen der familiären Sozialisation und der durch Peer Groups von statten gehenden Sozialisation, nicht getrennt voneinander zu betrachten.

5.1.4 Politische Sozialisation durch Medien

Die Ausdifferenzierung der Jugendphase und die gesellschaftlich bedingte Pluralisierung von Jugendlichen Lebenswelten wirken sich natürlich auch auf die Gewichtung der verschiedensten Sozialisationsinstanzen aus. Dieser Wandel der Jugendphase zeigt sich anhand mehrerer Aspekte:⁷⁶

- frühere Ablösung vom Elternhaus
- höhere Verschulung und damit höherer Anspruch an einen Schulabschluss
- Bedeutungsgewinn der Peergroup
- zentrale Stellung des Freizeit- und Konsumbereichs bei Jugendlichen

Alle vier der hier angesprochenen Punkte wirken dahingehend, dass Medien als Sozialisationsinstanz erheblich an Bedeutung gewinnen. Wie bereits angesprochen dringen Medien in Familien ein und bieten Gesprächsstoff.

Jugendliche nutzen Medien zur Bildung von (politischen) Meinungen, die nicht mit denen ihrer Eltern übereinstimmen müssen. Eltern sehen sich durch Medien in ihrer Autorität bedroht.⁷⁷ Fast zeitgleich mit der Ablösung vom Elternhaus werden Gruppen von Gleichaltrigen wichtiger im Leben junger Menschen. Die Gleichaltrigengruppe und Medien haben Gemeinsamkeiten nämlich, „dass sowohl die Medien als auch die Freunde es ermöglichen, sich mit Entwicklungsthemen auseinander zu setzen.“⁷⁸ In Anlehnung an G.H. Mead entwickelt sich Identität in Form des „sozialen Selbst“ in Auseinandersetzung mit den Mitmenschen. Medien offerieren verschiedenste Rollenbilder und verbreiten in einer Gesellschaft geltende Werte und Normen, die von Jugendlichen aufgenommen und,

⁷⁵ Vgl. Sünder S. 107

⁷⁶ Vgl. Tillmann (2004) und Hurrelmann (1999)

⁷⁷ Vgl. Mikos/Winter/Hoffmann (2007) S. 10f

⁷⁸ Hoffmann (2004) zit. in Mikos/Winter/Hoffmann (2007) S. 11

eben auch in der Peergroup, erprobt werden können. Mikos, Winter und Hoffmann sprechen von einer Vermischung von medialer und sozialer Kommunikation die typisch für (post)moderne Lebenswelten sei.⁷⁹

Aus pädagogischer Sicht werden Massenmedien dahingehend kritisiert, dass sie kein konsistentes Werte und Normensystem vertreten, wie eben die Familie oder Schule, sondern Aktualität und Publizität im Vordergrund stehen. Die dabei häufig wechselnden Meinungen und Widersprüchlichkeiten sind für Jugendliche schwer fass- und verarbeitbar.⁸⁰

Im Bereich der Freizeit finden Jugendliche selbstgewählte und/oder selbstgestaltete Erlebnisräume.⁸¹ Doch das diese Räume nicht nur Erlebnis, sondern auch Konsumbereiche sind, zeigt sich zum einen daran, dass sowohl mit der Verbreitung des Mediums an sich (z.B. Handy und Computer) als auch mit den Medieninhalten in kapitalistischen Gesellschaften, Gewinn erzielt wird.

Aus diesem Umstand heraus ergibt sich oft der Vorwurf der Manipulation durch Medieninhalte, da „vor allem solche Medienbotschaften angeboten werden, die eine optimale Verbreitung (Auflage, Einschaltquote) erwarten lassen.“⁸²

Dass Jugendliche diese Ware als primäre Informationsquelle über das tägliche Geschehen konsumieren, zeigen Zahlen der Jugendstudie 2008 des Renner - Instituts.⁸³ Fernsehen rangiert auf Rang 1 mit 85% gefolgt von Tageszeitungen (76%) und Radio (71%) Gespräche mit der Familie (61%) und Freunde oder Kollegen (59%) finden sich dagegen erst auf den Plätzen 5 und 6.

Was bedeutet das für die politische Sozialisationsrelevanz von Medien?

„Auch die Medien sind Gegenstände von öffentlicher Relevanz. Einstellungen zu ihnen sind politische Einstellungen, die durch die Sozialisationseffekte der Medien selbst beeinflusst werden“⁸⁴

⁷⁹ Vgl. Mikos/Winter/Hoffmann (2007) S. 10f

⁸⁰ Vgl. Saxer/Bonfadelli/Hättenschwieler (1980) S. 22

⁸¹ Schäfers (2001) S. 149

⁸² Pöttker (1996) S. 152

⁸³ Duffek/Rosenberg (2008) S.23

⁸⁴ Pöttker (1996) S. 154

Für den starken Einfluss der Mediennutzung auf die politische Sozialisation hat Kuhn sieben Argumente gefunden:⁸⁵

1. Politik wird in allererster Linie fast ausschließlich über Massenmedien erfahren
2. Massenmedien sind für Jugendliche die Hauptquelle politischer Information
3. Massenmedien besitzen bei den Rezipienten eine hohe Glaubwürdigkeit
4. Jugendliche selbst räumen den Massenmedien einen großen Einfluss auf ihre politischen Meinungen ein
5. Die Agenda Setting Hypothese: Massenmedien regen an, worüber die Menschen nachdenken, sie setzen Themen
6. Politik ist im Alltag in der Regel von nebensächlicher Bedeutung
7. Massenmedien sind omnipräsent; d.h. sie besitzen eine Allgegenwart welcher der einzelne sich nicht beliebig entziehen kann

Nun stellt sich nicht die Frage ob und wie Jugendliche durch Medien im Ganzen sozialisiert werden, sondern welches Medium, welche Sozialisationseffekte hat. Dazu sollte gesagt werden, dass sich die von Kuhn genannten Argumente auf das Fernsehen beziehen. In dieser Arbeit stehen jedoch zwei andere Medien, nämlich Handy und der Computer mit Internetzugang, im Mittelpunkt.

Sowohl das Handy als auch der Computer mit Internetzugang weisen nämlich andere Aneignungspraktiken und damit andere Sozialisationseffekte als z.B. das Fernsehen auf. Politische Sozialisation bedeutet „nicht nur die Vermittlung von politischen Grundeinstellungen und Grundkenntnissen, sondern auch deren Aneignung durch partiell autonome Handlungssubjekte.“⁸⁶ Der Mensch als eben dieses Handlungssubjekt wird durch die Verfasstheit des Mediums mehr oder weniger gefordert bzw. gefördert. „Das Handy wird so zum Träger der Individualisierung, denn es ist ein individualisiertes Medium, nicht nur durch die Tatsache, dass ein Handy nur von einer Person genutzt wird, sondern auch durch seine „individuellen“ Gestaltungsmöglichkeiten der Verschaltung, des Klingeltones usw.“⁸⁷ Das Medium Handy wird somit zu einem mitunter auch politischen Statement, das kreative Gestaltungsmöglichkeiten bietet.

⁸⁵ Kuhn (2000) S. 99ff

⁸⁶ Pöttker (1996) S. 154

⁸⁷ Schäfers (2001) S. 155

Der bzw. die NutzerIn kann sich nicht nur das Wissen aneignen, das zum Bedienen des Geräts notwendig ist, sondern das Gerät wirkt durch die Gestaltung durch sein/en BenutzerIn identitätsstiftend ebenso wie z.B. Kleidung, Musikgeschmack oder eben die politische Meinung. Dieser Prozess lässt sich mit der Steigerungskette „aktiv – produktiv – kreativ“ beschreiben.⁸⁸

Um jedoch produktiv mit Medien umzugehen, bedarf es vor allem auf der inhaltlichen Ebene einer Medienkompetenz. Medienkompetenz beinhaltet vier Ebenen:⁸⁹

- Kenntnis (Ich muss wissen, dass es diese Medien/-dienste gibt)
- Anwendung (Ich kann damit umgehen; in einem konsumierenden Sinn)
- Kritikfähigkeit (ich kann über ihre Qualität, ihre Grenzen urteilen)
- Kreativität und Innovation (Ich kann sie zur eigenen Ausdrucks- und Gestaltungsfähigkeit nutzen)

Thiermann gibt bei dieser Definition von Medienkompetenz zu bedenken, dass es sich nicht um eine lineare Entwicklung handle. Es sei nämlich möglich den Punkt Kritikfähigkeit zu überspringen und Medien zu nutzen und sich Anzueignen, auch ohne deren Ursprung und Qualität zu hinterfragen.⁹⁰

Dieser Sichtweise kann man möglicherweise zustimmen. Dennoch halte ich es für wichtig herauszustreichen, dass die neuen Medien allein durch ihre Verfasstheit den Umgang mit Medien verändert haben. Kreativität wird durch den Konsum von Fernsehen oder Printmedien so gut wie nicht gefördert. Mit der Fähigkeit Medien also als Ausdrucksweise gestalterischer Tätigkeit zu nutzen, wäre ein Schritt Jugendlichen aufzuzeigen, dass sie etwas von sich aus produzieren können.

Was sich jedoch mit Sicherheit sagen lässt, ist dass Medien als Sozialisationsinstanz nicht mehr wegzudenken sind. Sich dem Einfluss politischer Information durch Medien zu entziehen, ist kaum möglich. Medien nehmen daher eine ungemein hohe Stellung im politischen Sozialisationsprozess Jugendlicher ein. Ob und in wie weit österreichische Jugendliche von Medien, und dabei vor allem durch Handy und Internet, politisch sozialisiert werden, wird im weiteren Verlauf dieser Arbeit untersucht werden.

⁸⁸ Winter (1995) in Thiermann (2007) S. 41

⁸⁹ Tangens/padeluun (1997) S. 154 in Thiermann (2007) S. 43

⁹⁰ Vgl. Thiermann (2007) S. 43

6. Verdrossenheit – Schatten einer Gesellschaft

1992 zum Wort des Jahres gewählt, ist die „Politikverdrossenheit“⁹¹ aus dem Wortschatz der deutschen Sprache gar nicht mehr wegzudenken. Nur noch 8.5% der ÖsterreicherInnen haben noch Vertrauen in die heimischen PolitikerInnen. PolitikerInnenverdrossenheit sei jedoch nicht zu verwechseln mit der noch gefährlicheren Politikverdrossenheit.⁹² Doch was ist der Unterschied zwischen Politik- und PolitikerInnenverdrossenheit und welche Folgen haben diese Phänomene auf demokratische Gesellschaften?

6.1 Formen von Verdrossenheit

Politikverdrossenheit ist sowohl ein inflationär gebrauchtes Schlagwort, als auch ein politikwissenschaftlicher Begriff. Sucht man jedoch eine Definition für Politikverdrossenheit findet man wenig bis keine zufriedenstellende Antwort. Im Lexikon der Politikwissenschaft wird Politikverdrossenheit als „Unzufriedenheit mit der Politik insgesamt“⁹³ definiert. Eine wenig differenzierte Betrachtungsweise des Phänomens. Jens Wolling beschreibt Politikverdrossenheit als „eine Orientierung gegenüber der Politik“, wobei er den Bürger als einen Akteur in dem Dreigespann von Medien, Politik und Bürger sieht.

Politische Information erreiche den Bürger zumeist durch Massenmedien, daher werden auch Medien als Quelle der Unzufriedenheit vermutet und nicht nur die Politik selbst.⁹⁴ Dieser Ansatz wird bei der Suche nach Ursachen für die Verdrossenheit nochmal aufgegriffen werden, bietet aber keine fundierte Definition für Verdrossenheit.

Etwas pragmatischer drückt sich der Psychiater Erwin Ringel aus, indem er Politikverdrossenheit als Krankheit, vergleichbar mit einer Depression, bezeichnet.⁹⁵ Sein Ansatz ist es, das Verhältnis der ÖsterreicherInnen zur Politik mit dem einer Eltern-Kind-Beziehung zu erklären. Sowie Eltern glaubwürdig sein müssen um Vertrauen zu erlangen, muss auch die Politik sich an diesen Grundsatz halten.

⁹¹ Vgl. Wolling (1999) S. 7

⁹² Vgl. News Nr. 25 22.Juni.11 S. 15

⁹³ Nohlen/Schultze (2005) S. 682

⁹⁴ Vgl. Wolling (1999) S. 37

⁹⁵ Ringel (1993) S. 29

Den österreichischen Zugang zur Politikvermittlung sieht Ringel in den Traumata des Nationalsozialismus begründet und der damit einhergehenden Veränderung dergleichen.⁹⁶

Auch bei Ringel findet sich, ähnlich wie bei Wolling, daher die Triade von Medien, Bürger und Politiker als Akteure wieder.⁹⁷

Wie man sieht reicht also die Bandbreite der Umschreibungen von Politikverdrossenheit von Unzufriedenheit, über Krankheit, bis hin zur Orientierung und kann mit dem Begriff „demoskopisches Artefakt“⁹⁸ erweitert werden.

Für die empirische Fassbarkeit von Politikverdrossenheit bedarf es jedoch einer genaueren Definition der Materie bzw. des Forschungsfeldes. „Schlussendlich ist zu erwähnen, dass Politikverdrossenheit kein statisches Phänomen darstellt.“⁹⁹ Gesellschaftliche Rahmenbedingungen, das politische System sowie die geographische Lage spielen natürlich eine Rolle, vor allem bei der Ursachenforschung von Politikverdrossenheit. Trotz der definitorischen Ungenauigkeit meint Wolling, müsse daher der Begriff Politikverdrossenheit verwendet werden.¹⁰⁰

Um den Begriff zu konkretisieren und damit verschiedene Wirkungsweisen von Verdrossenheit aufzuzeigen, wird in der wissenschaftlichen Literatur oft zwischen Parteien-, PolitikerInnen- und Politikverdrossenheit unterschieden.

Küchler definiert Parteienverdrossenheit als Unzufriedenheit mit dem etabliertem Parteienspektrum und Politikverdrossenheit als „Unzufriedenheit mit der konkreten Art und Weise wie Politik gemacht wird.“¹⁰¹ Darüber hinaus nimmt er nicht die Person der PolitikerIn ins Blickfeld, sondern die Staatsform der repräsentativen Demokratie. Riehl-Heyse fasst dies als Demokratieverdrossenheit, die eine Ablehnung der demokratischen Idee ausdrückt.¹⁰²

Werden diese Formen als hierarchisch abgestuft gesehen, steht die Staats- oder Demokratieverdrossenheit an oberster Stelle, gefolgt von der Parteienverdrossenheit.

⁹⁶ Vgl. Ebd. S. 11ff

⁹⁷ Vgl. Ebd. S.30ff

⁹⁸ Schedler zit. in Wollers (2000) S. 27

⁹⁹ Böhmer (2002) S. 25

¹⁰⁰ Vgl. Wolling (1999) S. 37

¹⁰¹ Küchler (1982) S. 40

¹⁰² Riehl-Heyse (1993) in Wolling (1999) S. 9

Da sich PolitikerInnenverdrossenheit nur auf Einzelpersonen bezieht, stellt sie die kleinste Einheit von Verdrossenheit dar. Herrscht eine Krise im Parteiensystem, hat dies Auswirkungen auf das ganze politische System und stellt damit eine Bedrohung für den gesamten Staat dar.¹⁰³ Dies zeigt, dass die verschiedenen Formen von Verdrossenheit zwar auf verschiedene Objekte abzielen, jedoch nicht getrennt voneinander betrachtet werden können. Daher meint Georg Paul Hefty, „dass eine Unterscheidung zwischen Politiker-, Parteien-, oder Politikverdrossenheit de facto sinnlos ist, weil der Verdruss, selbst wenn er sich (begrifflich) auf die Parteien fixieren lässt, dennoch die ganze Politik betrifft.“¹⁰⁴

Dieser Aussage kann zwar dahingehend nicht widersprochen werden, da der Begriff der Politikverdrossenheit nicht einheitlich verwendet wird. Auf der anderen Seite sollte mitgedacht werden, dass die verschiedenen Formen von Verdrossenheit verschiedene Akteure bzw. Teile des politischen Prozesses betreffen und damit auch verschiedenen Einstellungsdimensionen empirisch erfassbar sind.¹⁰⁵ So können zwar politische Inhalte abgelehnt werden, was nicht heißt, dass die Demokratie an sich abgelehnt wird.

Zusammengefasst lässt sich sagen, dass der Begriff der Politikverdrossenheit zwar existiert, aber die Definitionen, und damit auch die Anwendungsweisen, stark variieren. Das mag mit ein Grund sein, warum der Begriff sich so starker Popularität erfreut. Es lässt sich Vieles aber, nichts Konkretes darunter verstehen.

Damit ist es das perfekte Wort um ein negatives Phänomen zu benennen, ohne es näher zu beschreiben. Oder um es mit den Worten von Riehl-Heyse zu sagen: „Politikverdrossenheit ist ein Wort, das ich zunehmend dumm finde.“¹⁰⁶

6.2 Indikatoren für Verdrossenheit

Als der Indikator für Politikverdrossenheit schlechthin, wird immer wieder das Wählen bzw. Nichtwählen genannt. Direkte Wahlen gelten als wichtigstes Instrument repräsentativer Demokratien. Eine niedrige Wahlbeteiligung wird daher als Legitimitätsentzug gegenüber dem politischen System und seinen RepräsentantInnen

¹⁰³ Vgl. Wolling (1999) S. 10

¹⁰⁴ Hefty, Georg Paul (1993) in Böhmer (2002) S. 29

¹⁰⁵ Vgl. Wolling (1999) S. 10

¹⁰⁶ Riehl-Heyse (1993) S. 21

gesehen. Das dem nicht so sein muss, zeigt Roht¹⁰⁷ auf, indem er zwischen Typen von Wahlen unterscheidet. Nicht bei jeder Wahl sind wichtige Entscheidungen zu treffen. Das heißt WählerInnen entscheiden zu einer Wahl zu gehen, auch unter dem Aspekt ob die Wahlumfragen bereits das Ergebnis sicher erahnen lassen oder nicht und ob der Ausgang der Wahl schwerwiegende Veränderungen mit sich bringen würde oder eben nicht. „Niedrige Wahlbeteiligung ist demzufolge kein Anzeichen für Systemverdruss, sondern sie signalisiert, daß nicht bei jeder Wahl die Demokratie zur Abstimmung steht.“¹⁰⁸ Was Roth in diesem Zusammenhang nicht erwähnt ist, dass diese Annahme nur in Zeiten politischer Stabilität Richtigkeit besitzt.

Signalisiert die Regierung Uneinigkeit zu gewissen Themen, bzw. zu zukünftigen Handlungsweisen, kann Nichtwählen natürlich als Indikator von Politikverdrossenheit angenommen werden. Auf der Kehrseite kann eine hohe Wahlbeteiligung ebenso eine Krise andeuten. Dies ist dann der Fall, wenn ehemalige NichtwählerInnen vermehrt radikale Parteien wählen.

„Wenn es Parteien, die autoritäre Politikentwürfe propagieren, gelingt, in größerem Umfang Wähler zu gewinnen, dann besteht eine Gefährdung der demokratischen Ordnung, denn die Wähler dieser Parteien stellen – zumindest teilweise und vorübergehend – die liberalen und freiheitlichen Grundwerte des politischen Systems in Frage.“¹⁰⁹ Die hier angesprochene Krise begründet sich demnach in einem Unvertrauen gegenüber den etablierten Parteien.

In Österreich stellen Plasser und Ulram eine erhöhte Wählermobilität seit den 1960er und 70er Jahren, hervorgerufen durch gesteigerte soziale Mobilität, im Zuge des sozioökonomischen Wandels, fest. Erst in den 80er Jahren steigt die Verdrossenheit und es bildet sich einer Wählerprotestkultur.

Wählermobilität und Proteststimmen wirken sich vor allem auf JugwählerInnen aus, da bei ihnen die Parteibindung sehr schwach ist und diese daher kaum mehr Auswirkungen auf die Wahlentscheidung haben.¹¹⁰

¹⁰⁷ Vgl. Roth (1992) in Wolling (1999) S. 11

¹⁰⁸ Ebd. S. 11

¹⁰⁹ Starke (1993) S. 60f

¹¹⁰ Plasser/Ulram (2006) S. 552ff

Neben der Wahl als demokratisches Beteiligungsinstrument gibt es eine Reihe politischer Partizipationsformen, die ebenfalls als Indikator von Politikverdrossenheit interpretiert werden. Darunter fallen, Bürgerinitiativen, Demonstrationen, Unterschriftensammlungen etc. Die Partizipation auf unkonventionelle Art und Weise wird als Parteienverdrossenheit gesehen, da Parteien in strittigen Fragen oft den innerparteilichen bzw. koalitionären Kompromiss suchen und weniger den Interessensausgleich mit der Bevölkerung.¹¹¹

Ein Gegenstandspunkt dazu, diese Formen der Partizipation als Krisensymptom zu sehen ist es, „daß die unkonventionellen Formen politischer Partizipation gerade auch von Bürgern häufiger ausgeübt werden, die sich auch auf konventionelle Art und Weise besonders intensiv beteiligen. Die unterschiedlichen Partizipationsformen ergänzen sich.“¹¹²

Daran zeigt sich, dass Wahlen nicht per se als Indikator für Formen der Politikverdrossenheit hergenommen werden kann. Bei der empirischen Untersuchung des Wahlverhaltens muss daher immer der Kontext der untersuchten Wahl mit einbezogen werden, sollten Schlüsse zur Politikverdrossenheit gezogen werden.

Wie bereits häufig angesprochen, handelt es sich bei der Politikverdrossenheit um eine Unzufriedenheit. Mit etwas unzufrieden zu sein, ist ein Gefühlszustand.

Dieser Gefühlszustand ist ein Indikator für Politikverdrossenheit, der nicht aus einem gewissen Verhalten heraus interpretiert, sondern nur durch demoskopische Interviews ermittelt werden kann. Da Gefühle oft sehr undifferenziert auftreten und daher empirisch schwer fassbar sind, hat Seeman fünf Bereiche innerhalb des Konzepts der politischen Entfremdung (Alienation) unterschieden:¹¹³

- Powerlessness (Machtlosigkeit): die Erwartung Einflussnahme auf die Verwirklichung von Wünschen und Zielen zu haben wird als gering eingeschätzt
- Meaninglessness (Bedeutungslosigkeit): Ereignisse präsentieren sich als unverständlich und Konsequenzen des eigenen Handelns scheinen unvorhersehbar
- Normlessness (Normlosigkeit): beschreibt Personen, die sich durch abweichendes Verhalten Erfolgsaussichten versprechen, als normlos

¹¹¹ Vgl. Wolling (1999) S. 12

¹¹² Ebd.

¹¹³ Vgl. Seemann (1959) in Wolling (1999) S. 14

- Isolation: gesellschaftliche Isolation besteht dann wenn eine Person den Eindruck hat andere Ziele und Werte als die Mehrheitsgesellschaft zu vertreten
- Self Estrangement (Selbstentfremdung): Handlungen werden nicht mehr zur aus eigenen Stücken getätigt und bieten daher keine Befriedigung.

Was Seeman mit diesen Kategorien beschreibt, sind sowohl persönliches Befinden als auch äußere Einflüssen, die in ihrer Gesamtheit Politikverdrossenheit beschreiben. Was Seeman nicht anstrebt, ist zwischen verschiedenen Formen der Verdrossenheit, bezugnehmend auf politische Akteure einzugehen. Er betrachtet Verdrossenheit aus dem Blickwinkel der verdrossenen Person heraus.

Nimmt man nun die Kategorisierung von Jugendlichen her, wie sie in der 14. Shell Jugendstudie vorgenommen wurde, lassen sich Parallelen erkennen.¹¹⁴ Der Typen der „*zögerlichen Unauffälligen*“ und der „*robusten Materialistinnen und Materialisten*“ weisen Züge von Powerlessness und Meaninglessness auf.

Aus den beiden Kategorisierungen lässt sich nicht ermitteln ob Normlosigkeit nur auf dritte Personen bezogen ist, oder ob die Jugendlichen selbst auch normloses Verhalten praktizieren. Dies würde die Gewaltbereitschaft der „*robusten Materialistinnen und Materialisten*“ beschreiben. Wie bereits erwähnt sind die Kategorien von Jugendlichen die, die 14. Shell Jugendstudie hervorgebracht hat, nicht eindeutig fassbar.

Daher sind auch die oben genannten Überlegungen eher Spekulation, als wirklich fundierte wissenschaftliche Ergebnisse.

6.3 Ursachen von Verdrossenheit

Die Häufigkeit mit der über das Thema der Politikverdrossenheit diskutiert wird, hinkt der Häufigkeit die Ursachen dafür zu ergründen weit hinten nach. Die Ursachenforschung hat viele Ansätze, jedoch trotz zahlreicher empirischer Untersuchungen wenig Einigkeit darüber erlangt, was Politikverdrossenheit hervorruft. Wolling führt mehrere Ansätze auf:¹¹⁵

- Moralische Defizite: bezogen auf PolitikerInnen, deren Verhalten dem zuwider läuft was sie sagen bzw. ein Mangel an Unrechtsbewusstsein

¹¹⁴ Vgl. Kapitel 3.1 dieser Arbeit

¹¹⁵ Vgl. Wolling (1999) S. 38ff

- Leistungsdefizite der politischen Institutionen große Probleme zu lösen z.B. Staatsverschuldung zu senken
- Angebliche Führungsschwäche: zeigt sich dadurch, dass keine langfristigen Konzepte entworfen werden, sondern die Orientierung an tagespolitischen Themen hängt
- Mangelnde Repräsentation der Bevölkerung: der/die Bürgerin fühlt sich nicht mehr vertreten
- Fehlen von politischen Partizipationsmöglichkeiten und, das Empfinden politische Partizipation laufe ins Leere
- Unzureichende Streitkultur: meint, es fehle den Parteien an der Fähigkeit ein ernsthaftes, produktives Gespräch zu führen

Die hier genannten möglichen Ursachen beziehen sich primär auf das Agieren von PolitikerInnen, politischen Institutionen und das politische System.

Würde man lediglich diese Ursachen hernehmen, ließe sich der Schluss ziehen, dass Politikverdrossenheit einzig und allein durch die oben genannten Akteure hervorgerufen wird. Diese Ansicht würde zu einem Täter-Opfer Szenario führen, in dem die BürgerInnen dem Handeln politischer Parteien und Institutionen ausgesetzt sind, und diese Situation zu Verdrossenheit führt. Eine doch kritisierenswürdige Ansicht.

Wolling weist aber darauf hin, dass die genannten Ursachen nicht direkt erfahrbar für die BürgerInnen sind, sondern medial vermittelt.

Nicht mitgedacht ist in diesem Zusammenhang die Erwartungshaltung und Einstellung der BürgerInnen zur Politik. Ulram bemerkt, dass „es in Österreich in den 1980er Jahren zu einem Anstieg an politischen Interesse und politischen Selbstbewusstsein“¹¹⁶ kam.

Einen „Mobilisierungsschub“¹¹⁷, wie in anderen westeuropäischen Staaten, gab es auch in Österreich. Dabei stieg die Zahl der stark Interessierten seit den 70er Jahren zunächst auf ein Viertel, danach sogar auf ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung in Österreich.¹¹⁸

¹¹⁶ Ulram (2006) S. 514

¹¹⁷ Plasser/Ulram (2004) S. 64

¹¹⁸ Vgl. Ebd. S. 64f

Dem gegenüber stehen jedoch Aussagen, wie die von Andreas Schedler, der 1992 meinte: „Wir wissen alle: die österreichische Bevölkerung ist massiv politikverdrossen. Wir wissen auch: sie liegt damit im internationalen Trend und sogar mit einer gewissen, durchaus exzeptionellen Vorreiterrolle.“¹¹⁹

Die Fragen die sich nun stellen sind: Geht ein höheres Interesse an Politik mit dem Voranschreiten der Politikverdrossenheit einher? Was ist zwischen 1980 und 1990 passiert, das solch ein Misstrauen gegenüber der Politik und seinen RepräsentantInnen geführt hat?

Die Ausweitung des Informationsangebotes und ein Anstieg des Bildungsniveaus werden bei Plasser und Ulram als Ursachen für das erhöhte Interesse an Politik genannt.¹²⁰ Das bedeutet je mehr Informationen über Politik die Menschen erhalten, umso interessierter werden sie. Nicht der Zugang zu Informationen sondern die medial vermittelten Information selbst, scheint mitschuldig an der Politikverdrossenheit.

Kepplinger stellt fest, dass es zu einer „langsamen und relativ stetigen Änderung der Politikdarstellung der Massenmedien“¹²¹ kam. Diese Änderung habe sich so unspektakulär vollzogen, dass sie von keinem wahrgenommen wurde. Ebenso stellt Kepplinger fest, dass die Erwartungen an die Politik durch die Politikdarstellung und das Aufkommen des Wortes Politikverdrossenheit gestiegen sei. Das Vordringen der Politik in den vorpolitischen Raum habe dazu geführt, dass die Politik sowohl als Verursacher als auch als Lösungsverantwortlicher in der Bevölkerung wahrgenommen wurde. Diese gesteigerten Erwartungen führten zu einer „strukturellen Überforderung der Politik“.¹²²

Folgen beider Veränderungen waren somit eine erhöhte Medialisierung, steigende Skandalberichterstattung und wachsende Skepsis.

Zieht man nun den Schluss aus dieser Fülle an Befunden lässt sich eines feststellen. Die Medien als Überbringer politischer Information hatten und haben aus Sicht vieler WissenschaftlerInnen erheblichen Anteil an dem Phänomen Politikverdrossenheit. Massenmedien stehen zwischen der Politik und den BürgerInnen.

¹¹⁹ Schedler (1993) S.3

¹²⁰ Plasser/Ulram (2004) S. 65

¹²¹ Kepplinger (1998) S. 32

¹²² Vgl. Ebd. S. 103

Dadurch halten sie es in der Hand zum einen wie Politik in allen seinen Facetten dargestellt wird und bestimmen dadurch die Erwartungshaltung der RezipientInnen an die Politik. Der Gedanke, dass Politikverdrossenheit demnach durch Massenmedien verursacht ist, ist nicht weit hergeholt.

7. Politik und Medien

Gesellschaftliches und damit auch politisches Zusammenleben ist ohne Kommunikation nicht denkbar. Kommunikatives Handeln ist die Voraussetzung für soziales Handeln. Doch wie funktioniert Informationsaustausch, Wissensvermittlung und Meinungsaustausch in einer Gesellschaft in der die Face – to – Face Kommunikation zwischen allen Individuen nicht immer möglich ist? Im Vordergrund dieser Untersuchung steht die politische Kommunikation. „Politische Kommunikation ist der zentrale Mechanismus bei der Formulierung Aggregation, Herstellung und Durchsetzung kollektiv bindender Entscheidungen. Insofern ist politische Kommunikation nicht nur Mittel der Politik. Sie ist selbst auch Politik.“¹²³

In ihrer Definition sprechen Jarren und Donges zwei Aspekte der politischen Kommunikation an. Zum einen benennen sie den Prozesscharakter politischer Kommunikation, in dem politische Akteure miteinander kommunizieren und so ein Entscheidungsfindungsprozess begangen wird. Zum anderen eröffnen sie eine räumliche Dimension indem sie meinen, politische Kommunikation schafft eine „öffentliche Arena“, also einen Kommunikationsraum in dem sowohl Äußerungen von politische Akteuren, als auch Äußerungen der Bevölkerung Relevanz erlangen.¹²⁴

Wenn also Politische Kommunikation, Basis von Entscheidungsfindungsprozessen ist und auch öffentlicher Raum, muss sie sich in ihrer Vermittlungsfunktion, einer immer komplexer werdenden Gesellschaft anpassen. Als Akteure wurden nun schon die politische Führung als auch die Bevölkerung genannt. Die Frage die sich nun stellt, ist, welche Rolle die Medien bei dieser kommunikativen Vermittlung einnehmen.

¹²³ Jarren/Donges (2006) S. 22

¹²⁴ Vgl. ebd. S 20f

7.1 Wandel der politischen Kommunikation

Sowohl gesellschaftliche Konstruktionen, als auch technische Entwicklungen haben zu einem Wandel der politischen Kommunikation geführt. Welche Bedeutung dieser Wandel für die politische Kommunikation in demokratischen Systemen hat, lässt sich an dem Drei Phasen Modell der Transformation politischer Kommunikationssysteme von Blumler und Kavanagh nachvollziehen.¹²⁵

Dieses Drei Phasen Modell beschreibt Entwicklungen von politischer Kommunikation in Demokratien nach 1945. Diese Entwicklungen können auch im österreichischen Kommunikationssystem beobachtet werden. Daher eignet sich das Modell von Blumler und Kavanagh bestens zur Analyse der Situation in Österreich.

In der ersten der drei Phasen wird politische Kommunikation als „golden age of parties“¹²⁶ bezeichnet. In dieser Phase ist politische Kommunikation Parteien-dominiert, was sich in Form von Parteizeitungen mit ideologischen und programmatischen Unterschieden widerspiegelt, die einen großen Teil der Medienlandschaft ausmachen. Überreste davon ist heute beispielsweise das „Neue Volksblatt“.

Die politische Vermittlung konzentriert sich auf parteiliche Standpunkte, die sich an eine treue und parteigebundene Wählerschaft richtet.¹²⁷ In Österreich lässt sich diese parteidominierte Kommunikation anhand der vorhandenen Parteipresse ablesen.

1953 lag der Anteil der Parteizeitungen an der täglichen Druckauflage bei 49% und 1959 bei 36%.¹²⁸ Neben den Parteizeitungen gab es natürlich auch andere Tageszeitungen. Die Tageszeitung galt 1961 als die wichtigste politische Informationsquelle mit 47% im Gegensatz zum Fernsehen, das nur 7% der österreichischen Bevölkerung als Informationsquelle nutzte.¹²⁹ Rhomberg spricht von parteipolitischen Öffentlichkeiten, die die sozialen Milieus voneinander abgrenzen.¹³⁰ Medien waren zu diesem Zeitpunkt nicht unabhängig von Parteien und konnten nicht als eigenständiger Akteur betrachtet werden.

¹²⁵ Vgl. Blumler/ Kavanagh (1999) zit. in Plasser/ Ullrich (2004) S. 39ff

¹²⁶ Blumler/Kavanagh (1999) zit. in Rhomberg (2009) S. 56

¹²⁷ Vgl. Plasser/Ullrich (2004) S. 39

¹²⁸ Vgl. Plasser (2006) S. 526

¹²⁹ Plasser/Ullrich (2004) S. 41

¹³⁰ Vgl. Rhomberg (2009) S. 57

Der Einzug des Fernsehens in die privaten Haushalte markiert den Übergang zur zweiten Phase politischer Kommunikation. Das Auflösen der Lagerbindung, der damit einhergehende Rückgang der Parteizeitungen und der Aufstieg des Fernsehens zum dominanten Medium, wird als TV-zentrierte Phase in Österreich von 1960 bis Mitte der 1980er Jahre verortet.¹³¹ „Fernsehen erstrahlt im Schein von Neutralität und Fairness, es erweitert das Publikum für politische Information, indem es auch neue Darstellungs- und Präsentationsweisen integriert.“¹³² Nicht mehr Literalität ist von Nöten um politische Information zu erhalten, sondern die audiovisuelle Darstellung von Personen und Ereignissen ist schon sehr bald einem Großteil der Bevölkerung zugänglich und ändert dadurch die Art und Weise wie kommuniziert wird.

Dieser neue Kommunikationsstil bringt zwei entscheidende Veränderungen mit sich. Zum einen müssen sich die politischen Eliten mit einer personalisierten Medienlogik arrangieren.¹³³ Von im Fernsehen auftretenden PolitikerInnen werden neue Formen der Selbstdarstellung verlangt.

Das bedeutet wiederum, dass PolitikerInnen sich neue Kompetenzen aneignen müssen um den Präsentationsformen der Medienformate gerecht zu werden. Ausschweifende Ansprachen weichen kurzen Statements. PolitikerInnen müssen nun noch stärker was sie sagen und darauf Wert legen, wie sie in prägnanter Weise inhaltliche Botschaften verpacken, sodass sie im Rahmen der Medienlogik auch beim Publikum ankommt.

Als zweite Veränderung ist ein Wandel hin zu parteiunabhängigem politischem Journalismus zu erkennen. Aussagen politischer Akteure werden einer Selektion bezüglich ihres Nachrichtenwertes unterzogen. Dass 1970 nur noch 20% der Druckauflage der Parteipresse zufielen unterstreicht diesen Wandel. Fernsehen gewinnt immer mehr an Informationshoheit auf dem Medienmarkt und bereits 1971 verfolgten 61% der ÖsterreicherInnen mehrmals wöchentlich die „Zeit im Bild“¹³⁴ Unabhängig von Parteizugehörigkeit gibt es eine einheitliche Gestaltung von politischer Information und führte die beiden großen politischen Lager in Österreich so zu einem Publikum zusammen.

¹³¹ Vgl. Plasser/Ullrich (2004) S. 39

¹³² Rhomberg (2004). S. 57

¹³³ Vgl. Plasser/Ullrich (2004) S. 39

¹³⁴ Vgl. Ebd.

Die dritte und letzte Phase dieses Modells setzt in den 1990ern ein und hält bis heute an. Die Phase multimedialer Angebotsvielfalt charakterisiert sich durch technische und mediale Entwicklungen (mehr Fernsehkanäle und breiteres Programmangebot) die zu einer Fragmentierung des Publikums führten. Die Trennung von öffentlich-rechtlichem Fernsehen und privaten Angeboten als auch der rapide Anstieg von InternetnutzerInnen führt zu verstärkter Konkurrenz auf dem Medienmarkt und verknüpften Aufmerksamkeitsspannen seitens der NutzerInnen.¹³⁵ Im Buhlen um Aufmerksamkeit kommt es zur Dominanz eines redaktionellen Politikverständnisses „bei dem der zielgruppengerechten Problemformulierung mehr Aufmerksamkeit gewidmet wird als der inhaltlichen Problemlösung.“¹³⁶

Politische Kommunikation ist, wie sich gezeigt hat, sehr wandlungsfähig und passt sich immer schneller den Bedingungen einer Mediengesellschaft an. Die Frage ist nun wer regiert hier wen? Die Politik die Medien oder umgekehrt?

7.2 Medien und Gesellschaft

In der wissenschaftlichen Literatur werden moderne Gesellschaften, so auch die österreichische, im Bezug auf die Wirkungsmacht der Medien als Mediengesellschaft bezeichnet. Mediengesellschaft impliziert zwei Vorstellungen. Zum einen eine Gesellschaftskonstruktion in Abhängigkeit von und mit Medien. Auf der anderen Seite die Vorstellung, dass Medien die Rolle eines eigenständigen (politischen) Akteurs in dieser Gesellschaftskonstruktion einnehmen.

„Als Mediengesellschaften können mithin (...) moderne Gesellschaften bezeichnet werden, in denen Medienkommunikation, also über technische Hilfsmittel realisierte Bedeutungsvermittlung, eine allgegenwärtige und alle Sphären des gesellschaftlichen Seins durchwirkende Prägekraft entfaltet, ein sogenanntes soziales Totalphänomen (Marcel Mauss) geworden ist.“¹³⁷

¹³⁵ Vgl. Plasser/Ullrich (2004) S. 40

¹³⁶ Plasser (2000) zit. in Plasser/Ullrich (2004) S. 40

¹³⁷ Saxer (1998) S.53

Bezugnehmend auf die politische Kommunikation äußert sich die Medialisierung durch „(1) die wachsende Verschmelzung von Medienwirklichkeit und politischer wie sozialer Wirklichkeit, (2) die zunehmende Wahrnehmung von Politik im Wege medienvermittelter Erfahrung (3) sowie die Ausrichtung politischen Handelns und Verhaltens an den Gesetzmäßigkeiten des Mediensystems“¹³⁸

Massenmedien nehmen in der Kommunikation politischer Inhalte eine wesentliche Rolle ein. Daher erscheint es sinnvoll in diesem Zusammenhang näher zu beleuchten welche Überlegungen es zur massenmedialen Politikvermittlung gibt, welche Regeln sie befolgt, was für ein Gesellschaftskonzept dahinter steht und wie politische Kommunikation Einfluss auf die Bevölkerung nimmt.

7.3 Paradigmen zum Verhältnis von Politik und Medien

Im Laufe der Zeit gab es in der wissenschaftlichen Medienforschung mehrere Paradigmenwechsel. Je nach Paradigma ergeben sich jeweils verschiedene Betrachtungsweisen, in welchem Kräfteverhältnis Politik und Medien stehen und damit spezifische Fragestellungen und Erkenntnisinteressen.

Medien als 4. Gewalt

In dieser Sichtweise nehmen die Medien eine Kontrollfunktion gegenüber der Politik ein. Autonomie und Distanz zwischen Medien und Politik sowie die finanzielle Unabhängigkeit ersterer sind Voraussetzung, damit Medien diese Kontrolle ausüben können.¹³⁹

Dependenzthese versus Instrumentalisierungsthese

Diese beiden Thesen gehen von einer Über – bzw. Unterordnung im Verhältnis zwischen Politik und Medien aus. Die Dependenzthese geht von der Übermacht der Medien gegenüber der Politik aus. Politische Institutionen seien von Massenmedien und deren Vermittlungsfunktion abhängig geworden, was zu einer Machtverschiebung zugunsten der Medien geführt hat.¹⁴⁰

¹³⁸ Sarcinelli (1998) zit. in Jarren/Donges (2006) S. 29

¹³⁹ Vgl. Jarren/Donges (2006) S. 24

¹⁴⁰ Vgl. Jarren/Donges (2006) S. 25 und Schulz (2008) S. 46ff

Die Instrumentalisierungsthese dreht diese Sichtweise um und spricht von einer Übermacht der Politik. Akteure des politisch-administrativen Systems nehmen unter Legitimationsdruck direkt und indirekt Einfluss auf die Medien um sich selbst sozusagen ins beste Licht zu rücken. Ein Autonomieverlust der Medien ist die Folge.¹⁴¹

Interdependenz und Symbiose

Dieser Ansatz versucht die oben genannten Sichtweisen in einem Erklärungsmodell zu vereinen. Politik und Medien befinden sich in einer Tauschbeziehung „bei der Information gegen Publizität – und umgekehrt - eingetauscht wird“¹⁴² Politik und Medien sind jeweils auf den anderen angewiesen und versuchen durch Interdependenz dieses Handlungssystem aufrecht zu erhalten. Medien vermitteln politische Inhalte und verhelfen damit PolitikerInnen zu einer Öffentlichkeit und im Gegenzug bietet die Politik Themen (oftmals in aufbereiteter Form) an, über die berichtet werden kann. Beide Systeme bleiben als autonome Systeme bestehen, sind jedoch wechselseitig resonanzfähig.¹⁴³

Anknüpfend an das Paradigma der Interdependenz gingen Gurevitch und Blumler einen Schritt weiter und entwarfen ein Forschungskonzept, dass untersuchen sollte, wie Medien und Politik in dieser Symbiose interagieren.¹⁴⁴

Bei der Interaktion der Akteure werden dabei nicht nur Medien und Politik in den Blick genommen, sondern auch der Adressat der beiden, nämlich das Publikum.

Rollendefinitionen von Politik und Medien im Bezug auf das Publikum, strukturelle Merkmale der Austauschbeziehung zwischen den Akteuren und die Auswirkungen auf das Verhalten der Systemmitglieder auf Grund der politischen Kultur eines Landes bilden die Indikatoren der Untersuchung.¹⁴⁵

Die Betrachtung des Verhältnisses von Politik und Medien, ohne das Publikum mitzudenken, ist unsinnig. Diesen Vorwurf macht Armin Wolf den meisten Theoriemodellen, indem er meint, sie würden den „unsichtbaren Dritten“ vergessen ohne den aber das Verhältnis von Politik und Medien gar nicht zu verstehen sei.

¹⁴¹ Vgl. Ebd.

¹⁴² Sarcinelli (1994) zit. in Jarren/Donges (2006) S. 25

¹⁴³ Vgl. Jarren/Donges (2006) S. 25 und Schulz (2008) S. 48f

¹⁴⁴ Vgl. Schulz (2008) S. 50

¹⁴⁵ Vgl. Schulz (2008) S. 50f

Diese Erweiterung ist deshalb wesentlich, weil beide Akteure vom Publikum abhängig sind. Die Politik braucht die RezipientInnen als WählerInnen und die Medien brauchen sie als Öffentlichkeit, der sie ihre publizistischen Botschaften übermitteln kann und auch als KonsumentInnen ihrer „Ware“ z.B. zur Lukrierung von Werbeinnahmen. Diese Publikumszentrierung führt zu einer Veränderung der Rahmenbedingungen.¹⁴⁶

Die Triade Politik – Publikum – Medien ist der Rahmen in dem sich das politische Kommunikationssystem definiert. Schulz spricht von „Grenzrollen“ von politischen Journalisten (wollen informieren) und politischen Sprechern (wollen überzeugen). Beide müssen sich sowohl an die öffentliche Meinung als auch an subjektive Orientierungen ausrichten.¹⁴⁷

Diese „Produktionsgemeinschaft“¹⁴⁸ beschreibt wohl am besten das Zusammenspiel von Politik und Medien in modernen Gesellschaften. Die Konstruktion einer Interessensgemeinschaft gegenüber einem gemeinsamen Adressaten (Publikum) erscheint für die Untersuchung aktueller politischer Kommunikation sinnvoller, als die Vorstellung zweier voneinander getrennten Sphären im Konkurrenzkampf. Abgesehen von der Bedeutung des Publikums, wird in diesem Ansatz auch zum Ausdruck gebracht, dass mediale Inhalte zur Erzielung gewisser Effekte eingesetzt werden.

Interessant ist nun welche Effekte diese zum Teil bewussten, aber vielleicht auch unbewussten medialen Botschaften auf das Publikum, im Besonderen auf Jugendliche, haben.

7.4 Effekte von Massenmedien in demokratischen Gesellschaften

Bei der Erforschung wie sich Medieninhalte auf das Publikum auswirken, gibt es eine Fülle an theoretischen Ansätzen. Alle näher zu erläutern und auf ihre Nützlichkeit für diese Arbeit hin zu bewerten, würde den Rahmen sprengen. Daher werden hier bereits als sinnbringend erachtete und vorausgewählte Theorieansätze vorgestellt.

Zu unterscheiden sind gesellschaftliche Wirkungen von Massenmedien und individuelle Wirkungen. Hier wird der Fokus auf gesellschaftliche Effekte gelegt.

¹⁴⁶ Wolf (2006) S. 62

¹⁴⁷ Vgl. Schulz (2008) S. 50 und Wolf (2006) S. 64

¹⁴⁸ Vgl. Jarren/Donges (2002) S. 301

Darüber hinaus muss gesagt werden, dass diese Theoriekonzepte mehrheitlich auf das Medium Fernsehen bezogen sind.

Third-Person-Effect

Dieser von Davison (1983) entwickelte Ansatz besagt, dass Menschen zu der Annahme neigen, andere würden stärker durch Massenmedien beeinflusst, als sie selbst. Diese Annahme ist besonders hoch bei unerwünschten und negativen Wirkungen. Diese Annahme bezieht sich nicht nur auf politische Inhalte, sondern umfasst die gesamte Palette an massenmedialen Angeboten. „Andere-Leute-Effekte sind umso größer, je größer die soziale Distanz zwischen den Urteilenden und den zu beurteilenden Personen ist und je größer die Zahl der Personen ist, deren Beeinflussung eingeschätzt werden soll.“¹⁴⁹ Ob diese Einschätzung aus einer Überschätzung der Medienwirkung auf Andere oder die Unterschätzung der Wirkung auf die eigene Person resultiert, ist nicht erklärt. Eine Kombination von beiden ist wohl am naheliegendsten. Folgen des „third-person-effects“ sind nicht hinreichend erforscht. Es gibt jedoch Hinweise, dass in öffentlichen Kontroversen die Bereitschaft seine eigene Meinung zu präsentieren sinkt und Überlegungen zur Lebensweise und Lebensplanung beeinflusst werden.¹⁵⁰

Auch wenn dieser Wirkungsansatz eine individuelle Wirkung beschreibt, kann er weitergedacht werden. Denken Menschen Medieninhalte hätten wenig Einfluss auf sie, sehen sie sich auch nicht in der Position Medieninhalte zu hinterfragen und kritisch zu betrachten. Da Medien jedoch eine gewisse Rolle in Meinungsbildungsprozessen haben, beeinflussen sie mitunter auch Wahlentscheidungen, was wiederum in demokratischen Systemen eine Rolle spielt.

Bezogen auf PolitikerInnen könnte das „third-person“-Konzept bewirken, dass PolitikerInnen die Wirkung, von ihnen getätigten Aussagen durch die Medien derart überschätzen, dass ein verzerrtes Selbstbild entsteht.

De-facto- Effekte

„De-facto-Effekte“ spielen eine große Rolle bei der Meinungsbildung von RezipientInnen von medialen Inhalten. „De-facto-Effekte sind immer dann anzunehmen, wenn die Meinungsbildung dem Medientenor folgt und andere Quellen mit großer

¹⁴⁹ Tewksbury (2002) zit. in Kepplinger (2009) S. 677

¹⁵⁰ Vgl. Kepplinger (2009) S. 677f

Wahrscheinlichkeit auszuschließen sind“¹⁵¹ Neben den Medien spielen jedoch auch andere Meinungen, neutrale Informationen, persönliche Eindrücke bzw. Erfahrungen und die daraus resultierenden Schlussfolgerung, eine Rolle. Ein Großteil der Bevölkerung kennt PolitikerInnen nicht persönlich und manche politischen Entscheidungen einer Regierung sind für die Bevölkerung nicht direkt erfahrbar, was zu dem Schluss führt, dass die Meinungsbildung zu diesen Bereichen primär medial vermittelt ist.¹⁵² Das soll nicht heißen, dass nicht politische Sozialisation oder andere Einflüsse von Bedeutung wären. Der Meinungsbildungsprozess ist demnach ein von vielen Quellen gespeister, komplexer Vorgang. Daher werden auch als de-facto-Effekte nachweisebare Wirkungen beschrieben, „ohne dass man ihre genaue Quelle, die Art ihrer Verarbeitung und die dafür ausschlaggebenden Gründe kennt.“¹⁵³

Zur Meinungsbildung und Medienkonsum hat Kepplinger ein Prozessmodell entworfen, das zu folgendem Ergebnis kommt:¹⁵⁴

1. Die RezipientInnen halten v.a. die Nachrichten über Geschehnisse für wichtig, für die sie sich bereits vorher interessiert haben
2. Diese Geschehnisse kennen sie fast immer aus früheren Medienberichten
3. Die RezipientInnen erinnern sich nach wenigen Minuten nur noch an einen kleinen (meist negativen) Teil der angebotenen Information
4. Die Beichte werden in den Kontext früherer (negativer) Ereignisse, die sie aus den Medien kennen, gestellt
5. Frühere Nachrichten bilden den Kontext für die Interpretation der Nachrichten über das aktuelle Geschehen

Die Dokumentation von „de-facto- Effekten“ erfolgte bereits in verschiedenen Bereichen, sowohl bei Sachthemen, als auch bei der Meinungsbildung über PolitikerInnen, Parteien und den Zustand der Politik im Allgemeinen. Auch der Einfluss auf Wahlentscheidungen konnte nachgewiesen werden.¹⁵⁵

In diesem Zusammenhang sei die „Agenda-Setting-These“ erwähnt. Sie besagt, dass Medien nicht bestimmen was die Menschen denken, aber worüber sie nachdenken. Die Wichtigkeit der Medienthemen spiegelt sich in der Prioritätenseite der RezipientInnen wieder.

¹⁵¹ Kepplinger (2009) S. 697f

¹⁵² Vgl. Kepplinger (2009) S. 698f

¹⁵³ Kepplinger (2009) S. 697

¹⁵⁴ Vgl. Kepplinger (2009) S. 696f

¹⁵⁵ Vgl. Ebd. S. 699

Vermittelte Medieneffekte

Neben medial vermittelter Information bildet interpersonelle Kommunikation über Politik, wie bereits in dieser Arbeit dargestellt, eine wichtige Quelle für politische Information. Das Konzept der „Two-step-flow“ Kommunikation geht davon aus, dass Meinungsführer (opinion leaders) mediale Inhalte durch interpersonelle Kommunikation, in modifizierter Form, an Menschen mit weniger Medienkonsum weitergeben und politisch überzeugen wollen. Dieser Vorstellung folgend erreichen Massenmedien indirekt einen noch größeren Anteil der Bevölkerung und Effekte dieser Gespräche müssen als Folgewirkungen der Medien betrachtet werden.¹⁵⁶

Vielseitig wurde Kritik am „opinion leader“ Konzept geübt weil es nur in eine Richtung gedacht wird, nämlich von Meinungsführer zur passiven GesprächspartnerIn. In weiterer Folge, durch empirische Untersuchungen, mehr oder minder widerlegt, wurde das Konzept des „opinion leaders“ durch das des „opinion sharing“ abgelöst. Das „opinion sharing“-Konzept geht von einer wechselseitigen Gesprächssituation aus, in der sich die Ratgeberrolle bzw. Meinungsäußernde Rolle (opinion giver) und die Rolle des Ratsuchenden bzw. Meinungssuchenden (opinion asker) abwechseln. Gravierende Unterschiede der Mediengewohnheiten, des Informationsstandes und des sozialen Status lassen sich zwischen „opinion giver“ und „opinion asker“ nicht ausmachen. Als dritte Gruppe werden „opinion avoiders“ ausgemacht. Sie sind nicht interessiert an der Meinung anderer zu spezifischen Themen und weisen weder Merkmale von „opinion givers“ noch „opinion askers“ auf.

Diese Gruppe der Verweigerer von Meinungen und (zum Teil medial vermittelten) Informationen, werden selten bis gar nicht in interpersonelle Kommunikationssituationen eingebunden und daher weniger informiert. Burkhart kommt daher zu dem Schluss, dass „opinion leader“ unter sich kommunizieren und nicht besser Informierte Personen ihr Wissen an weniger informierte Personen weitergeben.¹⁵⁷

¹⁵⁶ Vgl. Kepplinger (2009) S. 700f

¹⁵⁷ Vgl. Burkart (2002) S. 212f

7.5 Meinungsbildung und Medienkonsum

Zu dem Zusammenhang von interpersoneller politischer Kommunikation und Medienkonsum liefert Schenk empirische Befunde. Eine 1990 nach der Wende in der ehemaligen DDR durchgeführte repräsentative Netzwerkstudie untersuchte inwieweit Medienkonsum die Meinungsbildung innerhalb einer sozialen Gruppe bzw. eines sozialen Netzwerks beeinflusst.¹⁵⁸

Unter sozialem Netzwerk verstehen die Autoren der Studie „eine durch bestimmte Beziehungen verbundene Menge von sozialen Einheiten, wie z.B. Personen, aber auch Positionen, Organisationen usw.“¹⁵⁹ Innerhalb dieses Netzwerkes wird dann zwischen stärkeren und schwächeren Beziehungen unterschieden.

Die Ergebnisse lassen sich in einigen Sätzen zusammenfassen:¹⁶⁰

- Massenmedien erzielen durch ihre dichte Berichterstattung Bekanntheitseffekte für politische Themen
- politische Kommunikation erfolgt öfter in homogenen Milieu bzw. Umgebung mit starker Beziehung
- Übereinstimmung der Meinung zu aktuellen politischen Themen ist das Ergebnis interpersonaler Kommunikation in Netzwerken
- die Bereitschaft über politische Themen zu sprechen ist höher wenn die Meinung mit der der Bezugsgruppe übereinstimmt
- Meinungsbilder (opinion leaders) tragen trotz besserer Informiertheit nicht zu Dissonanzen innerhalb einer sozialen Gruppe bei
- bei der Einschätzung der Themenwichtigkeit kann interpersonelle Kommunikation wichtiger sein als die Medienberichterstattung

Vergleicht man nun die Ergebnisse dieser Studie mit den schon dargestellten theoretischen Ansätzen, zeichnet sich doch ein recht klares Bild. Sowohl die These der opinion leaders, wie auch die Vorstellung eines Publikums, das durch Medienberichte manipulativ gesteuert wird, können widerlegt werden. Im Prozess der Meinungsbildung zu politischen Themen spielt die soziale Gruppe eine wesentlichere Rolle als die Medienberichte.

¹⁵⁸ Vgl. Schenk (1998) S. 397ff

¹⁵⁹ Schenk (1998) S. 396

¹⁶⁰ Vgl. Schenk (1998) S. 398ff

Medienkonsum führt bei den RezipientInnen lediglich dazu, dass sie ein Thema kennen und darüber sprechen. Deswegen Medien als gegenstandslos für die politische Meinungsbildung zu betrachten wäre jedoch zu weit gegriffen. Wie gezeigt wurde, waren und sind Medien eine wichtige Informationsquelle und in modernen Gesellschaften fest verankert.

Vor diesem Hintergrund ist nun erstrebenswert sich mit der Frage auseinander zu setzen welche Kompetenzen im Umgang mit Medien RezipientInnen beherrschen sollten.

8. Medientheorien

8.1 Ein Baukasten

Der Essayist Hans Magnus Enzensberger veröffentlichte 1970 erstmalig den Text „Baukasten zu einer Theorie der Medien“ in dem Magazin Kursbuch 20. Es ist weniger ein wissenschaftlicher Text, als eine Abrechnung mit dem Mediengebrauch der 68er Linke und der Entwurf eines neuen Medienverständnisses, der den Mediengebrauch elektronischer Medien in ein gesamtgesellschaftliches Licht rückt. Ein Baukasten ist sein Text deswegen, weil er aus den wissenschaftlichen Disziplinen der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Kommunikationswissenschaft und der Medienpädagogik Aspekte aufgreift und damit ein Mediensystem „baut“ dass über eine Bestandsaufnahme des Status Quo weit hinausgeht.

Aufbauend auf seiner Vorstellung der Bewusstseins-Industrie und marxistischen, sozialistischen Denkweisen, entwirft er Strategien für einen emanzipatorischen Mediengebrauch. Enzensberger fasst, wie Marx, Bewusstsein als gesellschaftliches Produkt.¹⁶¹ „Hergestellt und unter die Leute gebracht werden nicht Güter, sondern Meinungen, Urteile und Vorurteile, Bewußtseins-Inhalte aller Art.“¹⁶²

Medien werden bei Enzensberger als „Teil der ökonomischen Struktur der Gesellschaft“¹⁶³ gefasst. Diesen Zugang zu verstehen ist deshalb wichtig, weil dadurch Medien als Produktivkräfte konstituiert werden.

¹⁶¹ Vgl. Marx (1845) in Enzensberger (1964) S. 7

¹⁶² Enzensberger (1964) S. 13

¹⁶³ Leschke (2003) S. 193

Enzensberger's Baukasten:¹⁶⁴

- emanzipatorischer Mediengebrauch

Enzensberger kritisiert, dass es keine marxistische Medientheorie gibt und daher auch keine Strategie für die „Entfesselung der emanzipatorischen Möglichkeiten, die in der neuen Produktivkraft stecken.“¹⁶⁵ Er bezieht sich vornehmlich auf die elektronischen Medien, Radio und Fernsehen.

- Mobilisierung der Massen

Enzensberger weist den elektronischen Medien eine mobilisierende Kraft zu wobei er sich gegen die Vorstellung der Massen als passives Objekt der Politik wehrt. Die Massen müssen nicht bewegt werden sondern sollen sich selbstorganisiert bewegen.

Die neuen Medien bieten die Möglichkeit an gesellschaftlichen Prozessen teilzunehmen, weil die elektronischen Medien von ihrer technischen Seite her sowohl Sender und Empfänger sein können und damit ein Kommunikationsapparat anstatt ein reiner Distributionsapparat sein können. Enzensberger nimmt hier Anleihen an Brechts Radiotheorie.

Anmerkung: Die Radiotheorie ist jedoch keine Theorie, sondern ein normativer Aufruf, technische Medien nicht als Empfänger für ein kleines Publikum zu nutzen, sondern diesen die Möglichkeit zu geben, etwas zu senden.

- dezentralisierte Programme

„Die neuen Medien sind ihrer Struktur nach egalitär. (..) Die Programme selbst sind immateriell und beliebig reproduzierbar.“¹⁶⁶ Dieser Umstand macht eine Monopolisierung der Inhalte schwierig. Der Klassencharakter von Mediennutzung wird aufgehoben und löst damit geistiges Eigentum auf und stellt Inhalte allen zur Verfügung. Enzensberger plädiert daher, für eine Dezentralisierung der Programme, indem staatliche Regulierungen aufgehoben werden und die Massenmedien als sozialisierte Produktionsmittel nutzen können.

¹⁶⁴ Vgl. Enzensberger (1970) S. 97ff

¹⁶⁵ Enzensberger (1970) S. 98

¹⁶⁶ Enzensberger (1970) S. 107

- Jeder Empfänger eine potenzieller Sender

Elektronische Medien befinden sich in den Händen der Massen und sowohl Inhalte zu empfangen, als auch zu senden ist kein technisches Problem. Das macht jeden Empfänger zu einem möglichen Sender in der Bewusstsein-Industrie, was wiederum staatliche Reglementierungen und andere Kontrollinstanzen der Eliten hervorruft, die diesen Zustand unterbinden wollen. „Der Gegensatz zwischen Produzenten und Konsumenten ist den elektronischen Medien nicht inhärent; er muß vielmehr durch ökonomische und administrative Vorkehrungen künstlich behauptet werden.“¹⁶⁷

- kollektive Produktion

Enzensberger betont die kollektive Struktur der neuen Medien. Nur im Kollektiv erhält die Medienproduktion der Bürger ihre politische Kraft. Alles andere sei individuelle Bastelei.

Die Chance, dass jeder zum Produzenten werden kann, sieht Enzensberger nur in einer freien sozialistischen Gesellschaft.

- Interaktion der Teilnehmer, feedback

In der Mediengesellschaft die Enzensberger entwirft soll durch die Möglichkeit, dass jeder Sender und Empfänger ist, ein Austausch bzw. ein Feedback zu den Medieninhalten stattfinden, im Gegensatz zu passivem Medienkonsum.

Enzensberger kritisiert den Raum in dem bisher Medien kalkuliertes Feedback in Form von Leserbriefen etc. der BürgerInnen zulassen und meint, dass es sich um bereits einkalkuliertes Feedback handle und daher dort der/die BürgerIn „Gelegenheit habe, seine eigene Abhängigkeit zu bestätigen.“¹⁶⁸ Interaktion und Feedback soll aber der Verbesserung von Medieninhalten, bzw. der kritischen Betrachtung derselben dienen.

- politischer Lernprozess

Ein gesellschaftlicher Lern- und Produktionsprozess muss die Isolation der Menschen aufheben. Dieser Prozess kann nur aus der Gesellschaft selbst passieren und kann nicht indoktriniert werden. Das politische Selbstverständnis muss vom Individualismus hin

¹⁶⁷ Enzensberger (1970) S. 108

¹⁶⁸ Enzensberger (1970) S. 110

zum Kollektivismus entwickelt werden. „Dies ist der politische Kern der Medienfrage.“¹⁶⁹ Jedoch nicht das Medium an sich, sondern dessen kollektive Nutzung bringt den Fortschritt. Enzensberger fragt sich daher warum die Produktionsmittel wie Kameras und Tonbandgeräte sich nicht in Schulen, Arbeitsplätzen etc. befinden und dort für Lohnabhängige Öffentlichkeit schaffen die ihre eigene wäre, aus der sie ihre Lehren ziehen können. Die bürgerliche Gesellschaft versucht diese Kommunikationsnetzwerke zu unterbinden, indem sie das Postulat der Privatsphäre hochhält.

- gesellschaftliche Kontrolle durch Selbstorganisation

Der richtige Gebrauch der Medien und ein Lernprozess erfordert Selbstorganisation der Beteiligten. „Jede Produktion, die sich die Interessen der Produzierenden zum Gegenstand macht, setzt eine kollektive Produktionsweise voraus. Sie ist selbst bereits eine Form der Selbstorganisation gesellschaftlicher Bedürfnisse.“¹⁷⁰ Auf der anderen Seite bietet gesellschaftliche Selbstorganisation Schutz vor totaler Kontrolle.

In Anlehnung an die Systemtheorie meint Enzensberger, „daß ein Kommunikationszusammenhang (...) ein Schaltnetz, sofern es eine gewisse kritische Größe überschreitet, nicht mehr zentral kontrollierbar, sondern nur noch statistisch berechenbar ist.

Diese prinzipielle „Undichtheit“ stochastischer Systeme erlaubt zwar Wahrscheinlichkeitsrechnungen (..): eine lückenlose Überprüfung würde jedoch einen Monitor erfordern, der größer wäre als das System selbst.“¹⁷¹

Zusammenhänge und Kritik

Die größte Kritik die man an Enzensberger herantragen kann, ist wohl seine Polemik, mit der er wohlwissend nicht hinterm Berg hält. Diese „Negativität des Mediensystems“¹⁷², aus der auch Enzensberger heraus argumentiert, ist sicherlich aus Sicht der Tradition der Kritischen Theorie und ihrer Haltung zu den neuen Medien, verständlich.

¹⁶⁹ Enzensberger (1970) S. 111

¹⁷⁰ Ebd.

¹⁷¹ Enzensberger (1970) S. 100

¹⁷² Leschke (2003) S. 192

Wobei man sagen muss, dass sich Enzensberger gegen die Vorstellung der Kulturindustrie, wie sie Adorno und Horkheimer sehen, wehrt, weil sie an früheren Medien haften bleibt.¹⁷³

Auch wenn Enzensberger diesen Text schon 1970 verfasst hat enthält er mehrere Aspekte, die für diese Arbeit von Nutzen sein können. Zunächst fasst er nicht nur die neuen Medien an sich, sondern auch ihren gesellschaftlichen Zusammenhang. Ein Schritt der bei vielen Publizisten vergeblich gesucht wird. Der Traum von einer sozialistischen Gesellschaft wurde nicht erfüllt, aber die Entwicklung der Medien von einem reinen Distributionsapparat hin zu einem Kommunikationsapparat, bei dem jeder Empfänger und Sender zugleich sein kann, ist längst realisiert und heißt Internet.

Mit dem Internet hat auch in den bereits genannten Disziplinen die Mobilisierungsthese Einzug gehalten, die Enzensberger schon vorweg genommen hat. Kollektive Produktivität und Selbstorganisation sucht man jedoch weiterhin vergeblich. Warum dann der Rückgriff auf Hans Magnus Enzensberger? Vor allem weil er in seiner Medientheorie den Aspekt der Bildung als wesentlich betrachtet. Politische (Medien)Bildung ist der Schlüssel zu politischem Wissen und Partizipation. Diese Arbeit soll unter anderem Wege aufzeigen, wie Medien für politische Bildungswege nutzbar gemacht werden können und umgekehrt und Enzensberger bietet hierzu wichtige Denkanstöße.

8.2 Mediennutzung, Medienrezeption, Medienaneignung und Medienwirkung

Da Medientheorien sehr weitläufig sind, scheint es sinnvoll einige Begriffe, die für diese Arbeit von Relevanz sind näher zu beleuchten. Uwe Hasebrink versteht unter *Mediennutzung* den Kontakt mit einem Medienangebot. Dies in verschiedensten Situationen zum Beispiel bei der konzentrierten Lektüre eines Hintergrundberichtes als auch das hören von Musik in einem Einkaufszentrum. Mehr als den bloßen Kontakt zwischen Medienangebot und Rezipient beschreibt aber *Mediennutzung* aber nicht. *Medienrezeption* geht einen Schritt weiter und verweise darauf, „dass nach dem Zustandekommen eines Kontakts eines Rezipienten mit einem Medienangebot dieses Angebot aufgenommen, verarbeitet und interpretiert wird.“¹⁷⁴

¹⁷³ Vgl. Enzensberger (1970) S. 119

¹⁷⁴ Hasebrink (2002) S. 327

Kognitive und emotionale Verarbeitungsprozesse des/der RezipientIn stehen bei der Medienrezeption im Vordergrund. Der Begriff der *Medienaneignung* meint laut Hasebrink, dass der/die Rezipientin mit dem Medienangebot etwas für sich persönlich anfangen kann d.h. Konsequenzen für sich ziehen, oder das Medienangebot in das Weltbild integrieren, oder aber auch sich dafür entscheiden kann, es zu vergessen.

All diese Begriffe sehen den Menschen als aktiven Rezipienten, der mit dem Medienangebot etwas macht. Im Gegensatz dazu steht die *Medienwirkung*, die meint, dass Medien einen Einfluss auf RezipientInnen haben und damit Veränderung bei diesen hervorrufen.¹⁷⁵

Sowohl die Sichtweise eines aktiven als auch eines passiven Publikums haben sich in theoretischen Modellen niedergeschlagen. Für diese Arbeit habe ich mich dazu entschlossen dem Paradigma eines aktiven Publikums zu folgen, da diese Sichtweise im Bezug auf das Internet als interaktives Medium, als zielführender erscheint.

8.3 Das Publikum

Die beiden wohl meist genannten Sätze rund um die Erforschung von Medien sind wohl „Was machen Medien mit den Menschen?“ und „Was machen Menschen mit den Medien?“. Zielt die erste Frage darauf ab, die Wirkungen von übermächtigen Medien auf ein passives Publikum zu erforschen, so geht die zweite Frage von einem aktiven Publikum aus, dass Medienangebote von sich aus nutzt.

Nicht nur wie Menschen Medien nutzen, sondern auch welchen Nutzen sie daraus ziehen, waren die entscheidenden Fragen beim Paradigmenwechsel von der Medienwirkungsforschung hin zur Mediennutzungsforschung.

Am Anfang dieses Paradigmenwechsels standen, wie gesagt, die Annahme eines aktiven Publikums und der Ansatz des „Uses and Gratifications Approach“, im deutschen Sprachraum auch als Nutzen und Belohnungsansatz bezeichnet, der seit den 1970er Jahren in der wissenschaftlichen Literatur rezipiert wird. Der „Uses and Gratifications Approach“ war zunächst ein Forschungsansatz, denn eine fundierte Theorie, der im Laufe der Zeit mehrfach be- bzw. überarbeitet worden ist. Einige dieser theoretischen Weiterentwicklungen sollen nun dargestellt werden.

¹⁷⁵ Vgl. Hasebrink (2002) S. 327f

Die Idee des aktiven Publikums setzt sich aus drei Vorstellungen zusammen: Selektivität, Involvement und Nutzen.

„Selektivität beschreibt die nicht-zufällige Auswahl medienbezogener Angebote. Involvement meint das Ausmaß, in dem Individuen Verbindungen zwischen sich und Medieninhalten herstellen, Nützlichkeit, den Nutzen, den Individuen aus der Rezeption der Massenmedien im Hinblick auf verschiedene Bedürfnisse beziehen.“¹⁷⁶

Der „Uses and Gratification Approach“ (im weiteren Text kurz U+G-A genannt) nimmt die beiden ersten Punkte als Voraussetzung an und geht näher auf die Nutzenfrage ein. Grundannahme des U+G-A ist, dass Menschen sozial und psychologisch generierte Bedürfnisse haben, die wiederum Einfluss auf die Erwartungen die an Medien herangetragen werden haben, als auch auf die Formen der Mediennutzung an sich. Die Mediennutzung führt dann zur erhofften Gratifikation der Bedürfnisse und anderen unbeabsichtigten Folgen.¹⁷⁷ Der Ansatz geht davon aus, dass sich RezipientInnen bei der Auswahl der Medien aller ihrer Bedürfnisse und Möglichkeiten der Mediennutzung bewusst sind. Durchblättert man die Literatur gibt es verschiedenste Auflistungen, welche Bedürfnisse Menschen haben, die sie mit Medienkonsum versuchen zu befriedigen. Ich habe mich für die Darstellung von Rhomberg entschieden, der sie wiederum auf Bonfadelli stützt:¹⁷⁸

- **Kognitive Bedürfnisse:** Orientierung in der Umwelt, Hilfe bzw. Rat bei Entscheidungen
- **Affektive Bedürfnisse:** Entspannung, Ablenkung, Entlastung und Reaktion durch Unterhaltung
- **Sozial-interaktive Bedürfnisse:** Medien liefern Themen für Anschlusskommunikation und Gespräche; sie ermöglichen aber auch die Identifikation mit Medienpersonen, in der „parasozialen Interaktion“ werden solche wie reale Menschen behandelt.
- **Integrativ-habituelle Bedürfnisse:** Medien erfüllen, den Wunsch nach Stabilität, Sicherheit, Werteverstärkung etc. über habituelle Nutzungsmuster und ritualisierte Inhaltsstrukturen

¹⁷⁶ Vgl. Schenk (2002) zit. in Rhomberg (2009) S. 150

¹⁷⁷ Vgl. McQuail/Windahl (1993) S. 134

¹⁷⁸ Vgl. Rhomberg (2009) S. 152

Palmgreen erweitert das klassische Modell des U+G-A indem er nicht in einer linearen Abfolge von Bedürfnis – Mediennutzung – Bedürfnisbefriedigung denkt. Unterschieden wird von Palmgreen, „zwischen den in der Mediennutzung gesuchten Gratifikation (gratification sought, GS) und den als Folge dieses Erlebnisses tatsächlich erhaltenen Gratifikation (gratification obtained, GO)“¹⁷⁹ Durch diese Unterscheidung der gesuchten und erhaltenen Gratifikation führt Palmgreen die beiden Instanzen der Erwartung und Bewertung in das U+G-A ein. Jede GO wird dahingehend bewertet, ob sie der erwarteten GS entspricht und somit wirkliche Bedürfnisbefriedigung bringt oder nicht. Je nach Bewertung wird dann das Mediennutzungsverhalten angepasst.¹⁸⁰ Diese Weiterentwicklung des U+G-A bringt zwei Neuerungen mit sich. Zunächst rücken nicht nur die Bedürfnisse, sondern auch die Erwartungen des/der MediennutzerIn in den Vordergrund. Die Vorstellung verschiedener Erwartungen an verschiedene Medien erweitert die Motivforschung um die Frage, warum welches Medium genutzt wird. Viel wichtiger ist jedoch, dass Palmgreen Mediennutzung als Prozess definiert, ausgelöst von den MediennutzerInnen. Mediennutzung wird zu einem Feedbackmodell, in dem die MediennutzerInnen den Medieninhalten auf Basis der GS und GO Bewertungen zuschreiben.¹⁸¹ Der Mediennutzungsprozess wird dadurch um einiges komplexer als im klassischen U+G-A Modell.

Eine weitere Dimension führte Renckstorf in die Mediennutzungsforschung ein indem er den U+G-A mit dem Konzept des Symbolischen Interaktionismus in seinem „Referenzmodell der Mediennutzung“¹⁸² verbindet. Das Konzept des Symbolischen Interaktionismus geht auf George Herbert Mead zurück und wurde von Herbert Blumer weiterentwickelt. Im Wesentlichen gibt es drei Grundannahmen des Symbolischen Interaktionismus:¹⁸³

- Menschen handeln Dingen gegenüber auf der Grundlage, welche Bedeutung diese Dinge für sie haben
- Die Bedeutung der Dinge wird in der sozialen Interaktion mit den Mitmenschen ausgehandelt und geprägt

¹⁷⁹ Palmgreen (1984) S. 53

¹⁸⁰ Vgl. Palmgreen (1984) S. 56

¹⁸¹ Vgl. Palmgreen (1984) S. 53

¹⁸² Vgl. Renckstorf 1977 und 1989

¹⁸³ Vgl. Blumer (1973) S. 81f

- Die Bedeutungen werden in interpretativen Prozessen neu erworben, bestätigt oder wieder verändert

Das bedeutet jeder Mensch schafft sich die symbolische Welt in der er lebt in gewisser Weise selbst, indem er der Wirklichkeit Bedeutungen zuweist. Bedeutungen entstehen durch Aushandeln bei zwischenmenschlichen Interaktionen. Menschliches Handeln und damit auch Mediennutzung ist damit interpretativ.

Setzt man diese Überlegungen in Zusammenhang mit dem U+G-A bedeutet das, „daß (sic!) die Medien mit ihren Inhalten lediglich Gegenstände, Handlungen oder Ereignisse anbieten, die der Handelnde zu ‚Objekten‘ seiner Umwelt machen wird – oder nicht“.¹⁸⁴ Die Medienangebote erhalten ihre Bedeutung erst aus der Interpretation des/der RezipientIn. Mit eine Rolle spielt daher der soziokulturelle Hintergrund des/der RezipientIn, denn nur im kommunikativen Austausch mit anderen Menschen werden Bedeutungen generiert. „Erst seine (Anm. die des Rezipienten) Bedeutungszuweisungen machen die für ihn gültige Botschaft aus – in zumindest relativer Unabhängigkeit von dem, was immer ‚die Botschaft an sich‘ sein mag. Und letztlich ist es wiederum der Rezipient, der entscheidet, wie er auf diese Botschaft hin reagiert.“¹⁸⁵

Im Mediennutzungsprozess ist nun der/die MediennutzerIn ausschlaggebend. Welche Bedeutung und damit auch welche Gratifikation er oder sie aus der Mediennutzung zieht und wie er oder sie daraufhin mit den Medien umgeht wird vollkommen von den Medien selbst abgekoppelt betrachtet. Hinzu kommt auch der Einbezug der interpersonellen Kommunikation als wichtiges Element der Mediennutzung. Erst auf Bedeutungsgrundlage die durch interpersonelle Kommunikation ausgehandelt wird, werden Medieninhalte bewertet.

Trotz vieler Weiterentwicklungen wurde und wird der Mediennutzungsforschung ebenso der Medienwirkungsforschung vorgeworfen, die Theoriemodelle seien zu eindimensional, weil sie immer einem Akteur, entweder den Medien oder dem Publikum mehr Macht zuweisen als dem anderen.

¹⁸⁴ Renckstorf (1977) S. 30 Hervorhebung im Original

¹⁸⁵ Renckstorf (1973) S. 190 zit. in Burkart (2002) S. 225f

8.4 Ein integratives Modell

Um diese Vorwürfe zu überwinden versuchen Früh und Schönbach in ihrem dynamisch – transaktionalen Ansatz¹⁸⁶ beide Seiten in einem Modell zu vereinen. „Ausgangspunkt ist die plausible Annahme, daß Kommunikatoren wie Rezipienten innerhalb eines Kommunikationsprozesses sowohl als passive wie auch als aktive Teilnehmer gesehen werden müssen.“¹⁸⁷ Das Modell verdankt seinen Namen den beiden Transaktionen die innerhalb eines Kommunikationsprozesses ablaufen. Zum einen „zwischen den Kommunikatoren/Medien und den Rezipienten massenmedial verbreiteter Botschaften einerseits und innerhalb der Rezipienten selbst.“¹⁸⁸ Die erste Transaktion besteht aus Stimulation und Manipulation seitens der Medienbotschaft hin zu den RezipientInnen. Diese selektieren und interpretieren diese Medienbotschaft und geben indirektes Feedback durch Einschaltquoten, Meinungsumfragen etc.

Die zweite Transaktion läuft zwischen der Aktivierung des/der RezipientIn und seinem/ihrer Wissen ab. Die „Aufnahme von Information ist mit einer gleichzeitigen Erhöhung des Aktivationsniveaus verbunden, die sich insbesondere in einem vermehrten Interesse zu dem Thema niederschlägt.“¹⁸⁹ Es gilt also die Formel je mehr Information, desto mehr Wissen, desto mehr Interesse.

Diese Annahme ist nicht falsch, dennoch muss dazu gesagt werden, dass die Aufnahme von Medieninhalten, Interesse für diese und das daraus erhaltene Wissen umso höher ist, umso mehr Vorwissen bzw. Interesse für ein Thema schon vor dem Medienkonsum bestanden hat.¹⁹⁰

Was Früh und Schönbach mit ihrem Modell anschaulich zeigen konnten war, dass das Wirkungspotenzial der Massenmedien aus der Medienbotschaft und der aktiven Bedeutungszuweisung durch die RezipientInnen entsteht.¹⁹¹ Welchen Wert das dynamisch-transaktionale Modell für die Forschung hat fassen Früh und Schönbach selbst so:¹⁹²

¹⁸⁶ Vgl. Früh/Schönbach (1982)

¹⁸⁷ Burkart (2002) S. 239

¹⁸⁸ Rhomberg (2009) S.153f

¹⁸⁹ Burkart (2002) S. 242

¹⁹⁰ Vgl. Rhomberg (2009) S. 157ff

¹⁹¹ Vgl. Früh/Schönbach (1982) S. 78

¹⁹² Vgl. Früh/Schönbach (1982) S 85

1. Die strikte Trennung von abhängigen und unabhängigen Variablen, von Ursache und Wirkung ist aufgehoben
2. Rezeptionsfähigkeit und Rezeptionsbereitschaft transagieren: Wissen steigert Motivation, Motivation steigert Wissen
3. Die Dimension der Zeit, die Abfolge kommunikativer Prozesse ist integraler Bestandteil des Modells

Auch wenn sowohl Enzensbergers Theorie als auch der Uses and Gratifications Approach aus den 1970er Jahren stammen, lässt sich ihre Auswahl für so ein aktuelles Forschungsfeld wie das Internet argumentieren. Beide sehen das Publikum als aktiv an und machen damit Mediengebrauch zu einem Werkzeug von Menschen. Ebenso wird der gesellschaftliche Zusammenhang mit einbezogen. Enzensberger ist in dieser Hinsicht selbstsprechend und die Verbindung des U+G-A mit dem Symbolischen Interaktionismus setzt ja bereits einen gesellschaftlichen Aushandlungsprozess der Menschen voraus, um überhaupt erst Gratifikationen aus dem Mediengebrauch zu ziehen.

Das Internet zeichnet sich durch den interaktiven Charakter, der von den NutzerInnen geschaffen wird aus. Mobilisierend und Bedürfnisbefriedigend wirken daher die Menschen die das Medium Internet nutzen und nicht das Medium selbst. Die Individualität anderer Medien weicht der Kollektivität, die das Internet durch seine technische Verfasstheit bietet.

Kritik lässt sich am U+G-A und seinen Weiterentwicklungen dahingehend üben, dass der/die MediennutzerIn in diesen Modellen nur auf seine/ihre Bedürfnis und Erwartungshaltungen hingehend gesehen wird und nicht als ProduzentIn von Medieninhalten. Inwieweit diese Modellannahmen empirischen Untersuchungen standhalten, soll in dieser Arbeit noch genauer unter die Lupe genommen werden.

9. Politikbegriffe – zum Verhältnis von Jugend und Politik

Sinnvoll erscheint es bei jeder wissenschaftlichen Arbeit zunächst zu klären, mit welchen Begriffen gearbeitet wird. Da der Versuch einer Begriffsdefinition von Jugend bereits erfolgt ist, werde ich mich nun dem Begriff Politik widmen. Ebenso wie Jugend zeichnet sich Politik durch eine Vielzahl verschiedener Definitionen aus, die nebeneinander existieren und gebraucht werden. Nicht nur Politik an und für sich, soll hier näher beleuchtet werden, sondern auch welches Politikverständnis dieser Arbeit zugrunde liegt.

9.1 Politik – Begriffe und Verständnis

Wie bereits angedeutet gibt es keine Definition für „die“ Politik, sondern verschiedene Konzepte und Politikbegriffe die verschiedene Dimensionen der Politik in den Fokus nehmen. Alemann und Forndran fügen diese zu vier Begriffspaaren zusammen und zwar gouvernementale vs. partizipatorische Politikbegriffe, normative vs. deskriptive, konfliktorientierte vs. konsensbezogene und historische vs. ahistorische Politikbegriffe. (siehe Tabelle 2) Im Lexikon der Politikwissenschaft findet sich dann noch die Unterscheidung zwischen einem wertrationalen und einem zweckrationalen Politikbegriff.¹⁹³

Tabelle 2: Politikbegriffe und Definitionen von Politik¹⁹⁴

Gouvernementale vor allem auf den Staat bezogen, der traditionellen „Wissenschaft vom Staat“ angenähert	Partizipatorische Politikbegriffe vor allem auf das Individuum bezogen, entspricht eher der „Politikwissenschaft ohne Staat“
Normative wertbezogen, an einem Sollzustand orientiert	Deskriptive Politikbegriffe beschreibend, an einem Seinszustand orientiert
Konfliktorientierte betonen die Tatsache der Verknüpfung von Politik und Konflikt	Konsensbezogene Politikbegriffe betonen eine mögliche Ausgleichs – und Friedensfunktion der Politik
Historisierende stellen die gesellschaftliche Abhängigkeit und Veränderbarkeit in den Mittelpunkt	Ahistorische Politikbegriffe betonen Zeitlosigkeit und Unveränderbarkeit der Politik

„Für die Diskussion von Politik ist jedoch insbesondere die Unterscheidung zwischen einem „engen“ und einem „weiten“ Politikbegriff wesentlich.“¹⁹⁵ Der enge und weite Politikbegriff unterscheiden sich darin, dass der enge eher defensiv auf Erhalt des Status Quo in einer Gesellschaft gerichtet ist, wohingegen der weite Politikbegriff Veränderung bestehender Zustände eröffnet.

¹⁹³ Nohlen/Schultze (2004) S. 669

¹⁹⁴ Nach Alemann/Forndran (1974) zit. in Pelinka (2004) S. 19

¹⁹⁵ Pelinka (2004) S. 19

Ausschlaggebend dafür ist, dass der enge Politikbegriff sich am gouvernementalen Politikverständnis orientiert und damit breite Teile der Gesellschaft ausklammert im Unterschied zum weiten Politikbegriff, der jeden gesellschaftlichen Bereich als potenziell politisch ansieht.¹⁹⁶

Auch wenn es auf den ersten Blick glasklar erscheint, dass diese Arbeit einen weiten Politikbegriff als Grundlage haben sollte, so muss dieser Ansicht zumindest teilweise widersprochen werden. Sowohl ein enger als auch ein weiter Politikbegriff sind in dieser Arbeit wiederzufinden. In der Analyse der politischen Kommunikation und der politischen Kultur in Österreich wurden die Medien als politischer Akteur festgemacht. In der Mediennutzung liegen die Nachrichtensendungen des öffentlichen Rundfunks an erster Stelle, eine Position, die sie nicht verlieren möchten.

Rahmenbedingung hierfür bildet die in Österreich immer noch stark vertretene gouvernementale Konzeption von Politik in Form des Vater Staat. Politische Veränderung und Gestaltung finden demnach innerhalb dessen statt was Parteien und PolitikerInnen an Politik machen, und diese wird wiederum Massenmedial verbreitet. Politikvermittlung findet demnach, in einem engen Politikverständnis, durch politische Akteure statt. Darüber hinaus soll in dieser Arbeit untersucht werden, inwieweit Jugendliche in Österreich in politische Prozesse eingebunden, bzw. wie sie medial selbst politisch aktiv werden können. Hier einem engen Politikverständnis zu folgen, greift zu kurz. Der weite Politikbegriff erlaubt es politische Partizipation, die über Wahlen und Parteimitgliedschaft hinausgeht zu berücksichtigen. Politische Sozialisation verschiedenster Instanzen, grundsätzliches politisches Interesse, sowie unkonventionelle politische Beteiligung können nur in einem weiten Politikbegriff erfasst werden. Ohne Berücksichtigung dieser Faktoren wäre das Verhältnis von Jugendlichen zur Politik nur bedingt erforschbar. Vor allem bezogen auf die politische Bildung als Handwerkzeug für politisch aktive Jugendliche, kann nur ein weiter Politikbegriff dienlich sein, denn nur er erlaubt es auch Schule als Ort des Politischen zu konzipieren.

Nicht nur das Politikverständnis dieser Arbeit, sondern auch das Politikverständnis von Jugendlichen ist ausschlaggebend für die Art und Weise, wie Jugendliche politisch agieren.

¹⁹⁶ Vgl. Pelinka (2004) S. 19ff

Sowohl das Politikverständnis als auch sämtliche anderen hier dargestellten Politikbegriffe können als Teil der politischen Sozialisation Jugendlicher im Bezug auf ihr Verhältnis zur Politik angesehen werden

9.2 Politikverständnis und Jugend

Wie bereits erwähnt kommt es mitunter auf das Politikverständnis Jugendlicher an, wie sie in weiterer Folge politisch agieren. Beate Großegger hat vier Grundtypen bei dem Verhältnis Jugend und Politik für die österreichische Situation ausfindig gemacht. Sie unterscheidet zwischen einem traditionellen und einem post-traditionellen Politikbegriff bei denen ersterer auf Institutionen bezogen ist (enger Politikbegriff) und zweiterer eher weiter gefasst ist. Darüber hinaus verbindet sie das Politikverständnis mit dem politischen Interesse der Jugendlichen.¹⁹⁷ Die vier Grundtypen sind:¹⁹⁸

1. Traditionell-Politikdistanzierte: deklarieren sich selbst als radikale Politikverweigerer, Politik wird als Institutionenpolitik mit RepräsentantInnen gedacht, Politik wird als Dienstleistung an die BürgerInnen gesehen und soll einen persönlichen Nutzen bieten. Wird der Nutzen nicht gesehen gehen sie auf Distanz und nehmen Gebrauch von dem Recht „unpolitisch“ zu sein
2. Posttraditionell-Politikdistanzierte: interessieren sich für gesellschaftspolitische Themen und Fragen, sind von der Politik enttäuscht und gehen daher auf Distanz zur Institutionenpolitik. Sie erwarten sich Leistung und einen konkreten Nutzen von der Institutionenpolitik, ebenso wie mehr Ehrlichkeit und Glaubwürdigkeit von AkteurInnen. Politische Beteiligung bleibt in „geordneten“ Bahnen
3. Traditionell-Politikinteressierte: sind in klassischer Weise politisch sozialisiert durch familiäre Kommunikation und im politiknahen Bereich organisiert. In einem institutionenpolitischen Rahmen erwarten sie sich durch hohes persönliches Engagement einen Nutzen

¹⁹⁷ Vgl. Großegger (2008) S. 22f

¹⁹⁸ Großegger (2008) S. 23ff

4. Posttraditionell-Politikinteressierte: sind betont lifestyleorientiert mit einem breiten Politikbegriff. Am tagespolitischem Geschehen interessiert, haben sie eine kritische Distanz gegenüber dem „Polit-Establishment“. Politisches Wissen führt zu erhöhter Institutionendistanz. Politische Beteiligung findet außerhalb der traditionellen Institutionen statt und zeichnet sich mehrheitlich durch engagiertes Reden und beobachten aus.

Folgt man dieser Einteilung, haben drei der vier Grundtypen ein eher enges und institutionengeprägtes Politikverständnis. Vergleicht man verschiedene Studien, erhält man von Jugendlichen in Österreich ähnliche Antworten auf die Frage: Was ist Politik? Spitzenreiter dabei sind „Gesetze erstellen“ mit 20% und Regierung, Staatsverwaltung, Parlament mit 14%. Die Antwort „seine eigenen Ideen einbringen“ ist mit 2% weit abgeschlagen auf Platz 10 angesiedelt.¹⁹⁹ Bei der Wahlanalyse der Wien Wahl 2005 nannten die Jugendlichen: Politik heißt – PolitikerInnen, „die bestimmen was passieren soll“ oder - Parteien die verschiedene Ziele vor Augen haben.²⁰⁰ Betrachtet man diese Ergebnisse, so lässt sich feststellen, dass das Bild, das Jugendliche von Politik haben, sehr geprägt von Institutionen und politischen AkteurInnen als „Machern“ von Politik ist. Jugendliche sehen sich selbst nicht in der Position von politischen AkteurInnen. „Politik wird primär top down aus Sicht der Regierenden und wenig bottom up als vom regierten Volk ausgehend verstanden.“²⁰¹

Was dieses Politikverständnis, das doch eher einem engen Politikbegriff untersteht, für andere politische Instanzen bedeutet soll nun näher beleuchtet werden.

9.2.1 Politisches Interesse

Subjektives politisches Interesse ist nach Kuhn „selektive Aufmerksamkeit gegenüber politischen Objekten und Ereignissen und (...) ein Gefühl, ohne welches politisches Lernen nicht möglich ist.“²⁰² Als Voraussetzung für politisches Lernen muss der Wille zum Wissenserwerb und Erkenntnisgewinn vorhanden sein.

¹⁹⁹ Ulram (2007) S. 2

²⁰⁰ Kozeluh et al. (2005) S. 35

²⁰¹ Filzmaier (2007) S. 10

²⁰² Kuhn (2000) S. 30

„In diesem Sinne ist subjektives politisches Interesse eine intrinsische motivationale Orientierung auf den Gegenstandsbereich Politik. Politisches Interesse ist weniger ein stabiles Persönlichkeitsmerkmal, als ein subjektiver Aktivierungszustand.“²⁰³ Politisches Interesse kann nur in einem politischen Umfeld entstehen, dessen man sich bewusst ist und ist daher Voraussetzung für die Teilhabe an politischen Prozessen. Kuhn warnt jedoch davor, politisches Interesse mit politischer Kompetenz gleichzusetzen, da politisches Interesse sehr oberflächlich sein kann, im Unterschied zur politischen Kompetenz, die die Fähigkeit meint, sich mit einer Wissensgrundlage in politische Prozesse einzuschalten.²⁰⁴

Plasser und Ulram sprechen im Zusammenhang mit einer Ausweitung von Informationsangeboten von einem Anstieg des politischen Interesses in Österreich. Als Teilhabe am politischen Geschehen nennen sie zwei Ebenen kommunikativen Handelns und zwar die Nutzung des massenmedialen, politischen Informationsangebotes und die Gespräche und Diskussionen über politische Ereignisse.²⁰⁵ Politisches Interesse der Jugendlichen soll nun als erster Indikator im Verhältnis Jugend und Politik herangezogen werden. Ob besagter Anstieg des politischen Interesses bei Jugendlichen ebenso festzustellen ist, wie bei der Gesamtbevölkerung Österreichs, wird sich zeigen.

Geht man von der sehr allgemein gehaltenen Frage aus „Wie sehr interessieren Sie sich für Politik?“ antworten 37% der 12- bis 19jährigen in Österreich mit „überhaupt nicht“, 22% beantworten die Frage immer noch mit „sehr wenig“ und nur 14% beantworten insgesamt die Frage mit „sehr stark“ und „eher stark“.²⁰⁶ Erweitert man die Altersgruppe der Befragten auf bis zu 24jährige in Österreich zeichnet sich ein anderes Bild:

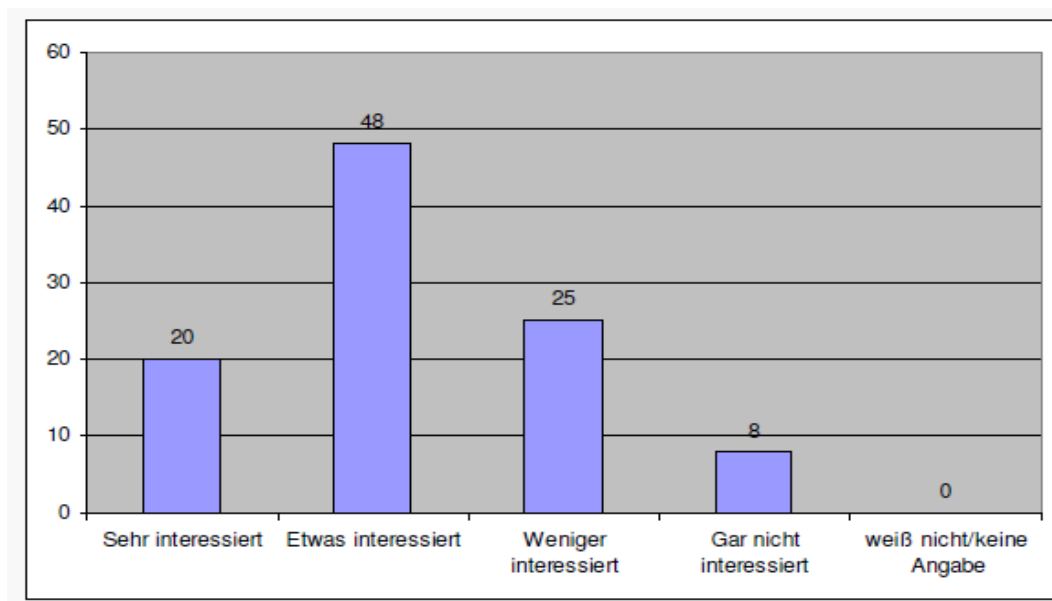
²⁰³ Kuhn (2000) S. 30

²⁰⁴ Vgl. Kuhn (2000) S. 32

²⁰⁵ Vgl. Plasser/Ulram (2004) S. 65

²⁰⁶ Ulram (2007) S. 4

Tabelle 3: Politikinteresse²⁰⁷



Quelle: Donauuniversität Krems, Jugend und Politische Bildung (2007)

Beide Studien wurden 2007 als Repräsentativumfragen in Österreich erstellt. Bei der von Filzmaier erstellten Studie „Jugend und Politische Bildung“ zeigt sich, dass mit erhöhtem Alter auch das politische Interesse steigt. 48% der Befragten Jugendlichen antworten mit „etwas interessiert“ auf die Fragestellung: Wie würden Sie sich bezeichnen: politisch ...²⁰⁸ Zunehmendes Interesse an Politik korreliert demnach positiv mit zunehmendem Alter.

Darüber hinaus zeigt sich auch, dass das politische Interesse in dem Bereich am stärksten ist, den Jugendliche unter Politik verstehen. Bei einem Verständnis von Politik das auf Institutionen und Akteure zentriert ist, fällt die Antwort auf politisches Interesse mit „sehr/eher stark“ mit 38% der 12- bis 19jährigen am höchsten aus.²⁰⁹ Das beantwortet immer noch nicht, ob ein politischer Interesseanstieg, der in der Gesamtbevölkerung zu erkennen ist, auch bei Jugendlichen abzeichnet. Da es in Österreich eine Vielzahl an Jugendstudien gibt, die mit verschiedenen Antwortkategorien arbeiten, ist ein Langzeitvergleich verschiedener Studien in diesem Fall unzweckmäßig. Einzig die GfK Austria Sozialforschung führt eine jährliche Studie zu Jugend und Politik durch, was einen Vergleich der Daten möglich macht.

²⁰⁷ Filzmaier (2007) S. 12

²⁰⁸ Vgl. Filzmaier (2007) S. 12

²⁰⁹ Ulram (2007) S. 2

Tabelle 4: Politisches Interesse bei Jugendlichen (1980-2007)²¹⁰

In Prozent der 14-19Jährigen interessieren sich für Politik	1980	1986	1992	1996	2000	2007
•sehr stark	3	4	4	6	4	3
•eher stark	17	15	18	22	16	11
•eher wenig	39	33	39	39	27	26
•sehr wenig	22	48	17	14	18	22
•überhaupt nicht	20	nn.	21	19	35	37
In Prozent interessieren sich sehr oder eher stark für Politik	1980	1986	1992	1996	2000	2007
14-19Jährige	20	19	22	28	20	14
14-15Jährige	14	15	15	23	11	11
16-17Jährige	20	17	16	24	25	15
18-19Jährige	25	24	33	35	24	19

Quelle: GfK Austria Sozialforschung, Jugend und Politik (2007)

Wie sich unschwer erkennen lässt, bleibt der Anstieg des politischen Interesses bei den Jugendlichen aus. Zu erkennen ist, dass das politische Interesse in allen Altersgruppen in den 1990er Jahren zugenommen hat und ab 2000 stark gesunken ist.

Die Annahme, dass diese drastische Abnahme des politischen Interesses in einem Zusammenhang mit der politischen Wende hin zu einer ÖVP/FPÖ/BZÖ Koalition steht, kann an dieser Stelle nicht näher untersucht werden.

Zu der Annahme, dass mehr Informiertheit zu mehr politischem Interesse führt, haben Maier-Rabler und Neumayer Daten geliefert.²¹¹ In einer Metaanalyse verschiedener Studien zu Themeninteressen von Jugendlichen 2007 konnten sie zeigen, dass als weniger wichtig empfundene Themen, das höchste Informationsdefizit aufweisen.

Politik bildet das Schlusslicht von insgesamt 29 Themengebieten. Daraus schließen Maier-Rabler und Neumayer, dass diese Distanz zu politischen Themen auf ein „Fehlen von entsprechenden Informationen, die eine unmittelbare Verbindung zum Lebensumfeld der Jugendlichen schaffen, zurückzuführen ist.“²¹²

²¹⁰ Ulram (2007) S. 5

²¹¹ Vgl. Maier-Rabler/Neumayer (2008) S. 37f

²¹² Maier-Rabler/Neumayer (2008) S. 38

9.2.2 Politische Information

Da nun ein Zusammenhang zwischen dem politischen Interesse und der Informiertheit von Jugendlichen festgestellt wurde, soll diesem Thema näher nachgegangen werden. Hier sind zwei Erkenntnisse von Interesse. Zum einen wie politisch informiert sind Jugendliche und wie gestaltet sich ihr Informationsverhalten, sprich woher beziehen sie ihre politische Wissen.

Sollen Jugendliche ihre politische Informiertheit, in Form von Schulnoten, selbst einschätzen, geben sich lediglich 4% die Note 1 also sehr gut informiert, 26% geben sich die Note 2, 48% die Note 3 und insgesamt 22% geben sich die Noten 4 oder 5.²¹³ Das bedeutet, dass sich nur 30% aller Jugendlichen in Österreich wirklich politisch informiert fühlen. Abhängig ist diese Selbsteinschätzung auch von den politischen Eindrücken, die die befragten Jugendlichen als Kind hatten, als auch von der Deutlichkeit ihrer persönlichen politischen Meinung. Hatten die Jugendlichen starke politische Eindrücke als Kind, geben sich 65% die Noten 1 und 2. Bei einer deutlich politischen Meinung nennen 55% die Noten 1 und 2, im Unterschied zu Jugendlichen mit einer eher wenig ausgeprägten politischen Meinung, bei denen sich nur 15% als gut und sehr gut politisch informiert sehen.²¹⁴ Das Gefühl politisch informiert zu sein, hängt demnach nicht nur mit der Informationslage an sich zusammen, sondern auch damit, welchen Zugang zu politischer Information man bereits als Kind erfahren hat.

Nicht zu übersehen ist in diesem Zusammenhang, dass das subjektive Gefühl der politischen Informiertheit nicht immer mit dem tatsächlichen politischen Wissen übereinstimmen muss.

Die EUYOUPART-Studie stellte als einzige Jugendstudie der letzten Jahre Fragen, die der Ermittlung des tatsächlich vorhandenen politischen Wissens von Jugendlichen dienen sollte.

²¹³ Duffek/Rosenberg (2008) S. 19

²¹⁴ Duffek/Rosenberg (2008) S. 19

Tabelle 5: Politisches Wissen²¹⁵

	male	female	15-18 years	19-25 years	entire sample
Weak (0-2 correct)	11	11	11	11	11
Medium-weak (3-4 correct)	23	33	33	25	28
Medium-strong (5-6 correct)	46	43	40	47	45
Strong (7-8 correct)	20	13	16	17	16
total	100	100	100	100	100

Weighted data; percentages; all results reported here are statistically significant (chi square test, alpha = 5%)

Je älter Jugendliche sind, desto politisch interessierter sind sie und auch politisch besser informiert. Eine positive Korrelation zwischen dem Anstieg des Alters und dem politischen Wissen ist jedoch nicht zu erkennen.

Politisches Wissen ist laut EUYOUNG nur bei 16% der Jugendlichen wirklich hoch und bei 11% der Jugendlichen so gut wie nicht vorhanden. Korrelationen bezüglich des Alters lassen sich nur im mittleren Bereich erkennen, bei dem Jugendliche im Alter von 19 bis 25 Jahren über mehr politisches Wissen verfügen als jüngere Jugendliche im Alter von 15 bis 18 Jahren. (siehe Tabelle 5) Kritisch angemerkt muss an dieser Stelle werden, dass bei der Erfragung des politischen Wissen sowohl Fragen zur Europäischen Union als auch zum österreichischen politischen System gestellt wurden. Aus der dargestellten Tabelle lässt sich jedoch nicht erkennen, ob es einen signifikanten Unterschied bezüglich des Wissens zur EU und zu Österreich gibt.

Wie bereits erwähnt, ist politisches Wissen Voraussetzung für politische Kompetenz und damit auch sinnvolles partizipieren in politischen Prozessen. Woher beziehen demnach Jugendliche ihr Wissen?

Die Familie und Schule als politische Sozialisationsinstanzen von Bedeutung sind wurde bereits geklärt, dennoch soll nun untersucht werden, inwieweit verschiedenste Indikatoren dem Wissenserwerb bzw. Informationserwerb dienen. Ziehen wir zunächst das Gespräch mit politischem Inhalt als Indikator des Wissenserwerbs heran. Es lässt sich im Zeitverlauf erkennen, dass Gespräche über Politik immer eine wichtige Rolle im Informationsverhalten Jugendlicher gespielt haben.

²¹⁵ Picker/Wetphal (2005) S. 13

2003 gab bei der EUYOUNGPART Studie der größte Teil der Jugendlichen an, zumindest manchmal Gespräche über Politik zu führen. Bevorzugte GesprächspartnerInnen waren dabei Freunde (33%) gefolgt von den Eltern (Vater 31% und Mutter 27%). LehrerInnen und PartnerInnen wurden gleich oft genannt (jeweils 23%).²¹⁶

2005, im Zuge der Landtagswahlen in Wien, gaben bei einer Befragung unter 16 bis 18-jährigen 82% an, mit Freunden über die Teilnahme an der Wahl gesprochen zu haben. 78% der Jugendlichen haben die Mutter und 69% den Vater als GesprächspartnerIn gewählt.²¹⁷ Diese Ergebnisse ähneln auch den Ergebnissen der Jugendstudie des Renner Institutes, bei der 2008 61% der 14 bis 20-jährigen ÖsterreicherInnen mit Freunden über Politik sprechen und zu 56% Eltern als Ansprechpersonen bei politischen Fragen nennen.²¹⁸ Dadurch scheint gezeigt worden zu sein, dass das politische Gespräch eine wichtige Informationsquelle für Jugendliche darstellt. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Nennung von LehrerInnen oder die Schule als Informationsquelle meist nach Freunden oder Eltern gereiht ist. Jugendvereine und Organisationen sind mit 1% der Nennungen für Jugendliche absolut unbedeutend.²¹⁹

Erweitert man nun die möglichen Informationsquellen um die gängigsten Massenmedien so zeichnet sich ein anderes Bild.

Tabelle 6: Politisches Informationsverhalten Jugendlicher (1986 – 2000)²²⁰

„Woher beziehen diese in erster Linie ihre Informationen über das politische Geschehen in Österreich?“	Fernsehen	Tages-zeitung	Radio	persönliche Gespräche	Internet
1986	60	28	15	11	na.
1996	61	21	12	13	na.
2000	66	26	21	12	3

Quelle: Fessel-GFK, Jugendstudie (1986-2000)

Massenmedien sind demnach als primäre Informationsquelle politischer Inhalte anzusehen. Andere Jugendstudien bestätigen diese Auffassung.

²¹⁶ Picker/Wetphal (2005) S. 9

²¹⁷ Kozeluh et al (2005) S. 30

²¹⁸ Duffek/Rosenberg (2008) S. 17

²¹⁹ Vgl. Filzmaier (2007) S. 18

²²⁰ Plasser/Ullrich (2004) S. 82

Da die Studie bereits 2000 endet, muss jedoch davon ausgegangen werden, dass die aktuelle Gewichtung anders verteilt ist. Das Internet gewinnt bei Jugendlichen immer stärker an Bedeutung und wird daher in einer aktuellen Umfrage, einen größeren Anteil ausmachen. Bereits die Ergebnisse der EUYOUNGART-Studie zeigen das. 75% der Befragten Jugendlichen der Studie Jugend und Politische Bildung nannten Medien als primäre Informationsquelle über Politik.²²¹ Auch wenn die einzelnen Medien getrennt voneinander genannt werden stehen Gespräche mit der Familie mit 61% dennoch nur auf Platz 5.

Meistgenutzte politische Informationsquelle ist das Fernsehen (85%) gefolgt von Tageszeitungen (76%), dem Radio (71%) und dem Internet (65%).²²² Bereits die EUYOUNGART Befragung ergab, dass Fernsehen die wichtigste politische Informationsquelle darstellt.²²³ Damit unterscheiden sich Jugendliche in der Wahl ihrer Informationsquellen nicht von der Gesamtbevölkerung, bei der ebenfalls das Fernsehen bedeutendste politische Informationsquelle ist.²²⁴ Diese Ergebnisse sind besonders im österreichischen Kontext hervorzuheben. Ulram und Plasser erkennen nämlich „generationsspezifische Asymmetrien im Informationsverhalten der österreichischen Bevölkerung.“²²⁵ Im Bezug auf die Nachrichtensendungen des ORF, also die Zeit im Bild konstatieren Plasser und Ulram eine Überalterung des Publikums, da 48% der regelmäßigen ZiB SeherInnen über 60 Jahre alt sind. Die Ursache für die Überalterung sehen Sie in dem geänderten Informationsstil jüngerer Online-Haushalte.²²⁶ Was Plasser und Ulram nicht in ihre Überlegungen mit einbeziehen ist, dass es mittlerweile auch bei privaten österreichischen Sendern, als auch bei deutschen Sendern mit Österreich-Fenstern Nachrichtensendungen ausgestrahlt werden.

Wichtiger Grund für Jugendliche sich über die Medien politisch zu informieren ist, dass sie die Medien für am glaubwürdigsten in Sachen Politik halten. Empfanden 2005 76% der Jugendlichen Massenmedien für die glaubwürdigste Quelle, so sank dieser Wert auf 46% im Jahr 2007.²²⁷

²²¹ Filzmaier (2007) S. 18

²²² Duffek/Rosenberg (2008) S. 23

²²³ Picker/Westphal (2005) S. 9

²²⁴ Vgl. Plasser/Ulram (2004) S. 74

²²⁵ Plasser/Ulram (2004) S. 81

²²⁶ Ebd. S. 76

²²⁷ Filzmaier (2007) S. 18

Trotz Einbußen gelten die Massenmedien dennoch als glaubwürdigste Quelle politischer Information. Worauf dieser Rückgang der Glaubwürdigkeit von Medien zurückzuführen ist, darauf geht Filzmaier nicht ein. Zusammenhänge können, so meine ich, hier mit der Forschung rund um Politikverdrossenheit gezogen werden. Verdrossenheit über Politik und Glaubwürdigkeitsverlust der vermittelnden Instanz, nämlich der Medien, kann an dieser Stelle jedoch nicht ausreichend behandelt werden.

Es zeigt sich nur, dass es auch in der Gesamtbevölkerung Österreichs zu einem Rückgang der subjektiv empfundenen Glaubwürdigkeit gekommen ist. 1986 war zum Beispiel das Fernsehen für 56% der Bevölkerung am Glaubwürdigsten, ~~so~~ waren es 2003 nur mehr 51%.²²⁸ Daraus könnte man nun Schlussfolgern, dass die Medien Jugendliche nicht mehr im gleichen Maße ansprechen wie früher. Einzubeziehen ist hier auch erneut, der Zuwachs an neuen Medien. Zu untersuchen wäre also ob es eine Verlagerung oder Verteilung hin zum Medium Internet gab.

Da nun gezeigt werden konnte, dass Massenmedien die bedeutendste Rolle im Informationsverhalten Jugendlicher spielen, ist nicht nur die Frage nach der Glaubwürdigkeit, sondern vor allem nach der Häufigkeit der Mediennutzung, von Bedeutung. Wie häufig kommen Jugendliche durch den Medienkonsum in Kontakt mit politischen Inhalten?

Die Mediaforschung des ORF ergab, dass in Österreich 2010 die Gruppe der 12 bis 29jährigen täglich 94 Minuten fernsieht und die Gruppe der 30 bis 39 jährigen im Schnitt 120 Minuten am Tag vor dem Fernseher verbringt.²²⁹ Aufgeteilt auf die verschiedensten Fernsehsender zeigt sich, dass ORF eins mit 24,3% aller deutschsprachigen Sender, meistgesehener Sender unter den 14 bis 19 jährigen Jugendlichen ist. Auch bei der Gruppe der 20 bis 29 jährigen zeichnet sich ein ähnliches Bild.²³⁰ Eine Tageszeitung lesen 2010 59,5 % (14-19 Jahre) und 67% (20-29 Jahre)²³¹ der Jugendlichen. Ebenso wie Fernsehen und Tageszeitungen zeigt sich, dass das Internet ein wichtiges Medium der jungen Generation geworden ist. 2010 nutzten 54,8% (14-19 Jahre) und 56,7% (20-29Jahre) täglich das Internet wobei E-Mail (83,3%), Musik hören (80,9%) und Chatten,

²²⁸ Plasser /Ullrich (2004) S. 92

²²⁹ Mediaforschung ORF (2010): http://mediaresearch.orf.at/c_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=4

²³⁰ Media-Analyse(2010): <http://www.media-analyse.at/studienPublicFernsehenAlterBis39.do?year=2010&title=Fernsehen&subtitle=Alter&subsubtitle=bis39>

²³¹ Media-Analyse (2010):<http://www.media-analyse.at/studienPublicPresseTageszeitungAlterBis39.do?year=2010&title=Tageszeitungen&subtitle=Alter&subsubtitle=bis39>

Newsgroups und Foren (77,8% zu den beliebtesten Tätigkeiten bei den Jüngeren zählen. Die älteren Jugendlichen nutzen das Internet eher für E-Mail (87,3%) und gezielter Suche (73,8%).²³²

Alle diese Nutzungsfrequenzen beziehen sich auf die allgemeine Nutzung von Medien und nicht auf die spezielle Nutzung im Hinblick auf Politik. Dennoch sind diese Daten beachtenswert, denn auch wenn Jugendliche sich nicht gezielt politischer Information zuwenden, bekommen sie etwas von Politik mit. „Politische Information wirkt hier als Ambientmedium – diffus läuft sie im Hintergrund mit.“²³³

Wie häufig Jugendliche sich bewusst den Medien widmen um politische Information zu erhalten zeigt uns die folgende Tabelle.

Tabelle 7: Häufigkeit politischer Mediennutzung²³⁴

	male	female	15-18 years	19-25 years	entire sample
every day	28	19	19	27	24
several times a week	25	22	20	26	24
once/ twice a week	20	28	27	22	24
less often	20	24	26	19	22
never	7	7	8	6	7
total	100	100	100	100	100

Weighted data; percentages; all results reported here are statistically significant (chi square test, alpha = 5%)

Es zeigt sich, dass ältere Jugendliche sich wesentlich häufiger politischen Themen in den Medien widmen als jüngere Jugendliche. Kommen nur 39% der 15 bis 18 jährigen täglich oder zumindest mehrmals die Woche in Kontakt mit politischen Themen in den Medien, so liegt dieser Wert mit 53% der 19 bis 25 jährigen deutlich höher. Diese Werte bestätigen wiederum, dass politisches Interesse und damit auch der Wunsch nach politischen Informationen, vermittelt durch die Medien, mit dem Alter ansteigt.

²³² Media-Analyse (2010): <http://www.media-analyse.at/studienPublicInternetAlterBis39.do?year=2010&title=Internet&subtitle=Alter&subsubtitle=bis39>

²³³ Großegger (2011) S. 6

²³⁴ Picker/Westphal (2005) S. 8

9.2.3 Politische Effektivität

Politische Effektivität beschreibt die persönliche Einschätzung, wie wirksam politische Beteiligung ist. Es werden zwei Dimensionen der politischen Effektivität unterschieden.

Die interne politische Effektivität bezieht sich auf das „subjektive politische Kompetenzbewußtsein [sic] und die Einstellung, daß [sic] der einzelne Bürger politischen Einfluß [sic] nehmen, politisch etwas bewirken kann.“²³⁵ Diese Dimension beschreibt Kuhn als ich-bezogene, da auf dieser Ebene jede/r Einzelne/e für sich selbst abwägen muss, wie weitreichend ihre oder seine politischen Kompetenzen sind, bzw. welche eigenen Einflussmöglichkeiten für einen persönlich gesehen werden.²³⁶ Die zweite Dimension wird als externe politische Effektivität beschrieben und bezieht sich auf die „Wahrnehmung, daß [sic] das politische System offen ist für Einflußnahme [sic] von außen. Wünsche und Bedürfnisse der Bürger im politischen Prozeß [sic] tatsächlich berücksichtigt werden.“²³⁷

Diese Ebene nennt Kuhn die system-bezogene, da hier das Bezugsobjekt das politische System und dessen Offenheit gegenüber den BürgerInnen ist. Gerade die Einschätzung der externen politischen Effektivität steht in engem Zusammenhang mit dem Vertrauen, das BürgerInnen zum Beispiel in Institutionen oder der in die Demokratieverfasstheit im Allgemeinen haben.²³⁸

Je höher eingeschätzt sowohl die interne Effektivität, also das eigene Kompetenzbewusstsein, als auch die externe Effektivität, die Responsivität des politischen Systems, eingeschätzt wird, desto höher ist folglich die Einschätzung etwas bewirken zu können und damit die Bereitschaft politisch aktiv zu werden. Fehlen diese positiven Einschätzungen kommt es zu dem Gefühl der Machtlosigkeit Seitens der BürgerInnen. Auf dieses und weitere Dimensionen der negativ erlebten Effektivität wurde bereits in Kapitel 6 – Politikverdrossenheit eingegangen.

Zur Erfassung der politischen internen Effektivität werden die persönliche Einschätzung der Einflussnahme auf die Regierung, verschiedene Formen der Partizipation wie Wahlen aber auch andere Partizipationsformen und wie verständlich politische Prozesse sind,

²³⁵ Kuhn (2000) S. 33

²³⁶ Vgl. Kuhn (2000) S. 34

²³⁷ Kuhn (2000) S. 34

²³⁸ Vgl. Kuhn (2000) S. 34

erfragt. Wohingegen bei der externen politischen Effektivität Fragen nach Absichten der PolitikerInnen sowie deren Volksnähe und wie sehr die Politik auf die Bedürfnisse der BürgerInnen eingehen, im Vordergrund stehen.²³⁹

Ab wann Menschen ein Gefühl für politische Effektivität entwickeln, konnten sowohl US-amerikanische als auch Studien der BRD zeigen. Bereits 1967 zeigten Easton und Dennis bei einer Untersuchung von Schulkindern, dass ein Gespür für politische Effektivität sich bereits im Grundschulalter entwickelt. Eine Langzeitstudie, durchgeführt in der BRD, zeigte, dass internes Effektivitätsbewusstsein bereits im Jugendalter vorhanden und darüber hinaus auch über Jahre hinweg sehr stabil ist. Im Gegensatz war das externe Effektivitätsbewusstsein bei Jugendlichen, gekoppelt an das Vertrauen in PolitikerInnen und Systemzufriedenheit, keineswegs stabil.²⁴⁰

Vor allem das Gefühl der externen Wirksamkeit gilt als wesentlicher Faktor, der politische Partizipation beeinflusst. In der Diskussion, ob ein höheres Vertrauen in politische Institutionen Partizipation fördert, weil die BürgerInnen das Gefühl haben etwas bewirken zu können, oder ob das Gegenteil der Fall ist, weil die BürgerInnen ein so hohes Vertrauen in die Institutionen, dass BürgerInnen ein Gefühl der Sicherheit haben und daher das Gefühl nicht werden zu müssen, gibt es widersprüchliche Forschungsergebnisse.²⁴¹

In einer US-amerikanischen Studie kommt bei der Untersuchung von Zusammenhängen zwischen politischer Effektivität, Mediennutzung und politischer Partizipation zu interessanten Ergebnissen. Die Nutzung von Zeitungen und der darin behandelten hard news (Politik, Wirtschaft, etc.) zeigte einen Zusammenhang mit einer verstärkten Diskussion über politische Themen, eine stärkere Wahrnehmung einer parteiischen Berichterstattung, und einem höheren Vertrauen in die Regierung. Es gab außerdem einen direkt Zusammenhang mit politischer Partizipation, nicht jedoch mit dem Gefühl politischer Wirksamkeit. An politischen Diskussionen teilzunehmen erhöht die Wahrscheinlichkeit sich politisch zu partizipieren²⁴². Je wirksamer sich die Befragten in politischen Themen fühlen, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie partizipieren.

²³⁹ Vgl. Kuhn (2000) S. 35f

²⁴⁰ Vgl. Kuhn (2000) S. 35 und 36

²⁴¹ Vgl. Ho et. al (2011) S. 350

²⁴² Vgl. Ho et.al. (2011) S. 358

Zwischen der Wahrnehmung einer tendenziellen Berichterstattung in den Medien und Beteiligung gab es einen negativen Zusammenhang²⁴³.

„Despite this, our results demonstrate that perceptions of media bias play different roles in different contexts. In the general context, such perceptions have an overall negative (albeit small) association with political participation by undermining trust in government and political efficacy. As our analyses show, people’s perceptions of bias in media coverage are directly linked to trust in the political system more broadly and indirectly linked to feelings of political efficacy. Perceptions of media bias indirectly undermine engagement in the political process by decreasing levels of trust. This is consistent with research showing that individuals who trust media less (or in our study, perceive the media to be biased) tend to have less faith in government (Bennett et al., 1999; Jones, 2004). Political efficacy is positively linked to participation. This is consistent with findings from previous research (e.g., McLeod et al., 1999) demonstrating that politically efficacious individuals were more likely to participate in political activities.”²⁴⁴

Aufbauend auf diesen Erkenntnissen soll nun untersucht werden, inwieweit sich das Effektivitätsbewusstsein Jugendlicher in Österreich im Laufe der Zeit entwickelt hat.

Tabelle 8: Internes politisches Effektivitätsbewusstsein (1996-2007)²⁴⁵

In Prozent „effektiver Antworten“ a = Zustimmung zu Statement b = Ablehnung des Statements	14-19-Jährige		Gesamtbevölkerung		Differenz Jugendliche-Gesamtbevölkerung	
	1996	2007	1996	2005	1996	2005/2007
a – Ich glaube, dass ich einen guten Einblick in die wichtigsten Probleme unseres Landes habe	39	41	55	59	-16	-18
a – Ich glaube, dass ich mich in einer politischen Funktion eben so gut bewähren kann wie die meisten anderen Leute	31	32	36	38	-5	-6
a – Ich betrachte mich als ausreichend qualifiziert, um am politischen Geschehen teilnehmen zu können	29	30	43	46	-14	-16
b – Neben den Wahlen gibt es keinen anderen Weg, um Einfluss darauf zu nehmen, was die Regierung tut	32	26	38	22	-6	-4
b – Manchmal ist die Politik so kompliziert, dass Leute wie ich kaum noch verstehen können, was vorgeht	33	24	42	33	-9	-9
a – Ich glaube, dass ich über das politische Geschehen besser informiert bin als die meisten anderen Leute	18	16	na.	na.	na.	na.

Quelle: GfK Austria Sozialforschung, Jugend und Politik (2007)

Internes politisches Effektivitätsbewusstsein ist bei den 14 bis 19-jährigen ÖsterreicherInnen sowohl 1996 als auch 2007 in allen abgefragten Items niedriger, als das der Gesamtbevölkerung.

²⁴³ Vgl. Ho et.al (2011) S. 359

²⁴⁴ Ho et al. (2011) S. 364

²⁴⁵ Ulram (2007) S. 7

Am auffälligsten ist dieser Unterschied bei der Einschätzung Einblick in politische Problemstellungen zu haben und bei der Einschätzung qualifiziert genug zu sein um an politischen Prozessen teilzunehmen. Keine auseinander divergierenden Meinungen zwischen Jugendlichen und der Gesamtbevölkerung lassen sich in dem Punkt erkennen, dass beide Politik als oft zu kompliziert bewerten.

Bei beiden Gruppen ist jedoch das Gefühl Politik sei zu kompliziert um sie zu verstehen im Laufe der Zeit angestiegen was eine allgemeine Abnahme des internen Effektivitätsbewusstseins in Österreich bedeutet. Interessanterweise ist zu bemerken, dass die Meinung Wahlen seien die einzige Form der effektiven Einflussnahme, bei der Gesamtbevölkerung höher ist als bei den Jugendlichen. Alternative politische Beteiligungsformen als Möglichkeit der Einflussnahme werden daher bei Jugendlichen öfter als effektiv bewertet als bei der Gesamtbevölkerung.

Bei allen anderen Items lassen sich, auf Grund der Tatsache, dass lediglich eine Schwankung von 1 bis 2% zwischen 1996 und 2007 vorhanden ist, keine gravierenden Veränderungen innerhalb des internen Effektivitätsbewusstseins erkennen. (siehe Tabelle 8)

Tabelle 9: Externes politisches Effektivitätsbewusstsein (1996-2007)²⁴⁶

In Prozent „effektiver Antworten“ (= Ablehnung des Statements)	14-19-Jährige		Gesamtbevölkerung		Differenz Jugendliche-Gesamtbevölkerung	
	1996	2007	1996	2005	1996	2005/2007
(Ablehnung): Die Parteien wollen nur die Stimmen der Wähler, ihre Ansichten interessieren sie nicht	27	19	21	18	+6	+1
(Ablehnung): Leute wie ich haben keinen Einfluss darauf, was die Regierung tut	38	19	32	23	+6	-4
(Ablehnung): Die Abgeordneten im Parlament verlieren ziemlich schnell den Kontakt mit dem Volk	17	13	13	11	+4	+2

Quelle: GfK Austria Sozialforschung Jugend und Politik (2007)

Auch beim externen politischen Effektivitätsbewusstsein zeigt sich sowohl bei den Jugendlichen als auch bei der Gesamtbevölkerung eine Abnahme. War das Effektivitätsbewusstsein bei Jugendlichen 1996 sogar höher als bei der gesamten österreichischen Bevölkerung, so hat es sich im Laufe der Zeit an das niedrige Niveau der

²⁴⁶ Ulram (2007) S. 8

Gesamtbevölkerung angeglichen. Am drastischen hat unter den Jugendlichen das Gefühl Einfluss auf die Regierung nehmen zu können abgenommen. Lehnten 1996 noch 38% der 14 bis 19jährigen die Aussage ab, Leute wie sie hätten keinen Einfluss auf die Regierung, taten dies 2007 nur noch 19 %.

Welche Formen der Einflussnahme Jugendliche systembezogen am effektivsten bewertet haben, eruierte die EUYOUNGPART Studie. Wählen (62%) wurde unter den 15 bis 25 jährigen als effektivste Methode der Einflussnahme angesehen, gefolgt von Aufmerksamkeit der Medien erlangen (43%) und Mitarbeit bei NGO's (40%). Die Mitarbeit bei Parteien (34%) oder die Teilnahme an Demonstrationen (28%) wurden als weniger effektiv eingeschätzt. Als ineffektiv gelten unter den Jugendlichen illegale oder gewalttätige Formen des Protests.²⁴⁷

Zusammenfassend lässt sich für Österreich die Bilanz ziehen, dass sowohl das interne als auch das externe Effektivitätsbewusstsein verringert hat, wobei das interne eine höhere Stabilität trotz Verlust aufweist, als das externe Effektivitätsbewusstsein. Jugendliche und Gesamtbevölkerung weisen mehr Unterschiede beim internen denn beim externen politischen Effektivitätsbewusstsein auf.

Das kann damit zusammenhängen, dass das externe politische Effektivitätsbewusstsein durch einen Wandel der politischen Kultur im Allgemeinen sich verändert hat.

9.2.4 Vertrauen und Zufriedenheit mit der Politik

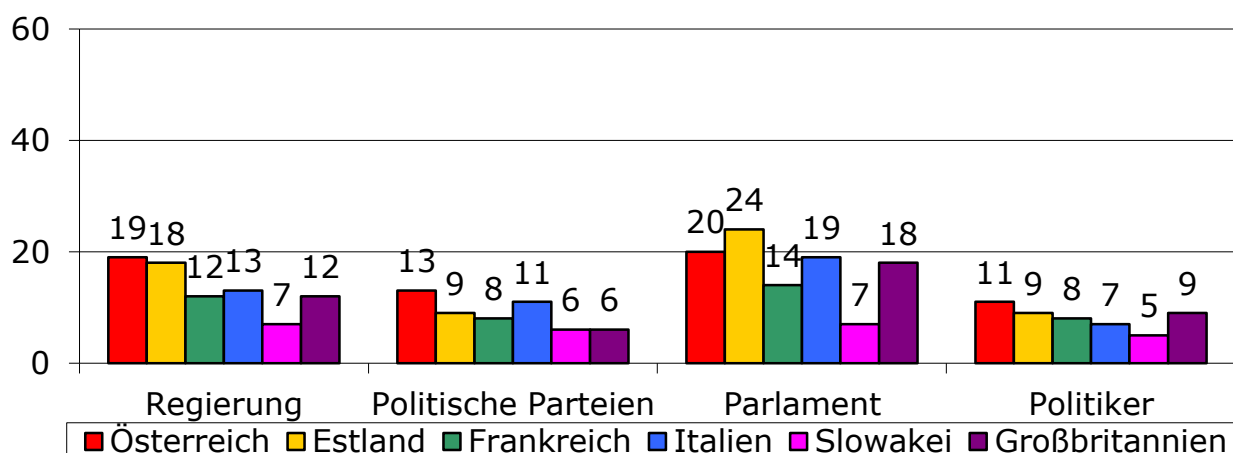
Wie bereits angesprochen, besteht ein Zusammenhang zwischen dem politischen Effektivitätsbewusstsein und dem Vertrauen in die Politik und ihre Institutionen. Das meiste Vertrauen Jugendlicher der abgefragten öffentlichen Einrichtungen und Institutionen genießt die Polizei. 15% der 14 bis 24 jährigen ÖsterreicherInnen bringen der Polizei sehr großes Vertrauen entgegen und 49% haben ein eher großes Vertrauen in diese Institution. Politische Parteien genießen mit nur 1% großem und 10% eher großem am wenigsten Vertrauen von allen staatlichen Systemen²⁴⁸ Dies kann mitunter an der Wahrnehmung der Jugendlichen liegen, die sie von den Parteien haben. So meinen 50% der Jugendlichen, dass die österreichischen Parteien sich eher nicht um die Anliegen von Menschen in ihrem Alter kümmern würden.

²⁴⁷ Wetphal (2006) S. 17

²⁴⁸ Winkler (2007) S. 22

Ganze 19% meinen sogar, dass die Parteien ihre Anliegen überhaupt nicht berücksichtigen würden.²⁴⁹ Vergleicht man das Vertrauen Jugendlicher im Alter von 12 bis 19 Jahren zwischen 1996 und 2007, so zeigt sich, dass Parteien bei der jüngeren Generation schon immer einen schlechten Stand hatten. So hat das Vertrauen in die Parteien zwischen 1996 und 2007 lediglich um 3% abgenommen.²⁵⁰ Die Vertrauenswerte für die Regierung mit 21% (gesamt sehr und eher groß) und für das Parlament mit 23% (gesamt sehr und eher groß) liegen zwar über den Werten für die politischen Parteien, sind jedoch im Vergleich zu dem Vertrauen in Nichtregierungsorganisationen (51% gesamt sehr und eher groß) eher gering.²⁵¹ Auch wenn diese Ergebnisse ernüchternd wirken, so zeigt sich im europäischen Vergleich, dass das Vertrauen in politische Institutionen bei österreichischen Jugendlichen immer noch höher ist, als in anderen europäischen Ländern.

Abbildung 3: Vertrauen Jugendlicher in politische Institutionen²⁵²



Dass das Vertrauen in die Regierung 2007, wenn auch nur gering, höher war als 2005, kann an dem 2006 stattgefundenen Regierungswechsel in Zusammenhang stehen.

Ein eher erfreulicheres Bild zeichnet die ICCS Studie, die 2010 zu dem Ergebnis gekommen ist, dass 77% der SchülerInnen aus Österreich der Bundesregierung vertrauen. Jedoch sprechen auch die SchülerInnen im Alter von 13 und 14 Jahren ihr geringstes Zutrauen den politischen Parteien aus.²⁵³

²⁴⁹ Ullrich (2007) S. 9

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ Winkler (2007) S. 22

²⁵² Westphal (2006) S. 9

²⁵³ http://www.sora.at/fileadmin/images/content/Pages/2010_ICCS_Erste-Ergebnisse_oest.pdf S. 4

Im Gegensatz zum politischen Vertrauen, ist die Zufriedenheit der Jugendliche, gerade im Bezug auf die Demokratie sehr hoch.

Tabelle 10: Demokratiezufriedenheit von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich²⁵⁴

	Jugendliche von 14 bis 24 Jahre		Alle ÖsterreicherInnen ab 18 Jahre*
	2007	2005*	
Sehr zufrieden	9	17	10
Etwas zufrieden	60	56	60
Weniger zufrieden	23	24	25
Gar nicht zufrieden	6	2	3
Keine Angabe	2	1	2

Quelle: Filzmaier/Hajek: Jugendstudie 2005 im Auftrag der Bundesländerzeitungen

Wie in Tabelle 10 ersichtlich, hat sich die Demokratiezufriedenheit unter den sehr zufriedenen Jugendlichen zwar verringert, jedoch liegt sie damit ähnlich hoch wie die der Gesamtbevölkerung. Mit 60% etwas zufriedenen Jugendlichen entspricht der Wert exakt dem der Gesamtbevölkerung. Darüber hinaus stimmen 65% der 12 bis 19jährigen der Aussage, sie seien froh in einer Demokratie zu leben, voll und ganz zu.²⁵⁵ Sowohl Filzmaier als auch Ulram kommen zu dem Schluss, dass mit dem politischen Interesse sowohl Demokratie als auch Politikzufriedenheit steigen.

Tabelle 11: Politikzufriedenheit und politisches Interesse²⁵⁶

In Prozent	zufrieden	unzufrieden	weiß nicht/ keine Angabe
Politisches Interesse			
-sehr/eher stark	60	39	1
-eher wenig	46	41	12
-sehr wenig	41	44	15
-überhaupt nicht	26	35	38

Quelle: GfK Austria Sozialforschung, Jugend und Politik (2007)

²⁵⁴ Filzmaier (2007) S. 8

²⁵⁵ Ulram (2007) S. 11

²⁵⁶ Ulram (2007) S. 10

9.2.5 Politische Partizipation

Ganz allgemein kann politische Partizipation als Teilnahme an politischen Prozessen verstanden werden. Nohlen und Schultze unterscheiden dabei zwischen einem instrumentellen und einem normativen Verständnis politischer Partizipation. „Instrumentell bzw. zweckrational sind alle diejenigen Formen pol. Beteiligung, die Bürger freiwillig, individuelle und/oder kollektiv im Verbund mit anderen unternehmen, um pol. Entscheidungen direkt oder indirekt zu ihren Gunsten zu beeinflussen.“²⁵⁷ Auf der anderen Seite steht das normative Verständnis von politischer Partizipation, dass „nicht nur Mittel zum Zweck, sondern auch Ziel und Wert an sich ist. Es geht nicht nur um Einflußnahme [sic] und Interessensdurchsetzung, sondern um Selbstverwirklichung im Prozeß [sic] des direkt-demokratischen Zusammenlebens und um polit.-soziale Teilhabe in möglichst vielen Bereichen der Gesellschaft.“²⁵⁸

Entspricht das instrumentelle Verständnis der gängigen Vorstellung von politischer Partizipation, so ist der normative Ansatz der Selbstverwirklichung, in repräsentativen Demokratien eher in den Hintergrund gerückt. Trotzdem sollte diese normative Vorstellung nicht unbeachtet bleiben im Laufe dieser Arbeit. Praktikabler ist jedoch die, in der Literatur häufig gebrauchte Unterscheidung, zwischen Formen konventioneller und Formen unkonventioneller politischer Partizipation. Unter konventioneller politischer Partizipation lassen sich alle institutionalisierten Formen der Beteiligung wie Wählen gehen, Mitarbeit in politischen Parteien, der Besuch politischer Veranstaltungen oder die Kontaktaufnahme mit PolitikerInnen subsumieren.

Unkonventionelle politische Aktivitäten zeichnen sich durch ihre Zielorientiertheit und dadurch, dass sie spezifische Themen vertreten, aus. Ohne institutionellen Rahmen soll direkt Druck auf das politische System ausgeübt werden. Formen der unkonventionellen politischen Partizipation sind zum Beispiel Unterschriften sammeln, die Beteiligung an einer Bürgerinitiative oder die Teilnahme an einer Demonstration.²⁵⁹ Auch illegale Formen der Partizipation, sowie Gewalt gegen Gegenstände und Personen wird unter den Begriff der unkonventionellen politischen Partizipation gefasst.

²⁵⁷ Nohlen/Schultze (2004) S. 648

²⁵⁸ Ebd.

²⁵⁹ Vgl. Kuhn (2000) S. 45ff

Da jedoch nur ein verschwindend geringer Teil der österreichischen Jugendlichen illegale bzw. gewalttätige Formen des Protests als sinnvoll erachten bzw. selbst praktizieren, werden diese Formen der Partizipation in der weiteren Untersuchung nicht weiter beleuchtet.²⁶⁰

9.2.5.1 Konventionelle politische Partizipation

Die Tradition der konventionellen politischen Beteiligung lässt sich in Österreich aus der Geschichte der politischen Kultur heraus erklären. Der Organisationsgrad in Parteien oder Vorfeldorganisationen, sowie die Wahlbeteiligung waren ~~immer~~ stets hoch (vgl. Kapitel Politische Kultur in Österreich). Wählen gehen ist auch für Jugendliche die am häufigsten genannte Form der Partizipation. 53% der Jugendlichen gaben bei der EUYOUNGPART-Studie an schon einmal gewählt zu haben.²⁶¹ 2008 war Wählen gehen auf Platz drei der politischen Beteiligungsformen nach „Mit Freunden über Politik sprechen“ und „Die Eltern häufig etwas über Politik fragen“. 31% der Jugendlichen zwischen 14 und 20 Jahren gaben an schon gewählt zu haben und 61% haben vor in Zukunft wählen zu gehen.²⁶²

Dass diese Bereitschaft zu Wählen auch tatsächlich umgesetzt wird zeigen die hohen Wahlbeteiligungen Jugendlicher bei Gemeinde und Landtagswahlen. Bei den Wien Wahlen 2005 betrug die Wahlbeteiligung der 16 bis 18jährigen 59,1% aller Wahlberechtigten.²⁶³ Ebenso bei den Nationalratswahlen 2008 lag die Wahlbeteiligung Jugendlicher in etwa gleich hoch wie die der restlichen Bevölkerung.²⁶⁴

Als Wahlmotive der JungwählerInnen wurden primär Mitbestimmungsmöglichkeiten und das mit 16 Jahren neu gewonnene Wahlrecht genannt.²⁶⁵

²⁶⁰ Vgl. Picker/Westphal (2005) S. 24 und 33

²⁶¹ Picker/Westphal (2005) S. 23

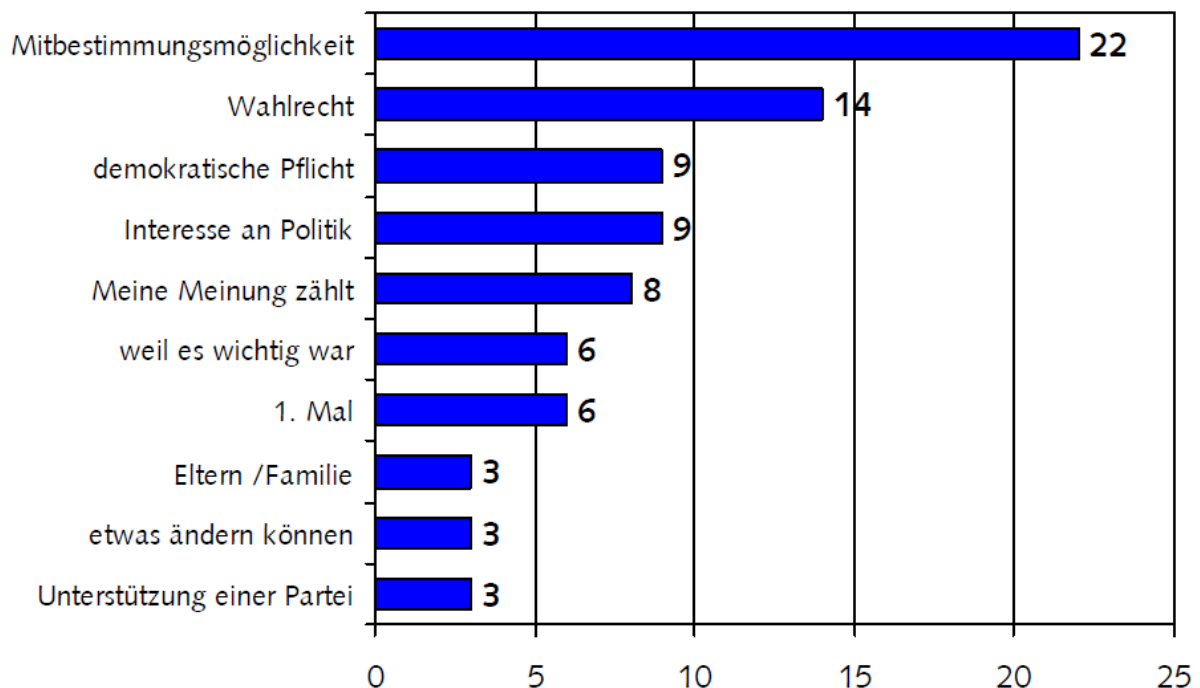
²⁶² Duffek/Rosenberg (2008) S. 17

²⁶³ Kozeluh et. al (2005) S. 12

²⁶⁴ Vgl. Ogris (2010) S. 6

²⁶⁵ Kozeluh et. al (2005) S. 19

Abbildung 4: Wahlmotive Jugendlicher 2005²⁶⁶



Quelle: SORA/ÖIJ/WZW Angaben in Prozent

Auch die demokratische Pflicht wählen zu gehen und das Interesse an Politik, spielen eine Rolle. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Eltern und Familie mit 3% eher wenig bis gar keine bedeutende Rolle bei der Entscheidung wählen zu gehen einnehmen. Ebenso wenig denken die Jugendlichen mit ihrer Wahl etwas ändern zu können (3%).

Den Zusammenhang zwischen Wahlinformation und Wahlbeteiligung konnte die Nachwahlanalyse der Wien Wahlen 2005 ebenfalls belegen. Bei Jugendlichen im Alter von 16 bis 18 Jahren, die eine der Wahlkampagnen der Stadt Wien („Ganz Wien geht wählen“ der MA62 und „Ich wähle“ der MA 13) wahrgenommen haben, lag die Wahlbeteiligung im Schnitt 8% bis 11% höher, als bei Jugendlichen die nicht durch Wahlkampagnen erreicht wurden. Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Jugendlichen, die in der Schule Wahlinformationen erhalten haben. 62% der informierten Jugendlichen ging zur Wahl und lediglich 55% der Jugendlichen, die in der Schule nicht über die Wahl informiert worden waren, gingen wählen.²⁶⁷ Somit bestätigt die Studie einen positiven Zusammenhang zwischen dem Informationsgrad über die Wahl und politische Abläufe und jenen Grad der Wahlbeteiligung.

²⁶⁶ Kozeluh et.al (2005) S. 19

²⁶⁷ Vgl. Kozeluh et al (2005) S. 25-29

Als Motive um nicht zur Wahl zu gehen , wurde primär genannt man hätte keine Zeit (26%) und man habe kein Interesse (17%).²⁶⁸

Ist die Wahl als Form der politischen Partizipation angesehen und wird auch praktiziert, so unbeliebt scheint die Mitarbeit in Parteien, Jugendorganisationen oder auch der Gewerkschaft. In diesen Institutionen sehen Jugendliche am wenigsten Partizipationsmöglichkeiten.²⁶⁹ Nur 4% der 14 bis 20 jährigen gaben 2008 an Parteimitglied zu sein bzw. werden zu wollen und auch nur 10% können sich vorstellen in Zukunft Parteimitglied zu werden. 2005 haben auch nur 8% der befragten Jugendlichen der EUYOUPART-Studie angegeben sich im Wahlkampf für eine Partei engagiert zu haben.²⁷⁰

9.2.5.2 Unkonventionelle politische Beteiligung

Neben den konventionellen Formen der politischen Beteiligung, scheinen gerade die unkonventionellen Formen Sache der Jugend.²⁷¹ Unter Jugendlichen sind die Top 5 der bereits praktizierten unkonventionellen Formen politischer Beteiligung 2005:²⁷²

- Produkte aus politischen oder ethischen Gründen kaufen: 22%
- Produkte boykottieren: 18%
- Teilnahme an einer legalen Demonstration: 18%
- eine Petition unterschreiben: 14%
- Gestreikt: 12%

Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang die Bedeutung der Schule als Sozialisationsinstanz und Partizipationsraum. 46% der 15 bis 25 jährigen haben an SchülerInnenversammlungen teilgenommen und sogar 42% der SchülerInnen waren KlassensprecherInnen während ihrer Schulzeit. 19% haben sich an Protestaktionen an der Schule beteiligt.²⁷³ Diese Zahlen sprechen dafür, dass ein Großteil Österreichs Jugendlicher politische Formen der Partizipation in und durch die Schule näher gekommen ist. Nicht erhoben wurde in dieser Studie inwieweit die SchülerInnen durch das Fach politische Bildung vielleicht dazu bewogen wurden politisch zu partizipieren.

²⁶⁸ Ebd. S. 20

²⁶⁹ Vgl. 4 Bericht zur Lage der Jugend (2003) S. 226

²⁷⁰ Picker/Westphal (2005) S. 25

²⁷¹ Vgl. Kuhn (2000) S. 46

²⁷² Vgl. Picker/Westphal (2005) S. 23

²⁷³ Picker/Westphal (2005) S. 25

Obwohl gerade Jugendliche als besonders Internetaffin gelten, gaben nur 11% der Jugendlichen an sich im Internet an politischen Diskussionen zu beteiligen.²⁷⁴ 2008 gaben zumindest schon 15% an im Internet zu einem politischen Thema schon geschattet zu haben oder zu posten. Interessant ist jedoch, dass 49% der Jugendlichen sich nicht vorstellen können, das jemals zu tun.²⁷⁵ Bedauerlicher Weise wurden weder für die Internetnutzung als Mittel der politischen Partizipation, noch für die anderen Formen der unkonventionellen Beteiligung, die Motive die dahinter stehen erfragt. Bereits in früheren Studien wurde gezeigt, dass ein positiver Zusammenhang zwischen konventioneller und unkonventioneller politischer Beteiligung besteht. Beiden Formen der Beteiligung ergänzen einander und gehen nicht auf Kosten der einen oder anderen. Damit wird das Spektrum der politischen Beteiligungsformen ausgeweitet.²⁷⁶ Wann welche Form der politischen Partizipation gewählt wird, hängt demnach davon ab, ob zielgerichtet und themenspezifisch Einfluss genommen werden soll (unkonventionelle Formen), bzw. ob das Vertrauen in die Politik diese Thema zu behandeln vorhanden ist oder nicht. Oder ob institutionell auf breiter Basis partizipiert wird (konventionelle Formen).

9.2.5.3 Politische Beteiligung und Medienkonsum

In welchem Zusammenhang der Medienkonsum und politische Beteiligung stehen, wurde bereits ein wenig in Kapitel 8, mit dem dynamisch-transaktionalen Ansatz von Fröh und Schönbach angeschnitten. In diesem Ansatz kommen politische Themen durch Kommunikation in den Blickwinkel der RezipientInnen, das steigert das Interesse an Politik, was wiederum eine Voraussetzung für politische Beteiligung darstellt. Schulz präsentiert zu diesem Zusammenhang empirische Befunde, die zeigen, dass die Bereitschaft sowohl für konventionelle als auch für unkonventionelle politische Partizipation sich mit der regelmäßigen Mediennutzung erhöht. ZeitungleserInnen sind in überdurchschnittlichem Maß zu konventionellen, legalen Formen der Beteiligung bereit. Im Gegensatz zu FernsehnutzerInnen, die die niedrigsten Werte, bei allen Beteiligungsformen aufweisen. Bei allen abgefragten Formen politischer Beteiligung, sowohl konventionell und unkonventionell als auch legal und illegalen, zeigt sich, dass InternetnutzerInnen die höchste Partizipationsbereitschaft aufweisen.²⁷⁷

²⁷⁴ Picker Westpahl (2005) S. 23

²⁷⁵ Duffek/Rosenberg (2008) S. 17

²⁷⁶ Vgl. Kuhn (2000) S. 47

²⁷⁷ Vgl. Schulz (2008) S. 221ff

Der Schluss der sich daraus ziehen lässt ist, dass das Internet nützliches Kommunikationsmittel für alle Formen politischer Partizipation ist, da jede/r Kommunikator und RezipientIn sein kann. Ebenso ist der Zugang zum politischen Diskurs durch das Medium Internet in Form von Meinungsäußerungen, Protest etc. einfacher als bei anderen Medien. Was nicht mit dieser Studie beantwortet wird, ist, wie hoch der Informationsgrad bzw. das politische Interesse der MediennutzerInnen bereits vor dieser Befragung war. Dann könnte man nämlich die Frage stellen, ob ein bereits hohes politisches Interesse dazu führt ein gewisses Medium, in diesem Fall das Internet, zu nutzen.

9.3 Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

- Österreichische Jugendliche folgen einem engen Begriff von Politik mit einem top down Verständnis von Politik
- Es lässt sich nicht eindeutig sagen ob Jugendliche Politikinteressiert oder desinteressiert sind, aber je älter Jugendliche sind umso höher ist das politische Interesse
- Informationsdefizit und geringes Interesse an Politik korrelieren positiv
- Ein geringer Teil der Jugendlichen fühlt sich ausreichend über Politik informiert
- Je stärker die politische Meinung ist desto höher wird der eigene Informationsgrad eingeschätzt
- Primäre Informationsquelle sind die Medien angeführt vom Fernsehen
- Politisches Wissen steigt nicht mit dem Alter an
- Gespräche über Politik werden am häufigsten mit FreundInnen und der Familie geführt
- Medien gelten als am glaubwürdigsten in Sachen Politik
- Selbst bei nicht gezielter politischer Mediennutzung werden politische Informationen aufgenommen
- politische Mediennutzung ist bei älteren Jugendlichen häufiger
- internes Effektivitätsbewusstsein ist stabiler als externes Effektivitätsbewusstsein
- Jugendliche schätzen unkonventionelle politische Beteiligungsformen als effektiver ein als die Gesamtbevölkerung
- Wählen gilt als effektivste Form der Beteiligung
- Politische Parteien genießen das geringste Vertrauen der Jugendlichen
- Die Demokratiezufriedenheit ist hoch unter Jugendlichen
- Politikzufriedenheit korreliert positiv mit dem Politikinteresse
- Die Partizipationsform des Wählen ist die meistgenutzte Partizipationsform Jugendlicher
- Schule nimmt eine Wichtige Rolle als Ort der Partizipation ein

- Bei InternetnutzerInnen ist die Bereitschaft zu politischer Partizipation höher als bei FernsehnutzerInnen

10. Internet und Web 2.0

79% der österreichischen Haushalte hatten im 1. Quartal 2011 Zugang zum Internet. Zum Vergleich waren es 2005 erst 58% und 2000 nur 33% der Haushalte die Internetzugang hatten.²⁷⁸ Im 3. Quartal des Jahres 2011 nutzten 80% der Bevölkerung das Internet, wobei 71% sogar als intensive NutzerInnen eingestuft werden können. Die Bevölkerungsgruppe, die am häufigsten das Internet nutzt, sind Jugendliche. 97% der 14 bis 19 jährigen und 98% der 20 bis 29jährigen nutzen das Internet.²⁷⁹ Fast täglich nutzen 57% der österreichischen Gesamtbevölkerung in irgendeiner Form das Internet.²⁸⁰ Die Frage, die sich bei so hohen Zahlen stellt ist, warum für Jugendliche das Internet dennoch, bezugnehmend auf ihr Informationsverhalten, kein politisches Medium ist. Betrachtet man die konkrete Nutzungsweise von Internetangeboten, so zeigt sich, dass der Zugriff auf Informationsangebote weit hinter Angeboten wie e-mail oder chatten zurückliegt. GMX.at erreicht 32,5% der UserInnen jeden Monat wohingegen krone.at (19,8%) und derstandard.at (18,1%) als Seiten, die unter anderem politische Informationen enthalten nur einen geringeren Prozentsatz der UserInnen erreichen.²⁸¹ Gründe für die Unbeliebtheit des Internets als Informationsquelle sind der Zweifel an der Qualität der vorhandenen Informationen sowie die Fülle an Informationen, aus der erst die relevanten Informationen selektiert werden müssen.²⁸²

Aber gerade wegen seiner dezentralen Verfasstheit und durch Web 2.0 Anwendungen zu einem multifunktionalen Interaktionsmedium geworden, mit der Möglichkeit von Kommunikations- und Informationsaustausch in Form von many-to-many, bietet sich das Internet als Plattform politischer Partizipation geradezu an. Anders als andere Massenmedien verspricht das Internet die Überwindung der Sender-Empfänger-Hierarchie und damit die Attraktivität selbst aktiv zu werden. Zieht man die Ergebnisse von Suchmaschinen im Internet heran, so zeigt sich, dass die postulierte Aufhebung von Hierarchien durch das neue Medium kritisch zu betrachten ist.

²⁷⁸ Vgl. ORF Mediaforschung: Austrian Internet Monitor (2011): Haushalts-Ausstattung

²⁷⁹ Austrian Internet Monitor (2011) S. 3f

²⁸⁰ Vgl. ORF Mediaforschung: Austrian Internet Monitor (2011): Nutzungsfrequenz

²⁸¹ Vgl. ORF Mediaforschung: Austrian Internet Monitor (2011): ÖWA Plus

²⁸² Vgl. Filzmaier et. al (2007a) S. 298

Perlot und Winkel konnten in ihrer Untersuchung zu Suchmaschinen im Internet zeigen, dass diese eine Art gatekeeper-Funktion einnehmen. Bereits bekannte klassische Medienseiten scheinen neben anderen Seiten wie jenen von NGO's oder Linklisten, am häufigsten auf. Seiten von Parteien oder PolitikerInnen scheinen vergleichsweise wenig auf.²⁸³ „Die ausführliche Beschäftigung mit der Suche nach politischen Informationen im Internet hat gezeigt, dass sich solche Informationen finden lassen, es aber mitunter auf Geduld und auch ein entsprechendes Formulierungsgeschick (um nicht zu sagen Glück bei der Wortwahl) bei den Anfragen ankommt.“²⁸⁴ Aufmerksamkeit durch das Medium Internet zu erzeugen hängt demnach auch davon ab was Suchmaschinen an Suchergebnissen bereitstellen. Aus diesen Ergebnissen dann auch noch relevante Informationen herauszufiltern kann als Herausforderung angesehen werden.

All diese gewonnenen Ansichten, lassen den Glanz des Internet als Platz für neue Möglichkeiten politischer Informationsgewinnung und Beteiligung, verblassen. Warum dieser Mobilisierungsschub durch das neue Medium ausbleibt kann vielleicht auch durch das Verhältnis traditioneller, nicht internetunterstützter politischer Partizipation und e-Partizipation geklärt werden.

10.1 e – Partizipation – der neue Weg?

„Unter e-Partizipation im engeren Sinn ist eine Einbeziehung der Bevölkerung in die Entscheidungsfindung der Parlamente, Regierungen und Behörden über elektronische Kommunikationswege gemeint. In einem weiteren Sinn kann darunter jede Form der Beteiligung an elektronischen Medien verstanden werden.“²⁸⁵ Welche Beteiligungsformen genau jetzt in diese, doch eher undifferenzierte Definition, hineinfallen ist nicht klar ersichtlich. Ob Einbeziehung in die Entscheidungsfindung eine tatsächliche Mitentscheidung innerhalb der genannten Institutionen beinhaltet bleibt fragwürdig. Klar ist, dass e-Partizipation an die neuen Medien und damit in erster Linie an das Internet gebunden ist. Weiters zeigt sich in dieser Definition auch die Unsicherheit der Politik (Verfasser dieser Definition ist das BMWFJ) bezüglich dieses Begriffs.

²⁸³ Perlot/Winkel (2007) S. 11f

²⁸⁴ Perlot/Winkel (2007) S. 12

²⁸⁵ Röthler (2009) S. 3

Pelinka hingegen fasst e-Partizipation als Beteiligungsform, der eine partizipatorische Demokratietheorie zugrunde liegt, was bedeutet, dass alle, von politischen Entscheidungen betroffenen Personen, zumindest indirekt in Entscheidungsfindungsprozesse eingebunden werden müssen.²⁸⁶ Mit anderen Worten geht es demnach um traditionelle Partizipation mit neuen Mitteln.

Da es zu dem Zusammenhang von traditioneller, nicht internetunterstützter politischer Partizipation und e-Partizipation keine spezifisch österreichischen Studien gibt, wird auf Ergebnisse aus verschiedenen europäischen Ländern zurückgegriffen, um basierend darauf Rückschlüsse auf die österreichische Situation zu ziehen.

Es gibt drei Anschauungen darüber, inwieweit das Internet Einfluss auf politische Beteiligung nimmt. Die einen meinen, die neuen Möglichkeiten die durch das Internet geschaffen werden führen zu einer höheren Beteiligung der Bevölkerung bzw. durch die neu erworbenen Skills beim Umgang mit dem neuen Medien käme es zu einem Mobilisierungsschub der politischen Kommunikation und Partizipation. Diese eher technikzentrierte Sichtweise blickt dem Internet als politischem Medium euphorisch entgegen. Auf der anderen Seite wird eine „Entpolitisierung“ befürchtet, hervorgerufen durch die Pluralisierung von Information im Internet, die eine Abkehr der BürgerInnen vom politischen System zur Folge hat. Die dritte Sichtweise geht davon aus, dass das Internet weder einen positiven noch einen negativen Einfluss auf die politische Beteiligung hat.²⁸⁷

In einer empirischen Studie unter Studierenden im Alter von 18 bis 35 Jahren in den Niederlanden, Spanien und Italien untersuchten Calenda und Meijer inwieweit sich offline und online Partizipation gegenseitig bedingen und welche Faktoren dafür ausschlaggebend sind.²⁸⁸ In der Studie wurde sowohl zwischen konventioneller politischer Partizipation und unkonventioneller politischer Partizipation, als auch zwischen online und offline Partizipation unterschieden.

²⁸⁶ Pelinka (1993) S. 10f

²⁸⁷ Vgl. Emmer/Seifert/Vowe (2006) S. 171f

²⁸⁸ Vgl. Calenda/Meijer (2009)

Die vier Hypothesen der Arbeit waren:²⁸⁹

1. Häufigerer Gebrauch des Internet entspricht mehr online Partizipation
2. Häufigerer Internetverbrauch entspricht einer Veränderung von traditionellen zu neuen Formen politischer Partizipation
3. Mehr offline politische Partizipation entspricht mehr online politischer Partizipation
4. Die Art der online Partizipation spiegelt die Art der offline Partizipation wieder

Die wichtigsten Ergebnisse lassen sich kurz zusammenfassen. Zunächst konnte zwar eine positive Korrelation zwischen der Zeitdauer die online verbracht wird und online Partizipation festgestellt werden, jedoch konnte nicht gezeigt werden, dass es durch die Internetnutzung zu einem Anstieg von politischer Kommunikation kommt (Hypothese 1). Im Hinblick auf den Zusammenhang von online und offline Partizipation zeigt sich, dass die befragten Personen, die bereits offline einen hohen Grad an politischer Partizipation aufweisen, sich auch online in erhöhtem Maß politisch engagieren. Ebenso zeigt sich bei Personen mit wenig offline Partizipation auch wenig online Partizipation. Die Autoren der Studie interpretieren die Ergebnisse dahingehend, dass nicht die online Partizipation die offline Partizipation widerspiegelt, sondern umgekehrt, da die offline Partizipation eher online reproduziert wird. (Hypothesen 3 und 4). Bezugnehmend auf Hypothese 2, das Internet würde die Form politischer Partizipation ändern beantworten die Autoren zwar zunächst mit JA, jedoch wird diese Aussage relativiert indem sie abschließend meinen, dass das Internet keine Veränderung der politischen Partizipation junger Menschen bewirkt. Zusammenfassend lässt sich sagen „the extend of online political participation is influenced by both the level of internet use and the extend of offline political participation.“²⁹⁰

Diese Ergebnisse lassen sich auch mit einer in Deutschland durchgeführten Studie vergleichen. Eine von 2002 bis 2005 durchgeführte Studie, untersuchte die Veränderung der Politischen Kommunikation im Hinblick auf die Mobilisierung, also ein Anstieg der politischen Kommunikation, durch das Internet. Grundsätzlich konnte festgestellt werden, das InternetnutzerInnen öfter politische Themen in Tageszeitungen lesen, politische

²⁸⁹ Vgl. Ebd. S. 883 eigene Übersetzung

²⁹⁰ Calenda/Meijer (2009) S. 893

Fernsehmagazine nutzen und sich mehr mit anderen Menschen über Politik unterhalten als NichtnutzerInnen.²⁹¹ Eine Analyse, unter Einbezug verschiedener Varianzen konnte zeigen, dass das Internet eine stimulierende Wirkung auf die Informationskommunikation hat.²⁹² Am Interessantesten erscheint jedoch das Ergebnis, dass trotz stimuliertem Kommunikationsverhalten, keine „neuen“ Formen politischer Kommunikation, die größere Kompetenzen und Aufwand seitens der UserInnen erfordern würde, erkennbar sind. „Politische Online-Kommunikation folgt offenbar den vertrauten Mustern der Kommunikation.“²⁹³

Sowohl die Ergebnisse der Studie von Calenda und Meijer als auch die Studie aus Deutschland können auf Österreich umgelegt werden. Eine Veränderung der kommunikativen Rahmenbedingungen und ein Formenwandel der politischen Partizipation haben dazu geführt, dass das Internet als Medium Eingang in die politische Kommunikation und Partizipation gefunden hat. Beide Studien kommen jedoch zu dem Schluss, dass das Internet nicht die treibende Kraft von Kommunikation und Partizipation ist, sondern lediglich neue Möglichkeiten liefert diese auszuleben. Schlussfolgernd kann also davon ausgegangen werden, dass das Internet als politisches Medium nur nutzbar gemacht werden kann, wenn es im Kontext mit offline Kommunikation und Partizipation gesehen wird. Stichwort hierbei sind die oben beschriebenen Kompetenzen, die den InternetnutzerInnen fehlen, um das Internet politisch nutzbar zu machen. Filzmaier et.al resümieren: „Insbesondere für die politische Information, Partizipation und Kommunikation via Internet wird das erhoffte Ergebnis gleichzeitig vorausgesetzt. Sich im Internet über Politik bilden erfordert eine Basis Politischer Bildung und spezifischer Mediennutzungskompetenz.“²⁹⁴

²⁹¹ Vgl. Emmer/Seifert/Vowe (2006) S. 176f

²⁹² Ebd. S. 181 und 183

²⁹³ Emmer/Seifert/Vowes (2006) S. 183

²⁹⁴ Filzmaier et.al. (2007a) S. 299

11. Conclusio

Die wichtigsten Punkte die bei der Herausbildung des Verhältnisses von Jugendlichen zur Politik eine Rolle spielen wurden, ebenso wie die politische Kultur als Rahmenbedingung politischer Kommunikation in dieser Arbeit untersucht. Daher scheint es nun an der Zeit die gewonnenen Ergebnisse nochmals zusammenzufassen und einen Ausblick zu geben.

„Das demokratische Potenzial der neuen Medien ist immer nur so groß, wie es die vorherrschende politische Kultur zulässt.“²⁹⁵ Die Auflösung der Lagerbindung bzw. Parteiloyalität und die vermehrte Parteienkonkurrenz bis hin zur Entwicklung einer Konfliktdemokratie waren wesentliche Entwicklungen im Wandel der politischen Kultur seit den 1980er Jahren, die den Aufstieg der Massenmedien zu einer bedeutenden Instanz im politischen Prozess geebnet haben. Politische Sozialisation in der Familie, der Schule oder durch Peer Groups nimmt keinen so hohen Stellenwert ein wie vielleicht vermutet werden könnte. Dienen Eltern und Freunde bei einem Großteil der Jugendlichen zwar als primäre GesprächspartnerInnen, so sind die Inhalte der Gespräche meist über Massenmedien erfahren worden. Schule, als Ort an dem Wissen vermittelt und unter anderem Politik erfahren werden sollte, kommt diesen Aufgaben so gut wie nicht nach. Politische Informationen und politisches Wissen beziehen Jugendliche fast ausschließlich aus den Massenmedien. Massenmedien dienen nicht nur als primäre Informationsquelle, Jugendliche vertrauen ihnen auch am Meisten und sprechen ihnen die größte Glaubwürdigkeit zu. Dass Massenmedien jedoch ihrer Funktion als Vermittler politischen Wissens nicht nachkommen zeigt sich sowohl daran, dass das Wissen Jugendlicher über Politik nicht überragend ist, als auch daran, dass Jugendliche sich selbst als wenig bis nicht ausreichend über Politik informiert fühlen. Dieser Mangel an Informiertheit führt auch zu einem Rückgang von Interesse an Politik. Es konnte gezeigt werden, dass an Themen, über die wenig Wissen besteht, ebenso geringes Interesse gezeigt wird. Eine generelle Politikverdrossenheit Jugendlicher bedeuten diese Ergebnisse jedoch nicht. Es handelt sich vielmehr um Parteien- und PolitikerInnenverdrossenheit, was zum Teil dadurch erklärt werden kann wie Parteien und PolitikerInnen medial dargestellt werden, zum anderen auch durch die fehlende Bindung die Jugendliche an Parteien haben.

²⁹⁵ Maier-Rabler/Neumayer (2008) S. 33

Auch die hohe Demokratiezufriedenheit Jugendlicher und eine hohe Wahlbeteiligung Jugendlicher ab 16 Jahren lassen auf keine generelle Politikverdrossenheit, sondern unter Einbezug aller Ergebnisse, eher auf eine Politikdistanz schließen. Obwohl Wahlen, ebenso wie bei der Gesamtbevölkerung, als effektivste Form politischer Beteiligung angesehen wird, werden unkonventionelle Formen politischer Partizipation von Jugendlichen als effektiver eingeschätzt als vom Rest der Bevölkerung. Politisches Effektivitätsbewusstsein, sowohl internes als auch externes, hat im Laufe der Jahre bei Jugendlichen abgenommen. Das politische Effektivitätsbewusstsein beeinflusst in hohem Maße die Bereitschaft zur politischen Partizipation. Die politische Medienberichterstattung ist, bis auf die des ORF, keinem Bildungsauftrag verpflichtet. Politisches Effektivitätsbewusstsein benötigt jedoch die Vermittlung politischer Kompetenzen und ein Vertrauen Seitens der Jugendlichen in diese. Diese Leistung können und wollen Medien nicht erbringen. Eben dieses Fehlen von Kompetenzen macht sich beim Gebrauch des neuen Mediums Internet bemerkbar. Politische Kommunikation und Partizipation folgen, auf Grund fehlender Medienkompetenz, bereits gewohnten Mustern. Zwar bietet das Internet rein technisch die Möglichkeit jede/n zum Sender und Empfänger politischer Inhalte zu machen, jedoch schreckt die dadurch entstehende Informationsfülle die UserInnen davon ab das Internet als Informations- bzw. Partizipationsplattform zu nützen. Das Internet bleibt also solange ein unpolitisches Medium bis, wie Enzensberger es ausdrückte, ein kollektiver Lernprozess stattfindet.

12. Ausblick- Politische Bildung als Basisqualifikation

Wie sich zeigt werden weder die etablierten Massenmedien, noch neue technische Möglichkeiten das übernehmen was für eine demokratische Gesellschaft und für die in ihr lebenden Menschen von Nöten ist und zwar politische Bildung. Ziel politischer Bildung sollte die Erziehung zur Mündigkeit sein also „ein “mündiger“ Bürger, der sich seiner Eingebundenheit in Sozialisationsprozesse zwar bewusst, dadurch aber auch fähig ist, die ihn prägenden Normen und Regeln zu hinterfragen, Konflikten aktiv zu begegnen und die Gesellschaft somit mitzugestalten.“²⁹⁶ Um dieses Ziel zu erreichen sollte politische Bildung nicht reine Institutionenlehre sein, sondern ein Übermitteln von Kompetenzen, die es Individuen ermöglichen mit den an sie gestellten Anforderungen in gesellschaftspolitischen Prozessen umzugehen.

²⁹⁶ Hellmuth/Klepp (2010) S. 97f Hervorhebung im Original

Das österreichische Kompetenzmodell entwickelt von Krammer umfasst vier Kompetenzen:²⁹⁷

- **Sachkompetenz:** Die Fähigkeit Begriffe und Konzepte des Politischen zu verstehen, über sie zu verfügen und kritisch weiterentwickeln zu können
- **Urteilskompetenz:** Die Fähigkeit zu einer selbständigen sach- und wertorientierten Beurteilung politischer Entscheidungen und Urteile selbst zu treffen
- **Methodenkompetenz:** Der kritische Umgang mit fertigen Manifestationen des Politischen und die Fähigkeit mittels verschiedenster Verfahren (mündlich, schriftlich, visuell od. in modernen Medien) im Idealfall reflektierte und (selbst-)reflexive eigene Manifestationen zu schaffen
- **Handlungskompetenz:** Die Fähigkeit eine eigene Position zu politischen Fragen zu formulieren und zu artikulieren und die anderer zu verstehen ebenso wie das Nutzen politischer Einrichtungen und Mitwirkung bei Problemlösungen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft

Die bei der Sachkompetenz angesprochenen Basiskonzepte wie zum Beispiel Macht, Öffentlichkeit, Recht etc. sind kein statischer Kanon sondern beliebig erweiter- und austauschbar. Voraussetzung für das Verstehen der Basiskonzepte, ist das Erwerben von (Arbeits-)Wissen.²⁹⁸ Das „als „Arbeitswissen“ bezeichnete Wissen ist also anlassbezogen, hat instrumentellen Charakter und ermöglicht erst jene politischen Lernvorgänge, die zur Entwicklung politischer Kompetenzen notwendig sind.“²⁹⁹ Anlassbezogen bedeutet, dass das Arbeitswissen immer auf das jeweilige Thema abgestimmt ist und nicht für einen Sachverhalt irrelevantes Wissen vermittelt wird.

Umgelegt auf das in dieser Arbeit behandelte Thema fehlt diesem Kompetenzmodell eine wesentliche Komponente und zwar die Medienkompetenz. „Sie umfasst die Wissensbestände über Medien sowie die Fähigkeit, Medien souverän bedienen, kritisch beurteilen und kreativ gestalten zu können.“³⁰⁰

²⁹⁷ Vgl. Krammer (2008) S. 6

²⁹⁸ Vgl. Ebd. S. 7ff

²⁹⁹ Krammer (2008) S. 6

³⁰⁰ Hugger (2008) S. 93

Sie ist in meinen Augen nicht mit der Methodenkompetenz gleichzusetzen, da sich die Methodenkompetenz primär mit Manifestationen beschäftigt und sich Medien nur als Mittel zum Zweck der Verbreitung dieser Manifestationen widmet. Medienkompetenz umfasst nicht nur das Nutzen des Mediums sondern auch das Wissen um seine Beschaffenheit und Möglichkeiten sowie die Bedeutung der Produktionsprozesse, die mit diesem Medium einhergehen. Gerade beim Internet gehören Wissen um die technische Beschaffenheit, das Mitbedenken von rechtlichen Dimensionen wie zum Beispiel Datenschutz - oder Copyrightbestimmungen auch zur Medienkompetenz. Daher zeigt sich, dass Politische Bildung ohne Medienkompetenz in einer Mediengesellschaft wie Österreich wenig sinnvoll ist. Erst wenn politische Bildung sich auf den Medienwandel einstellt kann sie mit der durch Medien vermittelten Realität umgehen und moderne Medien für Lernprozesse nutzbar machen. Denn erst dann wenn politische Spielregeln, die Medien bewirken, verstanden und Medien als Sozialisationsinstanz erkannt werden kann Politische Bildung im Bezug auf Medien zielführend sein.

Die Umsetzung von Politischer Bildung mit dem Internet kann verschiedenste Lernzugänge bieten. Im Folgenden werden Strategien dargestellt, wie Internet und Politische Bildung zusammengeführt werden können. Diese Strategien sind angelehnt an die empirischen Ergebnisse der Forschung zu dem Verhältnis Jugendlicher zur Politik.

- Politische Information und politisches Wissen wird primär aus Massenmedien erfahren. Durch das Internet kann das Thema Wissen vielperspektivisch behandelt werden. Mithilfe von online-Lexika wie zum Beispiel Wikipedia, kann das Thema Wissen aus dezentraler Sicht gezeigt werden. Hier kann an die Lebensrealität Jugendlicher angeknüpft werden, die Wikipedia häufig als Informationsquelle nutzen. Wikipedia zeichnet sich dadurch aus, dass die Beiträge nicht von einer zentralen Stelle erstellt werden, sondern jede Person mit Internetzugang weltweit Wissensbeiträge erstellen kann. Hier können Fragen behandelt werden wie: Wie entsteht Wissen in einer Gesellschaft – Stichwort kollektives Gedächtnis? oder Gibt es ein Wissensmonopol? Es können Wege der Wissensaneignung begutachtet und kritisch hinterfragt werden. Wissen als nicht statisches sondern fluides Gut, dass durch neue Erkenntnisse verändert werden kann wird thematisiert. Darüber hinaus kann als Aufgabe, das erstellen eines eigenen Wikipediabeitrages Jugendliche zum eigenen Handeln anregen.

- Im Zuge von Medienkompetenz muss das richtige Suchen von Informationen im Internet erlernt werden. Eine Rechercheinkompetenz führt dazu, dass Informationen nicht gefunden werden und das Internet als privates und nicht als politisches Medium genutzt wird. Als Aufgabe müssen zu einem politischen Sachverhalt Informationen gesucht werden, die Jugendliche, mithilfe von Suchmaschinen im Internet finden sollen. Diese Suche soll dokumentiert werden um daraus dann in der Gruppe Kriterien für eine zielführende Informationssuche zu entwickeln. Gleichzeitig wird problemorientiertes Lernen gefördert.
- Um politisches Handeln im Internet zu erhöhen muss Jugendlichen das Vertrauen in die eigenen Kompetenzen und in kollektive Prozesse vermittelt werden. Das Internet kann kooperative Lernprozesse fördern und auch kollektives Bewusstsein schaffen. Viele online Plattformen leben von den TeilnehmerInnen, die Inhalte produzieren. Politische Bildung kann hier ansetzen und im Zuge eines Projekts zu einem politischen Thema Jugendliche dazu auffordern zu besagten politischen Thema eine eigene Meinung zu bilden und ein kollektiv ausgehandelte politische Manifestation zu erstellen, die in weiterer Folge über zum Beispiel Social Networks etc. publiziert wird. Lehrkräfte müssen zu dem Behandelten Thema das Arbeitswissen herstellen und in beratender Funktion den SchülerInnen zur Seite stehen.

Bei allen Möglichkeiten die das Internet auch bieten mag und selbst wenn genug Medienkompetenz seitens der SchülerInnen vorhanden ist, muss klar sein, dass nur im Kontext Politischer Kompetenzbildung Medienbildung wirklich sinnvoll ist. Das erfordert nicht nur die Bereitschaft der Lehrkräfte dem wissenszentrierten Lehrtypus lebewohl zu sagen, sondern auch Selbstreflexion. Darüber hinaus muss der Wille der politischen Akteure, etwas gegen den politischen Bildungsmangel zu unternehmen gegeben sein. Die Verankerung politischer Bildung in den Lehrplänen als eigenständiges Fach schon in der Pflichtschule sowie die Schaffung einer fundierten Ausbildung für Lehrkräfte zu politischen DidaktikerInnen und MedienbildnerInnen muss das Ziel sein. Nur so kann es die Schule schaffen Ort der politischen Informations- und Wissensvermittlung zu werden und Massenmedien als Sozialisationsinstanz diese Bürde abzunehmen. Es wäre sogar denkbar, dass sich dadurch die Konsumgewohnheiten Jugendlicher verändern und Medien diesem Trend folgen und sich journalistische Qualitätsansprüche der Politikvermittlung wieder mehr auf Inhalte konzentrieren, denn

auf sensationsreiche Darstellungsformen. Ein neues Medium allein wird dieses Kunststück weder heute noch in Zukunft vollbringen können.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Partizipationsformen im Zeitverlauf.....	18
Tabelle 2: Politikbegriffe und Definitionen von Politik.....	66
Tabelle 3: Politikinteresse.....	71
Tabelle 4: Politisches Interesse bei Jugendlichen (1980-2007).....	72
Tabelle 5: Politisches Wissen.....	74
Tabelle 6: Politisches Informationsverhalten Jugendlicher (1986-2000).....	75
Tabelle 7: Häufigkeit politischer Mediennutzung.....	78
Tabelle 8: Internes politisches Effektivitätsbewusstsein (1996-2007).....	81
Tabelle 9: Externes politisches Effektivitätsbewusstsein (1996-2007).....	82
Tabelle 10: Demokratiezufriedenheit von Jugendlichen und Erwachsenen im Vergleich.....	85
Tabelle 11: Politikzufriedenheit und politisches Interesse.....	85

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Traditionelle Verhaltensmuster der politischen Subsysteme.....	16
Abbildung 2: Veränderte Verhaltensmuster der politischen Subsysteme.....	20
Abbildung 3: Vertrauen Jugendlicher in politische Institutionen.....	84
Abbildung 4: Wahlmotive Jugendlicher 2005.....	88

Literaturverzeichnis

Albert, Mathias / Hurrelmann Klaus/ Quenzel, Gudrun (2010): Jugend 2010 16. Schell Jugendstudie Eine pragmatische Generation behauptet sich, Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt am Main

Albert, Mathias / Linssen, Ruth / Hurrelmann Klaus (2003): Jugend und Politik. Politisches Interesse und Engagement Jugendlicher im Lichte der 14. Shell Jugendstudie; in: Aus Politik und Zeitgeschichte Vol. B 15/ 2003, bpb – Verlag, Bonn

Blumer, Herbert (1973): Der methodologische Standpunkt des Symbolischen Interaktionismus. In: Arbeitsgruppe Bielefelder Soziologen (Hrsg.): Alltagswissen, Interaktion und gesellschaftliche Wirklichkeit, Reinbek S. 80-146.

BMUKK (1994): Politische Bildung in den Schulen Grundsatzersaß zum Unterrichtsprinzip, GZ 33.466/103-V/4a/94, Wien

Böhmer, Christian (2002) Politikverdrossenheit in Österreich Eine Annäherung unter der besonderen Berücksichtigung der Werte- und Lebenswelt von Jugendlichen, Wien

Bundesministerium für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz (2003): 4. Bericht zur Lage der Jugend in Österreich, Wien

Burkart, Roland (2002): Kommunikationswissenschaft Grundlagen und Problemfelder, 4.Auflage, Wien, Köln, Weimar

Calenda, Davide/Meijer, Albert (2009): Young People, The Internet and Political Participation Findings of a web survey in Italy, Spain and The Netherlands in: Information, Communication & Society Vol. 12, No 6, S 879-898

Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (1996)(Hrsg.): Die Politisierung des Menschen Instanzen der politischen Sozialisation Ein Handbuch, Opladen

Dimmel, Nikolaus/Schmee, Josef (2005) (Hrsg.): Politische Kultur in Österreich 2000 – 2005, Wien

Duffek, Karl/Rosenberg, Barbara (2008): Kurzinformation zur Jugendstudie des Renner Instituts, Wien

Emmer/Seifert/Vowe (2006): Internet und politische Kommunikation : Die Mobilisierungsthese auf dem Prüfstand – Ergebnisse einer repräsentativen Studie in Deutschland In: Filzmaier/Karmasin/Klepp (Hrsg.): Politik und Medien - Medien und Politik, Wien S 171- 187

Enzensberger, Hans Magnus (1964): Einzelheiten I Bewußtseins-Industrie, Frankfurt am Main

Enzensberger, Hans Magnus (1970): Baukasten zu einer Theorie der Medien, herausgegeben von Glotz, Peter (1997): ex libris Kommunikation Band 8, München

Filzmaier, Peter (2006): Wag the Dog? Amerikanisierung der Fernsehlogik und mediale Inszenierung in Österreich In: Filzmaier/Karmasin/Klepp (Hrsg.): Politik und Medien - Medien und Politik, Wien S 9-50

- Filzmaier, Peter/Plaikner, Peter/Duffek, Karl A. (2007a): Internet und neue Medien in: Filzmaier/Plaikner/Duffek (Hrsg.): Mediendemokratie Österreich, Wien, S 293-308
- Früh, Werner/Schönbach, Klasu (1982): Der dynamisch-transaktionale Ansatz. Ein neues Paradigma der Medienwirkung in Publizistik Vierteljahresheft für Kommunikationsforschung Jg. 27 S 74-88
- Fuchs-Heinritz, Werner/Krüger, Heinz-Hermann (1991) (Hrsg.): Feste Fahrpläne durch die Jugendphase?, Opladen
- Gerlich, Peter/Pfefferle Roman (2006): Tradition und Wandel in: Dachs/Gerlich/Gottweis e.a.(Hrsg.): Politik in Österreich Das Handbuch, Wien S.501 – 511
- Geißler, Rainer (1996): Politische Sozialisation in der Familie in: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen Instanzen der politischen Sozialisation Ein Handbuch, Opladen S. 52-70
- GfK Jugend Online 2007 – Lebenswelten
- Hasebrink, Uwe (2002): Publikum, Mediennutzung und Medienwirkung in: Jarren, Otfried/Weßler, Hartmut (Hrsg.): Journalismus – Medien – Öffentlichkeit, Bremen/Zürich/Wiebaden
- Hellmuth, Thomas/Klepp, Cornelia (2010): Politische Bildung Geschichte – Modelle – Praxisbeispiele, Wien
- Helsper, Werner (1995): Sozialisation in: Krüger, H./Helsper, W. (Hrsg.) (1955): Einführung in die Grundbegriffe und Grundfragen der Erziehungswissenschaft S. 71-91, Opladen, Leske und Budrich
- Ho, Shirley S./ Binder, Andrew R./ Becker, Amy B./ Moy, Patricia/ Scheufele , Dietram A./ Bossard, Dominique/ Gunther, Albert C. (2011) : The Role of Perceptions of Media Bias in General and Issue-Specific Political Participation. In: Mass Communication and Society Nr.: 14. S.: 343–374.
- Hurrelmann, Klaus (2001): Einführung in die Sozialisationstheorie, 7. Auflage, Beltz, Weinheim und Basel
- Hugger, Kai-Uwe (2008): Medienkompetenz in: Sander, Uwe/von Gross, Friederike/Hugger, Kai-Uwe (Hrsg.): Handbuch Medienpädagogik, Wiesbaden, S 93-99
- Hurrelmann, Klaus (1999): Lebensphase Jugend Eine Einführung in die sozialwissenschaftliche Jugendforschung, 6. Auflage, Weinheim und München
- Hoffmann, Dagmar/Merkens, Hans (Hrsg.) (2004): Jugendsoziologische Sozialisationstheorie, Impulse für die Jugendforschung, Juventa, Weinheim und München
- Homepage der Vereinten Nationen <http://social.un.org/youthyear/> Zugriffen am 11.05.2011
- Jarren, Otfried/Donges, Patrick (2006): Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft Eine Einführung, Wiesbaden

Kaltenbrunner, Andy (2006): Medienpolitik in: Tálos, Emmerich (Hrsg): Schwar-Blau Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien S. 117-136

Kandzora, Gabriele (1996): Schule als vergesellschaftete Einrichtung Heimlicher Lehrplan und politisches Lernen in: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (Hrsg.): Die Politisierung des Menschen Instanzen der politischen Sozialisation Ein Handbuch, Opladen, S. 71-89

Kepplinger, Hans Mathias (1998): Die Demontage der Politik in der Informationsgesellschaft, Freiburg/München

Kepplinger, Hans Mathias (2009): Wirkung der Massenmedien in: Noelle-Neumann/Schulz/Wilke (Hrsg.): Fischer Lexikon Publizistik Massenkommunikation, Frankfurt am Main S. 651-702

Krammer, Reinhard (2008): Kompetenzen durch Politische Bildung Ein Kompetenz-Strukturmodell in: Forum Politische Bildung Informationen zur Politischen Bildung, Band 29, Innsbruck/Bozen/Wien, S 5-14

Krappmann, Lothar (1991): Sozialisation in der Gruppe der Gleichaltrigen in: Hurrelmann, Klaus/Ulich, Diter (1991)(Hrg.): Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim und Basel S.355-375

Krappmann, Lothar (2000): Politische Sozialisation in Kindheit und Jugend durch Partizipation an alltäglichen Entscheidungen – ein Forschungskonzept, in: Kuhn, Hans-Peter e.a. (2000): Sozialisation zur Mitbürgerlichkeit, Opladen, S. 77-92

Küchler, Manfred (1982): Staats-, Parteien-, oder Politikverdrossenheit? In: Raschke, Joachim (Hrsg.): Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung. Opladen S. 39-54

Kuhn, Hans-Peter (2000): Mediennutzung und politische Sozialisation. Eine empirische Studie zum Zusammenhang zwischen Mediennutzung und politischer Identitätsbildung im Jugendalter; Leske + Budrich, Opladen

Leschke, Rainer (2003): Einführung in die Medientheorie, München

McQuail, Denis/ Windahl, Sven (1993): Communication Models for the Study of Mass Communications. London/New York.

Mikos, Lothar/Winter, Rainer/Hoffmann, Dagmar (2007): Medien – Identität – Identifikation, Weinheim und München

News Österreichs größtes Nachrichtenmagazin Nr. 25 22.Juni 2011 Kommentar von Kurt Kuch S. 15

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2004): Lexikon der Politikwissenschaft Band 1 A-M, München

Nohlen, Dieter/Schultze, Rainer-Olaf (2005): Lexikon der Politikwissenschaft, Band 2 N-Z, C.H. Beck, München

Palmgreen, Philip (1984): Der "Uses and Gratifications Approach". Theoretische Perspektiven und praktische Relevanz. In: Rundfunk und Fernsehen, 32. Jg., H. 1, S.51-62.

Pelinka, Anton (2004): Grundzüge der Politikwissenschaft, Wien/Köln/Weimar

Pelinka, Anton/Rosenberger, Sieglinde (2000): Österreichische Politik Grundlagen Strukturen Trends, Wien

Pelinka, Anton (1993): Kinder und Demokratie – Kinderdemokratie – Demokratie für Kinder? in: Erziehung heute h. Tiroler Bildungspolitische Arbeitsgemeinschaft (Hrsg.), Innsbruck, S. 10-11

Piaget, Jean (1973): Das moralische Urteil beim Kinde; Suhrkamp, Frankfurt am Main

Plasser, Fritz/Ullrich, Peter A. (2004): Öffentliche Aufmerksamkeit in der Mediendemokratie in: Plasser, Fritz (Hrsg.): Politische Kommunikation in Österreich, Wien S. 37-99

Plasser, Fritz/Ullrich, Peter (2006): Wahlverhalten in: Tradition und Wandel in: Dachs/Gerlich/Gottweis e.a.(Hrsg.): Politik in Österreich Das Handbuch, Wien S. 550 – 560

Pöttker, Horst (1996): Politische Sozialisation durch Massenmedien: Aufklärung, Manipulation und ungewollte Einflüsse in: Claßen, Bernhard/Geißler, Rainer (1996)(Hrsg.): Die Politisierung des Menschen Instanzen der politischen Sozialisation Ein Handbuch, Opladen S. 149-157

Renckstorf, Karsten (1977) (Hrsg.): Neue Perspektiven in der Massenkommunikationsforschung. Beiträge zur Begründung eines alternativen Forschungsansatzes. Berlin.

Renckstorf, Karsten (1989): Mediennutzung als soziales Handeln. Zur Entwicklung einer handlungstheoretischen Perspektive der empirischen (Massen-)Kommunikationsforschung. In: Kaase/Schulz (Hrsg.) Massenkommunikation: Theorien, Methoden, Befunde, Opladen S. 314-336

Rhomberg, Markus (2009): Politische Kommunikation Eine Einführung für Politikwissenschaftler , Paderborn

Ringel, Erwin (1993): „Ich bitt’ Euch höflich, seid’s keine Trottel!“ Politikverdrossenheit und österreichische Identität, Donau Verlag, Wien

Riehl-Heyse, Herbert (1993): Medienwelt und Politik – Eine Problematische Wechselwirkung? In: Pirkel, Fritz (Hrsg.): Politische Studien – Stimmungsdemokratie und Politikverdrossenheit, Sonderheft 8, München

Röthler, David (2009): Jugendbeteiligung und digitale Medien e- Partizipation in der Jugendarbeit, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend, Abteilung Jugendpolitik , Wien

Saxer/Bonfadelli/Hättenschwiler (1980): Die Massenmedien im Leben der Kinder und Jugendlichen. Eine Studie zur Mediensozialisation im Spannungsfeld von Familie, Schule und Kameraden, Zug

Saxer, Ulrich (1998): Mediengesellschaft: Verständnisse und Mißverständnisse in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Opladen/Wiesbaden S. 52-73

Schäfers, Bernhard (2001): Jugendsoziologie, Opladen

Schedler, Andreas (1993): Das empirische Profil der Politikverdrossenheit, IHS, Reihe Politikwissenschaft Nr. 7

Schenk, Michael (1998): Mediennutzung und Medienwirkung als sozialer Prozeß in: Sarcinelli, Ulrich (Hrsg): Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft Beiträge zur politischen Kommunikationskultur, Opladen/Wiesbaden S.387-407

Schulz, Winfried (2008): Politische Kommunikation Theoretische Ansätze und Ergebnisse empirischer Forschung, 2. Auflage, Wiesbaden

Starke, Frank Christian (1993): Krise ohne Ende? Parteiendemokratie vor neuen Herausforderungen, Köln

Sünker, Heinz (1996): Informelle Gleichaltrigen-Gruppen im Jugendalter in: Claußen, Bernhard/Geißler, Rainer (1996)(Hrsg.): Die Politisierung des Menschen Instanzen der politischen Sozialisation Ein Handbuch, Opladen S. 101-111

Tálos, Emmerich (2006): Politik in Schwarz – Blau/Orange. Eine Bilanz in: Tálos, Emmerich (Hrsg): Schwarz – Blau Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien

Thiermann, Sven (2007): Produktive Identität. Mediale Aneignungstechniken zwischen Innovation und Nachahmung in: Mikos, Lothar/Winter, Rainer/Hoffmann, Dagmar (2007): Medien – Identität – Identifikation, Weinheim und München S. 39-49

Tillmann, Klaus-Jürgen (2004): Sozialisationstheorien, Eine Einführung in den Zusammenhang von Gesellschaft, Institutionen und Subjektwerdung, Rowohlt Verlag, Reinbek bei Hamburg

Ulich, Klaus (1991): Schulische Sozialisation in: Hurrelmann, Klaus/Ulich, Dieter (1991): Neues Handbuch der Sozialisationsforschung, Weinheim und Basel, S. 377-396

Ullrich, Peter A. (2006): Politische Kultur der Bevölkerung in: Dachs/Gerlich/Gottweis e.a.(Hrsg): Politik in Österreich Das Handbuch, Wien S. 512 – 524

UN Resolution (1981): 36/28

Veith, Hermann (2008): Sozialisation, Ernst Reinhardt Verlag, München Basel

Winkler, Michael (2007): GfK Jugend Online 2007 – Lebenswelten Textkommentar

Wolf, Armin (2006): Opfer und Täter zugleich JournalistInnen als Adressaten und Konstrukteure medialer Inszenierung von Politik in: Filzmaier/Karmasin/Klepp (Hrsg): Politik und Medien - Medien und Politik, Wien S. 51-66

Wollers, Mirja (2000): Politikverdrossenheit als soziales Konstrukt: Eine Betrachtung aus soziologischer Perspektive, Hamburg

Wolling, Jens (1999): Politikverdrossenheit durch Massenmedien? Der Einfluss der Medien auf die Einstellungen der Bürger zur Politik, Westdeutscher Verlag, Opladen/Wiesbaden

Online - Quellen

Austrian Internet Monitor (2011): Kommunikation und IT in Österreich 3. Quartal 2011, INTEGRAL in: [http://www.integral.co.at/downloads/Internet/2011/11/AIM-Consumer -_Q3_2011.pdf](http://www.integral.co.at/downloads/Internet/2011/11/AIM-Consumer_-_Q3_2011.pdf) Zugriffen am 13.12.11

Filzmaier, Peter (2007): Jugend und Politische Bildung Einstellungen und Erwartungen von 14- bis 24-jährigen, Wien: http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/pk/pilotstudie_jugend_polbil.pdf und http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/pk/ppt_studie_polbil.pdf Zugriffen am 29.11.11

Großegger, Beate (2008): Jugendliche und ihr Verhältnis zur Politik: Rahmenbedingungen für innovative politische Bildung und Beteiligungsförderung aus Sicht der Jugendforschung in: Abschlussbericht der ExpertInnengruppe 5 „Innovative Demokratie“, Wien : [http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/innovative demokratie bericht.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/innovative_demokratie_bericht.pdf) Zugriffen am 29.11.11

Großegger, Beate (2011): Passive DemokratInnen Aktuelle Befunde zu Politikverständnis und Engagementbereitschaft Jugendlicher in den 10-er Jahren, Wien in: [http://www.jugendkultur.at/passive demokratInnen.pdf](http://www.jugendkultur.at/passive_demokratInnen.pdf) Zugriffen am 02.12.11

Kozeluh, U./Kromer, I./Nitsch, S./Reichmann, A./Zuba, R. (2005): „Wählen heißt erwachsen werden!“ Analyse des Wahlverhaltens Jugendlicher zwischen 16 und 18 Jahren bei der Wiener Landtagswahl 2005; SORA, Wien: http://www.sora.at/fileadmin/downloads/projekte/2005_nachwahlanalyse-wien_gesamtbericht.pdf Zugriffen am 29.11.11

Maier-Rabler, Ursula/Neumayer, Christina (2008): Jugend und e-participation – Analyse und Strategien, Wien in: [http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/innovative demokratie bericht.pdf](http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/innovative_demokratie_bericht.pdf) Zugriffen am 29.11.11

Media-Analyse(2010): Fernsehen 14-19 Jahre in: <http://www.media-analyse.at/studienPublicFernsehenAlterBis39.do?year=2010&title=Fernsehen&subtitle=Alter&subsubtitle=bis39> Zugriffen am 02.12.11

Media_Analyse (2010): Internet 14-39 Jahre in: <http://www.media-analyse.at/studienPublicInternetAlterBis39.do?year=2010&title=Internet&subtitle=Alter&subsubtitle=bis39> Zugriffen am 02.12.11

Media-Analyse (2010): Tageszeitung 14-39 Jahre in: <http://www.media-analyse.at/studienPublicPresseTageszeitungAlterBis39.do?year=2010&title=Tageszeitung&subtitle=Alter&subsubtitle=bis39> Zugriffen am 02.12.11

Ogris, Günther (2010): Wiens Jugend und die Wahl 2010 in: http://www.sora.at/fileadmin/images/content/Pages/SORA-Pressunterlagen_Wahlverhalten-Wien-Junge.pdf Zugriffen am 07.12.11

ORF Mediaforschung (2011): Austrian Internet Monitor Haushalts-Ausstattung in: http://mediaresearch.orf.at/c_internet/console/console.htm?y=2&z=1 Zugriffen am 15.12.11

ORF Mediaforschung (2011): Austrian Internet Monitor Nutzungsfrequenz in: http://mediaresearch.orf.at/c_internet/console/console.htm?y=2&z=1 Zugriffen am 15.12.11

ORF Mediaforschung (2011): Austrian Internet Monitor ÖWA Plus in: http://mediaresearch.orf.at/c_internet/console/console.htm?y=2&z=1 Zugriffen am 15.12.11

ORF Mediaforschung (2010): TV_ Nutzungszeiten nach Altersgruppen in: http://mediaresearch.orf.at/c_fernsehen/console/console.htm?y=1&z=4 Zugriffen am 02.12.11

Perlot, Flooh/Winkel, Birgit (2007): Suchmaschinen und politische Informationen im Internet
Bericht dritte Erhebungswelle sowie abschließende Zusammenfassung der Projektergebnisse (Arbeitspapier, November/Dezember 2007) in: http://www.donau-uni.ac.at/imperia/md/content/departement/pk/endbericht_dezember_2007.pdf Zugriffen am 15.12.11

Picker, Ruth/Westphal, Sabine (2005): Political Participation of Young People in Europe – Development of Indicators for Comparative Research in the European Union
EUYOUPART, WP8/D15 Working Paper on National Survey Results, National Report: Austria, SORA, Wien in: http://www.sora.at/fileadmin/images/content/Pages/euyoupart_nationalreport-austria.pdf Zugriffen am 02.12.11

SORA (2010) : Präsentation der ersten Ergebnisse von ICCS in: http://www.sora.at/fileadmin/images/content/Pages/2010_ICCS_Erste-Ergebnisse_oest.pdf Zugriffen am 05.12.11

Ullrich, Peter A. (2007): Jugend und politische Orientierung; Studie im Auftrag der Industriellenvereinigung und des Bundesministeriums für Gesundheit, Familie und Jugend (BMGFJ), Wien: http://www.iv-mitgliederservice.at/iv-all/dokumente/doc_2451.pdf
Zugegriffen am 29.11.11

Westphal, Sabine (2006): Der Blick über den Tellerrand Jugend und Politik im europäischen Vergleich in:
http://www.sora.at/fileadmin/images/content/Pages/euyoupart_blick-ueber-tellerrand.pdf
Zugegriffen am 04.12.11

Anhang

Abstract

Das Verhältnis österreichischer Jugendlicher zur Politik steht im Mittelpunkt dieser Arbeit, mit besonderem Augenmerk auf die kommunikativen Rahmenbedingungen politischer Sozialisation. Ziel ist es, zu untersuchen inwieweit Massenmedien und dabei vor allem das Internet eine Rolle bei der politischen Bewusstseinsbildung und in weiterer Folge bei der politischen Partizipation Jugendlicher spielen. Es werden anhand der Veränderung der politischen Kultur in Österreich, der Wandel der politischen Kommunikation und der Aufstieg der Massenmedien zu einem eigenständigen politischen Akteur, dargestellt. Massenmedien sind mittlerweile die bedeutendste politische Sozialisationsinstanz. Sie gelten sowohl als wichtigste und glaubwürdigste Informationsquelle und genießen darüber hinaus auch das größte Vertrauen der Jugendlichen in politischen Fragen. Die empirischen Befunde sind durch Erkenntnisse der Mediennutzungs – und Medienwirkungsforschung theoretisch fundiert. Andere Sozialisationsinstanzen (Familie, Schule, Peer Groups) verlieren zum einen an Bedeutung bei der Herausbildung von politischen Kompetenzen und sind zum anderen selbst von massenmedialen Inhalten durchdrungen. Medien kommen ihrer Sozialisationsfunktion nur bedingt nach, da eine marktorientierte Berichterstattung im Vordergrund steht. Nachweisbare Zusammenhänge zwischen politischem Interesse, politischem Wissen, Effektivitätsbewusstsein und Bereitschaft zur politischen Partizipation und sinkende Zahlen in allen diesen Bereichen lassen auf eine steigende Distanz Jugendlicher zur Politik schließen.

Im Gegensatz zu anderen Medien nutzen Jugendliche das Internet primär ohne politischen Bezug. Obwohl das neue Medium sowohl bei dem Informationszugang und der Partizipation neue Möglichkeiten eröffnet, wird das kommunikative Handeln auf Grund des neuen Mediums nicht verändert. Politische Kommunikation und Partizipation im Internet dient nur als mediale Erweiterung von bereits im offline umgesetzten Handlungsmustern. Daher werden in einem Ausblick Strategien dargelegt, wie das Internet als politisches Medium nutzbar gemacht und für Jugendliche attraktiv gestaltet werden kann.

Curriculum Vitae

Persönliche Daten

Name: Julia Ilger
Geburtsdatum: 07.02.1988
Geburtsort: Korneuburg
E-Mail: julia.ilger@gmx.at

Schulbildung:

1994 - 1998: Volksschule Wichtelgasse 1170 Wien
1998 - 1999: Sportgymnasium Parhamerplatz 1170 Wien
1999 - 2006: Gymnasium Geblergasse 1170 Wien
08.06.2006: Matura mit ausgezeichnetem Erfolg am Gymnasium Geblergasse 1170 Wien

Studium:

seit 2006 : Studium der Politikwissenschaft an der Universität Wien
23.02.2009: Abschluss der 1. Diplomprüfung Politikwissenschaft
31.03.2011: Abschluss 1. Teil der 2. Diplomprüfung Politikwissenschaft
seit 2007: Studium der Romanistik Spanisch an der Universität Wien
Juni 2007: Studienreise an die Universidad Bolivariana in Caracas, Venezuela

Tätigkeiten während der Schulbildung bzw. Studium :

Seit April 2010: Trainerin des Antirassismus - Planspiels miramix des Mauthausen Komitee Österreich in Wien, Niederösterreich und Burgenland

Seit September 2009: Mitentwicklung und Trainerin bei Grenzenlos@school. Ein Projekt von Grenzenlos, Verein für interkulturellen Austausch.

2004 bis 2007: freiwillige Mitarbeit bei der Rot Kreuz Jugend des Österreichischen Roten Kreuz Landesverband Wien

Absolvierung der Grundausbildung des Katastrophenhilfsdienstes.

Mitarbeit bei verschiedenen Projekten im Bereich der Jugendarbeit.